



Bulletin 2019



Neue Rechte – Rechtsextremismus – Rechtspopulismus

Herausforderungen für den Geschichtsunterricht

Fiktive Quellen

Kontroverse Standpunkte zu einem methodischen Konzept

Unterrichtsideen • Rezensionen

Inhalt

Editorial	3
ARTIKEL	
Woher dieser Erfolg? Die „Neue Rechte“ <i>Anna Jikhareva</i>	5
Hammerskin und Rütlichande. Rechtsextremismus in der Schweiz seit 1945 <i>Hans Stutz</i>	10
Die Geschichts- und Identitätspolitik der polnischen Regierungspartei PiS <i>Sebastian Bott</i>	15
Rechtsextremismus im gymnasialen Unterricht <i>Silvana Werren und Mischa Marti</i>	23
Wie umgehen mit extremistischen Schüleräusserungen? <i>Ulrich Schnakenberg</i>	29
Rechtspopulistische und rechtsextreme Texte im Unterricht <i>Jan Scheller</i>	33
UNTERRICHTSIDEEN	
Die Fieberkurve der Überfremdung <i>Kijan Espahangizi</i>	37
Darf man in der Schweiz den Hitlergruss zeigen? <i>Martin Pryde</i>	43
STANDPUNKTE	
Fiktive Quellen: Zur didaktischen Produktivität eines Oxymorons <i>Philippe Weber</i>	48
Fiktive Quellen vermitteln keine Distanzerfahrung <i>Valentin Schönherr</i>	49
Sinnlose Quellen in Geschichtslehrbüchern <i>Martin Pryde</i>	51
REZENSIONEN	
K. Schlögel: Das sowjetische Jahrhundert	53
Finale und Ouvertüre	55
VSGS	
Bringing history to life – Bericht von der Euroclio-Jahrestagung in Danzig 2019	57
Protokoll der Generalversammlung 2018	58
Jahresrechnung 2018/19	60
Jahresbericht des Vorstandes 2018/19	61
Generalversammlung des VSGS vom 15. November 2019, Traktandenliste	63

Impressum:

Verein Schweizerischer Geschichtslehrerinnen und -lehrer VSGS

www.histomat.ch

Kontakt: info@histomat.ch

Redakteur dieses Bulletins: Valentin Schönherr, valentin.schoenherr@mng.ch

Karikatur Titelseite: Klaus Stuttmann 2016

Editorial

Liebe Mitglieder des VSGS

Wie wichtig ist uns eigentlich die Politische Bildung? In der Schweiz, wo es dafür – anders als etwa in Deutschland – kein eigenes Unterrichtsfach gibt, stellt sich diese Frage für uns Geschichtslehrerinnen und -lehrer täglich, und die Antwort fällt nicht immer leicht. Welche Spielräume bieten die Lehrpläne und Stundentafeln? Welche Inhalte nehmen wir auf, welche nicht? Und welche didaktischen und methodischen Instrumente haben wir zur Verfügung, um den Schülerinnen und Schülern zur „vertieften Gesellschaftsreife“ zu verhelfen, was ja ein erklärtes Ziel der Politischen Bildung ist?

Mit dem Thema beschäftigt sich zur Zeit auch die Politik, bis hin zum Bund. An einer vom Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung initiierten Expertenkommission, die Thesen zur Zukunft der Politischen Bildung ausarbeiten sollte, hat sich im vergangenen Jahr auch der VSGS beteiligt. Von den Ergebnissen wird noch zu hören sein.

Die Politische Bildung ist im Fach Geschichte bestens aufgehoben. Was früher einmal Politik war, ist heute Geschichte – und das politische Handeln von heute wird von künftigen Historiker/innengenerationen untersucht. Aber es geht um mehr als die kognitive Ebene. Wir wollen die Schülerinnen und Schüler dazu motivieren, politisch aktiv zu werden, sich zu interessieren und sich einzubringen. Dies wird besonders dann plausibel, wenn wir heutige politische Verhältnisse als historisch gewachsen darstellen. Denn dann können sie auch als veränderbar verstanden werden.

Einen Beitrag zur Politischen Bildung leistet in diesem Sinne unser diesjähriges „Bulletin“. Die äusserst beunruhigende Zunahme des Rechtsextremismus in den letzten Jahren betrifft alle Ebenen. Von den Wahlerfolgen rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien – die Grenze ist fließend – über die Verschiebungen im öffentlichen Diskurs bis hin zu Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund: Es kann einen schon schaudern.

Gerade wir Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer stehen in der Pflicht und tragen die Verantwortung, die vorhandenen Spielräume möglichst gut zu nutzen. „History teaching is more important than ever before. So get out there and do it brilliantly“, so ein polnischer Kollege zum Abschluss der Euroclio-Jahrestagung vom April 2019 in Danzig. Die Beiträge in diesem Heft mögen Ihnen dazu die eine oder andere Anregung bieten. Zum einen geht es um inhaltliche Klarheit. Anna Jikharevas auf Deutschland und die Schweiz konzentrierte Analyse der Neuen Rechten und Hans Stutz' erhellende Periodisierung des Rechtsextremismus in der Schweiz seit 1945 liefern fundiertes Material. Sebastian Bott untersucht die nationalkonservative Geschichtspolitik in Polen und deckt deren antipluralistischen und autoritären Kern auf.

Mit dem fachlichen Wissen allein ist es nicht getan. Wie wir politikdidaktisch begründet mit rechtsextremistischen Themen im Unterricht arbeiten können, zeigen die Beiträge von Silvana Werren und Mischa Marti, Ulrich Schnakenberg und Jan Scheller. Mut zur Auseinandersetzung lautet die Devise. Dies schliesst ein, die Schülerinnen und Schüler ernst zu nehmen und nicht von oben herab zu belehren, aber auch vor klaren Worten nicht zurückzuschrecken. Ergänzt werden diese Überlegungen durch auf den Praxisgebrauch zugeschnittene Unterrichtsideen zum Überfremdungsdiskurs in der Schweiz sowie zum juristischen Umgang mit dem Hitlergruss vor dem Hintergrund der Antirassismusstrafnorm.

Wir freuen uns sehr, die im vergangenen Jahr neu eingeführten Bulletin-Rubriken „Standpunkte“ und „Rezensionen“ fortsetzen zu können. Das methodische Konzept der Arbeit mit fiktiven Quellen des Zürcher Fachdidaktikers Philippe Weber steht bei den „Standpunkten“ im Zentrum der Auseinandersetzung. Die Rezensionen beschäftigen sich – 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges – mit Neuerscheinungen über die Sowjetunion und das letzte Jahr der DDR.

Auf den hinteren Seiten finden Sie einige Neuigkeiten aus dem Verein, einen Rückblick auf die Euroclio-Jahrestagung in Danzig sowie die Traktandenliste der diesjährigen VSGS-Generalversammlung. Sie ist wie schon in den vergangenen Jahren mit einer Exkursion verbunden. Falls Sie dieses Jahr in La Chaux-de-Fonds nicht dabei sein können – auch nächstes Jahr wollen wir die Verknüpfung von GV und Exkursion beibehalten. Sie sind herzlich willkommen.

Wie immer sind wir interessiert an Ihren Hinweisen, Ergänzungen, Einwänden und Kritik am Bulletin und danken Ihnen für Mails an die Adresse

vsgs-vorstand@histomat.ch

Mit den besten Wünschen für Ihren beruflichen wie persönlichen Alltag und eine anregende Bulletin-Lektüre grüssen Sie herzlich

Martin Pryde
Präsident VSGS

Valentin Schönherr
Vorstand VSGS, Bulletin-Redakteur

Woher dieser Erfolg?

In den Zielen einig, bestens vernetzt: die „Neue Rechte“

Anna Jikhareva

Selbst wenn ihre ExponentInnen nicht auf den Podien oder in Talkshows sitzen, diktieren sie die Agenda, haben praktisch schon die Themenplanung übernommen. Sie schüren Angst vor Geflüchteten, verbreiten Hetze gegen Muslime, greifen Frauenrechte an. Sie machen radikale Ansichten salonfähig. Wer sind die Akteure der neurechten Bewegung, welche Strukturen haben sie aufgebaut, welche Strategien verfolgen sie? Und wie konnte es soweit kommen?

Etwas hat sich verschoben in den letzten Jahren. Von der Öffentlichkeit praktisch unbenutzt etablierte sich ein Netzwerk: lose organisiert, global agierend, äusserst radikal. Und erstaunlich erfolgreich. Dieses Netzwerk will nichts weniger, als die Welt umkremeln. In den USA sitzt ein Protagonist der Bewegung im Weissen Haus, in der Schweiz verwenden etablierte Politiker unbedarft belastete Begriffe. In Österreich lässt sich die Regierung von Extremisten hofieren, in Deutschland marschieren Neonazis mit Parteikadern durch die Strassen. Jenen, die sich als Teil des neuen Netzwerks verstehen, geht es um Macht – in den Parlamenten, auf der Strasse, in den Köpfen. Und es geht ihnen um Deutungshoheit, sie wollen die Kontrolle zurückgewinnen in einer Welt, die ihnen zu entgleiten droht oder vielleicht schon längst entglitten ist. Make Myself Great Again.

Das Netzwerk, das weltweit auf dem Vormarsch ist und von ExpertInnen „Neue Rechte“ genannt wird, hat es aber nicht nur in Parlamente und Amtsstuben geschafft, auf die Strassen und in die Jugendzentren. Ihr vielleicht grösster Erfolg ist ein anderer: die Diskursverschiebung.

Die Rhetorik der Neuen Rechten hat ihren Weg inzwischen bis weit in die gesellschaftliche Mitte gefunden. Ihre Phrasen werden in den grossen Medien so lange wiederholt, bis sie dem Publikum als normal erscheinen. Ihre Vertreter dürfen sich wie selbstverständlich im Fernsehen äussern – bis kaum jemandem noch auffällt, wie radikal sie sind.

Wie eine Kampagne der Neuen Rechten europaweit Karriere machen kann, sich gezielt verbreitete Falschnachrichten in Politikerköpfen festsetzen, illustrierte im vergangenen Jahr die Debatte um den Migrationspakt der Vereinten Nationen. Das Abkommen, das im Wesentlichen eine Diskussion über die Kontrolle von Migrationsbewegungen ermöglichen sollte und keinerlei verbindliche Massnahmen enthält, wurde im Dezember von 164 Staaten feierlich in Marrakesch angenommen.

In Marokko nicht dabei waren Länder wie Ungarn, die USA oder Kroatien, wo rechte Kreise oder die jeweilige Regierung von Anfang an gegen den Pakt mobil machten. Ebenfalls abwesend waren auch Österreich und die Schweiz – was besonders überraschte, weil der Schweizer Uno-Botschafter Jürg Lauber massgeblich an der Ausarbeitung des Abkommens beteiligt gewesen war. Der Absage der beiden Staaten war eine Fake-News-Kampagne vorausgegangen, die im deutschsprachigen Raum ihresgleichen sucht. Um den Pakt zu verhindern, hatten rechtsextreme Kreise eine gewaltige Propagandamaschine aufgebaut, deren Botschaften bis weit in bürgerliche Kreise hinein verfangen.

Ein Gerücht macht Karriere

Den Ursprung bildete mutmasslich ein Video der sogenannten Identitären Bewegung, einer Reihe von völkisch orientierten Gruppierungen in mehreren europäischen Ländern, die sich von Frankreich aus verbreiteten und als rechtsextrem eingestuft werden. „Der Uno-Migrationspakt besiegelt den Untergang der europäischen Völker“, sagte darin der österreichische IB-Wortführer Martin Sellner in die Kamera – und rief zum grenzüberschreitenden Widerstand gegen die Vereinbarung auf: in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Das Video, das im Sommer 2018 erschien und im Internet tausendfach geklickt wurde, war Teil eines von Sellner ausgerufenen „Info-Kriegs“. Nur mit seiner Hilfe schaffte es die FPÖ in Österreich daraufhin, den Pakt zu sabotieren.

Kurz darauf meldete sich auch die SVP zu Wort: An einer Pressekonferenz warnte Parteichef

Albert Rösti vor einer „Welt ohne Grenzen“ und Nationalrat Andreas Glarner vor einem „Umsiedlungsprogramm“. Parlamentarier der Partei reichten reihenweise Fragen und Vorstösse zum Thema ein, rechtsnationale Medien wie die „Basler Zeitung“, die „Weltwoche“ oder die „Schweizerzeit“ doppelten mit harscher Kritik an dem harmlosen Abkommen nach. Bis sich schliesslich auch die bürgerlichen Parteien der Kampagne anschlossen. In der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats sprachen sich neben der SVP auch die FDP und mehrere CVP-Politiker gegen das Abkommen aus.

Sie waren einem Narrativ gefolgt, das von weit rechts kam und sich dank den sozialen Medien quer über den Kontinent verbreitete. Das Ringen um den Uno-Migrationspakt ist deshalb ein Lehrstück über rechte Allianzen und ihre willigen Helfer bei den bürgerlichen Parteien. Das Bemerkenswerte dabei: wie schnell sich Falschmeldungen und Verschwörungstheorien von Extremisten und Rechtspopulisten verbreiteten und Eingang in den politischen Diskurs fanden. Die Absage von Österreich, der Schweiz und vielen anderen Ländern an eine Vereinbarung, die lediglich den Dialog in Migrationsfragen fördern will, kann die Neue Rechte für sich als Erfolg verbuchen.

Das Beispiel Migrationspakt zeigt aber auch etwas anderes: dass die Identitären und andere Bewegungen sowie die rechten PolitikerInnen ein diskursives Element eint. Es ist die These vom „Bevölkerungsaustausch“. Sie ist der Kitt, der das lose Netzwerk der Neuen Rechten am Leben hält.

Der Wunsch nach Unheil

„Besonders wichtig für die Konstruktion eines tragfähigen politischen Mythos ist es, ein Feindbild zu schaffen, das genügend Überzeugungskraft hat, um die Menschen zu politischen Aktionen zu mobilisieren“, schreibt der deutsche Soziologe Thomas Wagner. Das Feindbild, das die Neue Rechte zu politischen Aktionen mobilisiert, sind die Muslime. Die gern verwendete Rhetorik vom „grossen Austausch“ geht auf die kruden Theorien des Franzosen Renaud Camus zurück, einen der Vordenker der Bewegung. In seinem gleichnamigen Buch behauptet er, Muslime würden bewusst nach Europa geschleust, um die Einheimischen zu verdrängen.

Zur Verbreitung verholfen haben der Idee ebenfalls die Identitären. Sie übersetzten Camus' Texte ins Deutsche, nutzen seine Theorien für ihre Kampagnen. Sie orientierten sich dabei auch an einem anderen rechten Denker aus Frankreich: Alain de Benoist, in dessen Tradition sie begannen, völkisch-nationalistisches Vokabular durch unbelastete Begriffe wie „Identität“ zu ersetzen. Ihre Ideologie nennen sie den „Ethnopluralismus“. Sie gehen von einer geschlossenen und homogenen „europäischen Kultur“ aus, deren „Identität“ von der „Islamisierung“ bedroht sei.

Der Argumentation von Camus folgte die europäische Rechte auch, als 2015 mehr als eine Million Geflüchteter aus dem kriegsversehrten Syrien nach Europa kam. Es ist kein Zufall, dass rechtsextreme Medien wie das deutsche „Compact“-Magazin in dieser Zeit gerne Angela Merkel auf die Titelseite hoben. Denn neben den Muslimen birgt Camus' Theorie auch ein zweites Feindbild: jene Eliten, die den „grossen Austausch“ angeblich forcieren. Die antisemitische Hetzkampagne von Ungarns Premier Viktor Orbán gegen US-Investor George Soros beruht ebenfalls auf der Annahme, der Mäzen habe es sich zum Ziel gesetzt, die christliche Bevölkerung mit Geflüchteten aus dem Nahen Osten zu ersetzen.

Auch AfD-Chef Alexander Gauland und die Dresdner Pegida-Demonstranten oder Österreichs Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache äusserten sich schon ähnlich – ebenso wie der 28-Jährige, der im März mehr als fünfzig muslimische Gläubige in der neuseeländischen Stadt Christchurch ermordete. In einem „Manifest“, das der Attentäter vor seiner Attacke ins Netz stellte, sprach auch er von seiner Furcht vor dem „grossen Austausch der weissen Bevölkerung Europas“, als deren Teil er sich versteht. „Die Rede vom ‚grossen Austausch‘ verbindet die radikale Rechte über Ländergrenzen hinweg“, schreibt Wagner.

In seinem Manifest nahm der Attentäter von Christchurch auch auf den Genozid von Srebrenica Bezug, bei dem die Truppen der Republika Srpska im Sommer 1995 mindestens 8000 Muslime ermordeten. Es sei Zeit, sich an den Türken zu rächen, hatte der bosnisch-serbische Militärführer Ratko Mladić im Vorfeld verkündet. Und der serbische Kriegsverbrecher Radovan Karadžić bezeichnete den Genozid von Srebrenica als „gerecht und heilig“. Seine Truppen

hätten die Errichtung eines islamistischen Kalifats verhindert. Der norwegische Rechtsterrorist Anders Breivik wiederum nennt Karadžić einen „ehrenhaften Kreuzritter und europäischen Kriegshelden“. In der Ideologie der neuen Rechten sei Südosteuropa der Übergangsraum, in dem sich die Zukunft des Abendlands entscheide, argumentierten die beiden Wissenschaftler Adnan Delalić und Patricia Zhubi kürzlich in der WOZ.

Ob Donald Trump in den USA, Rassemblement National in Frankreich oder Geert Wilders' PVV in den Niederlanden: Die grösste Gemeinsamkeit von konservativ-libertären Denkern, völkisch-nationalen Politikern und Rechtspopulisten ist die rassistisch begründete Ablehnung des Islam. Eine Vorreiterrolle in antimuslimischer Hetze nimmt die SVP ein: mit ihren Initiativen für Minarett- und Burkaverbote beispielsweise. Ihr Raketenplakat gegen Minarette wurde europaweit zum Exportschlager, rechte und rechtsradikale Parteien nahmen sich das Motiv zum Vorbild.

Die Motive hinter den hetzerischen Aussagen hatte schon Theodor W. Adorno beschrieben. Es sei der unbewusste Wunsch nach Unheil, nach Katastrophe, der den Antriebsmotor des Rechtsradikalismus ausmache, konstatierte der Philosoph in einem Vortrag in Wien vor fünfzig Jahren, der kürzlich in Buchform erschien. Die Substanz dieser Politik sei die Propaganda, so Adorno.

Wie die Rechte auf die grosse Bühne drängt

Wer den Zeitpunkt sucht, als die grosse Diskursverschiebung begann und die Neue Rechte zu ihrem reaktionären Feldzug ansetzte, muss nach Deutschland blicken.

Ende August 2010 brachte der SPD-Politiker Thilo Sarrazin sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ auf den Markt. Die simple wie hetzerische These: Weil es die Migration nicht steuert, setzt Deutschland seine Zukunft aufs Spiel. Muslimische Einwanderer seien kriminell und strapazierten den Sozialstaat, ihre Religion sei anfällig für Diktatur und Terror. Gespickt ist das Buch mit falschen Zahlen und manipulierten Statistiken – mit dem Ziel, eine Minderheit in Verruf zu bringen. Doch der rassistische Inhalt von Sarrazins Buch schien viele nicht zu stören: Millionenfach fand es seinen Weg in die



Abb. 1 2011 werden über 600 neu identifizierte Opfer des Massakers von Srebrenica bestattet. Im südosteuropäischen „Übergangsraum“ entscheide sich die „Zukunft des Abendlandes“, so die Neue Rechte. (Foto: Getty Images / Universal Images Group)

Bücherregale. Die Wichtigkeit dieses Buchs – zumindest bei der Neuen Rechten in Deutschland – brachte später der rechtsextreme Publizist Götz Kubitschek auf den Punkt: „Das Diskutieren über bestimmte Dinge ist einfacher geworden“, frohlockte er.

Aufmerksamkeit fand Sarrazin mit seinen Thesen aber auch in der Schweiz. So durfte er etwa in einer SRF-Sendung auftreten, mehrere Vorträge halten. Ende Oktober 2019 soll er in Olten an einer Tagung der Stiftung Zukunft CH auftreten, die sich nach eigenen Angaben „gegen die schleichende Einführung der Scharia“ einsetzt. In Deutschland ist mit der AfD 2013 eine Partei entstanden, die es sich zum Ziel machte, all jene anzusprechen, die Sarrazins Abschaffungsthese glaubten. Die Partei setzte zum Marsch durch die Institutionen an: Seit den letzten Bundestagswahlen ist sie im nationalen Parlament vertreten – und bei den Landtags-

wahlen in Sachsen und Brandenburg Anfang September 2019 gelang es ihr, gewaltige Erfolge einzufahren. Es gibt nicht wenige in Deutschland, für die der Einzug der AfD in den Bundestag eine Zäsur bedeutet: Die Vorstellung erwies sich als falsch, dass Deutschland aufgrund seiner Vergangenheit immun gegen den Rechtspopulismus sei.

Während die Partei sich im Anschluss mehrfach spaltete und im Verlauf der internen Auseinandersetzung immer radikaler wurde, traten auch andere Akteure auf den Plan: Leute aus dem Dunstkreis des Verlegers Götz Kubitschek. „Die AfD schürt den Zorn auf Medien, Bundesregierung und Muslime. Die rechten Publizisten verkaufen den passenden Lesestoff dazu. Der Einzug der Partei ist ein Konjunkturprogramm für die Szene“, schreiben die beiden „Zeit“-Journalisten Christian Fuchs und Paul Middelhoff über die Arbeitsteilung zwischen Partei und neuer Bewegung. Was das Netzwerk will, ist eine „Revolution von rechts“.

Auch Volker Weiss, der sich seit Jahren mit dem Phänomen beschäftigt, drückt es ähnlich aus. „Bedeutung verschaffte Öffentlichkeit und Öffentlichkeit verschaffte Bedeutung. Die Neue Rechte war aus der Kulisse auf die grosse Bühne getreten. Ob als Intellektuelle, Aktivisten oder Volksredner, auf einmal sah man ihre Protagonisten vor den Transparenten von Pegida, bei AfD-Parteitagen oder auf den Schulungen in Schnellroda“, schreibt der deutsche Autor.

Die historischen Wurzeln der Bewegung verortet er im Jahr 1950, als der Schweizer Publizist und Kubitscheks Lehrer Armin Mohler das Buch „Konservative Revolution“ mit Beiträgen rechter Denker von Ernst Jünger bis Carl Schmitt herausgab. In den folgenden Jahrzehnten wurden erste Zeitschriften gegründet, bildeten sich Gruppen und etablierten sich Kontakte ins Ausland. So unterstützte Mohler beispielweise tatkräftig die französische Nouvelle Droite, zu deren Exponenten der oben erwähnte Alain Benoist gehörte, an dem sich inzwischen die Identitären orientieren. Dann kam die Wiedervereinigung.

In der Schweiz stieg die SVP in den neunziger Jahren zur grössten Partei auf. Angefangen hatte der ideologische Wandel der Partei, die aus einem Milieu protestantischer Bauern und kleinbürgerlicher GewerblerInnen entstanden war, mit dem Milliardär Christoph Blocher. Von

Zürich aus führte er die SVP zum Erfolg, die nun verstärkt auf das direktdemokratische Mittel der Volksinitiative setzte, um elementare Grundrechte zu schwächen. Im Visier: Asylsuchende, Ausländerinnen, Sozialhilfebezüger. Und die EU. Mit seinem ausserparlamentarischen Kampfverband Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) trug Blocher 1992 wesentlich dazu bei, dass der Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR an der Urne abgeschmettert wurde. Das Feindbild EU teilt sich die SVP mit rechten Parteien von Frankreich über Italien bis Deutschland.

Die SVP dient als Vorbild

Einer der grössten Erfolge der SVP war, dass die bürgerlichen Parteien immer stärker ihrem Kurs folgten und sich der gesellschaftliche Diskurs unter dem Einfluss der PopulistInnen stetig nach rechts verschob. Nach seiner Abwahl aus dem Bundesrat verlagerte sich der Fokus von Blocher auf die Medien. Haben sie mit ihrer auf Blocher fixierten Berichterstattung den Aufstieg der SVP gefördert, konnte die Partei nun mit eigenen Medien ihre Themen auf die Agenda setzen und Kampagnen fahren.

Während die SVP zu ihrem Siegeszug ansetzte, brannten in Deutschland die Flüchtlingsunterkünfte. Die rassistischen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen oder Hoyerswerda belasten das Land bis heute. Mindestens 169 Menschen sind laut Schätzungen der rechten Gewalt zum Opfer gefallen. In dieser Zeit, als der Staat vor allem im frisch wiedervereinigten Osten des Landes vor den Hetzern zurückwich, wurde die sogenannte Generation Hoyerswerda politisiert, wie die deutsche Autorin Heike Kleffner jene nennt, die damals Molotowcocktails auf Asylheime warfen oder vor diesem Hintergrund politisiert wurden. Aus diesem Milieu stammen auch die Mitglieder der Terrorzelle namens Nationalsozialistischer Untergrund, die mindestens neun Migranten und eine Polizistin ermordeten und sich daraufhin jahrelang unbehelligt im Untergrund bewegen konnten.

Auch Deutschlands extreme Denker um Götz Kubitschek schliefen in dieser Zeit nicht. Inzwischen soll es in Deutschland rund 150 Organisationen geben, die der Neuen Rechten zugeordnet werden: Denkfabriken und Medien, Verlage, Gruppierungen und Parteien. Einige

werden vom Verfassungsschutz beobachtet, andere sind ganz verboten, manche sind klein und unbedeutend, andere gewinnen immer weiter an Einfluss. Alle haben jedoch eines gemeinsam: Sie sind Teil der Bewegung. Der politische Ort, wo sich ihre Exponentinnen und Akteure treffen, ist die AfD. Manche sagen, die Partei sei der politische Arm der Neuen Rechten.

Am deutlichsten zeigte sich dies im vergangenen Jahr in Chemnitz, wo der gewaltsame Tod eines jungen Mannes am Rande eines mehrtägigen Volksfests tagelange Ausschreitungen nach sich zog. Exponenten der AfD marschierten gemeinsam mit Neonazis, die Menschen vermeintlich nicht-deutschen Aussehens durch die Strassen jagten. Es war das erste Mal, dass der Schulterschluss zwischen Partei und Identitären, zwischen teilweise vorbestraften Rechtsextremisten und rechten Fußballhooligans so offen zutage trat. „In Chemnitz erodieren die Grenzen zwischen Neuen Rechten und militanten Neonazis“, schreiben die „Zeit“-Autoren Fuchs und Middelhoff.

Das Geld kommt aus der Schweiz

Roger Köppel, Verleger der „Weltwoche“ und SVP-Nationalrat, war in die ostdeutsche Stadt gereist und lief an einem der Aufmärsche mit. Überhaupt spielt die Schweiz für die AfD eine wichtige Rolle: Von hier kommt das Geld. Wie die WOZ und andere Medien aufgedeckt haben, erhält die AfD aus der Schweiz finanzielle Unterstützung in Millionenhöhe, wohl von vermögenden Deutschen. So werden ein ominöser Verein, der bei mehreren Landtagswahlen Plakate und Werbung für die Partei machte, wie auch mehrere hochkarätige Politiker der Partei von Andelfingen aus unterstützt. Dort, im

Weinland unweit von Zürich entfernt betreibt Alexander Segert seine Agentur: ein Werber, der nicht nur dafür bekannt ist, dass er mehrere Hetzkampagnen der SVP gestaltete, sondern auch für seinen Wunsch, europaweit zu expandieren.

Die genannten Beispiele zeigen: Die Neue Rechte ist sich ideologisch weitestgehend einig und sie ist international bestens vernetzt. Ob Rassemblement National oder Donald Trump, die SVP oder die Identitären, Pegida oder die FPÖ – sie alle behaupten, für das „Volk“ zu sprechen, und inszenieren sich als Vertreter von dessen Willen. Und es ist längst nicht nur die Ablehnung des Islams, die sie eint, nicht nur die persönlichen Kontakte zwischen ihren Exponenten, die sie verbinden. Im Grunde genommen geht es ihnen darum, die Globalisierung rückgängig zu machen, die Uhr zurückzudrehen: in eine Zeit, wo die einstigen Privilegien noch nicht von Frauen, Migranten oder Mitgliedern der LGBT-Gemeinschaft angegriffen wurden.

Anziehend wirken ihre simplen Rezepte aber vor allem auf jene, die von der Globalisierung nicht profitieren konnten, denen die Finanzkrise vor etwas mehr als einem Jahrzehnt oder die Wiedervereinigung in Deutschland nicht nur die Ersparnisse wegnahm, sondern zuweilen auch ihre Würde. Wer die Neue Rechte zurückdrängen will, muss deshalb die Gründe für ihr Erstarken analysieren.

Anna Jikhareva ist Reporterin bei der Wochenzeitung WOZ. Zu ihren Schwerpunkten gehören die internationale und Schweizer Migrationspolitik sowie rechte Parteien und rechtsextreme Netzwerke in der Schweiz und Europa.

Zum Weiterlesen:

Theodor W. Adorno: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Berlin 2019.

Christian Fuchs und Paul Middelhoff: Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern. Hamburg 2019.

Thomas Wagner: Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten. Berlin 2017.

Volker Weiss: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart 2017.

Hammerskin und Rütlichande

Rechtsextremismus in der Schweiz seit 1945 – ein Überblick

Hans Stutz

Zeitschriften und Kameradschaften, Hooli- ganggruppen und Parteien, Einzelkämpfer und Vernetzte – die Vielfalt rechtsextremistischer Aktivisten und Aktivitäten in der Schweiz ist beachtlich. Was immer sie trennt oder verbindet: Fast immer handelt es sich um Männer, und ihre Ideologie lehnt den demokratischen, rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Konsens ab. Der folgende Beitrag unterteilt fast 75 Jahre Schweizer Rechtsextremismus-Geschichte in Phasen und bietet so Orientierung.

1891 beging die Schweiz erstmals den Bundesfeiertag, zu einem Zeitpunkt, als die liberale Utopie von 1848 ihre Anziehungskraft eingebüsst hatte, auch bei bürgerlichen Intellektuellen und freisinnigen Politikern. Die Schweiz schwenkte, so der Historiker Hans Ulrich Jost, auf „einen modernisierten Konservatismus“ ein, „in dessen Schatten sich eine anti-

demokratische Rechte einzurichten beginnt“. Das Wertesystem dieser Rechten war geprägt durch Negation, so Jost weiter: „gegen die Fremden, gegen vermeintlich minderwertige Rassen, gegen Sozialismus und Liberalismus, gegen die Emanzipation der Frau“. In diesen Jahren begann sich auch ein Begriff durchzusetzen, der Politik und staatliches Handeln in der Schweiz seit Ende des Ersten Weltkrieges prägt: Überfremdung.

Ihre Positionen konnte die antidemokratische Rechte bald erfolgreich in der institutionalisierten Politik einbringen. Nach dem Kriegsende von 1918 und dem Schock der europäischen sozialistischen Revolutionsversuche – sowie dem Generalstreik in der Schweiz – organisierte sich ein Teil der Bürgerlichen in Organisationen wie dem Schweizerischen Vaterländischen Verband (SVV), welche die Arbeiterbewegung zerstören wollten und für faschistische oder nationalsozialistische Ideen offen waren.



Abb. 1 Rechtsextreme Kundgebung in Sempach.

(Foto: Hans Stutz)

Der „Frontenfrühling“ von 1933 stellte die antidemokratische Rechte vor die Entscheidung, wie weit sie sich mit den nationalsozialistischen oder faschistischen Bewegungen einlassen sollte. Die meisten Rechten lehnten die Fronten als Organisationen ab, nicht jedoch alle ihre ordnungspolitischen und gesellschaftlichen Vorstellungen. Antifaschistisches Engagement blieb ausserhalb der Arbeiterbewegung und der jüdischen Gemeinschaft selten und wurde von Rechten, insbesondere Katholisch-Konservativen, behindert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg prägte diese Vergangenheit den Umgang mit rechtsextremistischen Vorstellungen. Man verdrängte – neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit – die ideologische Nähe zu nationalsozialistischen/faschistischen Vorstellungen und redete die Bedeutung der frontistischen Bewegungen klein. Als in den 1980er Jahren rechtsextremistische Bewegungen sich wieder öffentlich bemerkbar machten, zögerten bürgerlichen Politikerinnen und Politiker, diese überhaupt wahrzunehmen. Erst nachdem im Jahre 2000 am Nationalfeiertag über 100 Naziskinheads eine offiziöse Bundesfeier auf dem Rütli gestört hatten, folgte der Skandalisierung durch die Medien („Rütlichande“) eine verstärkte Beachtung rechtsextremistischer Aktivitäten.

Doch auch Rechtsextreme entwickeln neue Konzepte. Das Erschrecken über den Völkermord an den europäischen Juden hatte nationalsozialistische Vorstellungen politikumfähig werden lassen. Ende der 1960er Jahre setzen Exponenten der Nouvelle Droite dem Konzept der Überlegenheit einer Rasse die Idee der Unverträglichkeit von Kulturen gegenüber. Sie propagieren einen Ethnopluralismus, wonach Menschen nur in ethnisch homogenen Gebieten harmonisch zusammenleben könnten. Auch betonen sie die Überlegenheit der europäischen Kultur. In der Schweiz werden die Ideen der Nouvelle Droite vorerst nur in der Romandie von politischen Aktivisten aufgenommen.

1945 bis 1980: Von der Öffentlichkeit unbeachtet

Erst am 8. Mai 1945 löst der Bundesrat die Landesgruppe Schweiz der NSDAP auf. Bereits Mitte Juli 1943 hatte er die Eidgenössische Sammlung verboten, die letzte der nationalsozialistischen „Fronten“. In den ersten Nach-

Die 5 Phasen des Rechtsextremismus in der Schweiz seit 1945

1945–1980 Schon vor Kriegsende ziehen sich Fröntler aus der Öffentlichkeit zurück. In den ersten Nachkriegsjahren treten einige in bürgerliche Parteien ein. Andere agieren in wenig beachteten publizistischen Nischen. Sie orientieren sich weiter an nationalsozialistischen Vorstellungen.

1980–1990 Ab Anfang der 1980er Jahre – zuerst in Fussballstadien – treten jugendliche Skinheads in Erscheinung und gründen ab 1985 erste meist kurzlebige Fronten, eine Entwicklung, die 1989 im „kleinen Frontenfrühling“ ihren Höhepunkt erreicht. In dieser Periode – gestützt durch asylfeindliche Kampagnen der SVP und der Boulevardzeitung „Blick“ – kommt es zu vielen Angriffen auf Asylbewerber und ihre Unterkünfte.

1990–2000 In den 1990er Jahren findet die Jugend-Subkultur der Naziskinheads verbreitet Anhänger, vorwiegend in ländlichen und kleinstädtischen Gebieten. Ende der 1990er Jahre sind auch in der Schweiz die beiden internationalen Naziskin-Netzwerke Hammerskinheads und Blood and Honour aktiv. Sie verbreiten ihre Ideen meist an Konzerten, die ungehindert von der Polizei über die Bühne gehen können. Ehemalige „Blood and Honour“-Mitglieder gründen im Herbst 2000 die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS).

2000–2010 Der PNOS und ihren Umfeldorganisationen gelingt es, jährlich mehrmals Hunderte zu mobilisieren, bevorzugt an patriotischen Gedenkveranstaltungen wie der „Bundesfeier“ auf dem Rütli oder der Schlachtjahrzeit von Sempach. Die Organisatoren der vaterländischen Feiern weigern sich zuerst auf diese Demonstrationen zu reagieren. Erst als 2005 rund ein Drittel der Rütli-BesucherInnen gegen den Festredner Bundesrat Samuel Schmid (SVP) pöbeln, ändern sie ihre Meinung. Die Rechtsextremen weichen auf eigene Aufmärsche aus und verlieren an Zulauf.

Seit 2010 Seit einigen Jahren steckt die rechtsextreme Szene in einer Krise, zumindest in der Deutschschweiz. In der Romandie gelingt es mehreren Organisationen, die sich an den Vorstellungen der Nouvelle Droite orientieren, eine konstante politische Arbeit zu betreiben.

kriegsjahren suchen einige ehemalige Fröntler wieder die Öffentlichkeit, bleiben aber weitgehend unbeachtet. Ab 1946 bis 1949 erscheint in Zürich die Schriftenreihe „Der Turmwart“ und in Genf die Zeitschrift „Courrier du Continent“. Anfang der 1950er Jahre übernimmt Gaston-Armand Amaudruz (1920–2017), der bereits 1941 als Nationalsozialist aufgetreten war, den „Courrier du Continent“ als Redakteur und Verleger und führt ihn bis 2014. Der „Courrier du Continent“ verbreitet einen biologistischen Rassismus, publiziert antisemitische Erklärungen und leugnet den Holocaust. Das Blättchen vernetzt das rechtsextreme Milieu deutsch- und französischsprachiger Länder durch Hinweise auf Publikationen und Veranstaltungen sowie die regelmässige Nennung von Bezugsadressen.

Amaudruz veröffentlicht bereits 1949 das Buch „Ubu justicier au premier procès de Nuremberg“, eine der ersten Publikationen, die den Holocaust in Frage stellen. Er gehört zu den Mitbegründern und Anführern einer paneuropäischen Organisation von Rechtsextremisten, der Europäischen Nationalen Bewegung. In der Schweiz gehört er Anfang der 1950er Jahre der kurzzeitig existierenden Volkspartei der Schweiz an, geleitet vom einstigen Nationalsozialisten Erwin Vollenweider. In den 1980er Jahren ist Amaudruz der Primus der Nationalen Koordination NK und einziger Redner der ersten angekündigten rechtsextremen Kundgebung nach 1945: Mitte August 1989, gegen die Französische Revolution von 1789.

In der Westschweiz entsteht 1948 die Association des Amis de Robert Brasillach, die die Rehabilitierung von faschistischen und antisemitischen Schriftstellern wie Louis-Fernand Céline, besonders aber von Robert Brasillach anstrebt. In den folgenden Jahrzehnten folgen weitere Gedenkvereine. Ihr Wirken wird nur von Eingeweihten wahrgenommen, die Vereine ermöglichen über Jahrzehnte verstreuten Rechtsextremen intellektuellen Austausch, auch über die Landesgrenzen hinweg.

In der Deutschschweiz entstehen in den 1970er Jahren die ersten neonazistischen Gruppen, zuerst in Zürich, die Europäische Bruderschaft, geführt vom Zürcher Psychiater Heinz Manz, später in Basel eine Volkssozialistische Partei der Schweiz. Die Zürcher Gründung spaltet sich bald, jene in Basel schläft ein.

Anfang der 1970er Jahre formieren sich – meist in Genf – mehrere Gruppen. Sie vertreten eine nationalrevolutionäre Linie, sie versuchen soziale Revolution mit gesellschaftlicher Restauration zu verbinden. Die stärkste Kleinorganisation ist die Nouvel Ordre Social, aktiv von 1972 bis 1979, vor allem im universitären Milieu von Genf und Lausanne. Ihr schliesst sich um 1975 die Gruppe „La lutte du peuple“ an. Die vom Nouvel Ordre Social herausgegebene Publikation „Avant-Garde“ verantwortet ab 1977 der Medizinstudent Dominique Bättig, der 2007 im Kanton Jura als SVP-Vertreter ins eidgenössische Parlament gewählt und 2011 abgewählt wird.

Ab Ende der 1970er Jahre gründet der Student Pascal Junod mehrere Gruppen der Neuen Rechten. In den folgenden Jahrzehnten vertritt er als Anwalt regelmässig auch Rechtsextreme.

Die 1980er Jahre: Hooligans, Skinheads und „Kleiner Frontenfrühling“

In der Deutschschweiz treten Anfang der 1980er Jahre die ersten nationalsozialistischen Skinheads im Umfeld der Hooliganformation „Hardturmfront“ – Anhänger des Zürcher Fussballclubs Grasshoppers – in Erscheinung. Daraus entwickelt sich ein subkultureller Rechtsextremismus, der in den kommenden Jahren vor allem in ländlichen und kleinstädtischen Gebieten Jugendliche und junge Erwachsene, meist Männer, anzieht. In ihrem Umfeld entstehen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre mehrere politische Neugründungen. Fast alle verschwinden nach kurzer Zeit. Gemeinsam ist diesen Organisationen, dass wenige Exponenten die Aktivitäten tragen und sie nur wenige Mitglieder haben. Neue Fröntler gründen 1985 im Kanton Aargau die Neue Nationale Front (NNF), sie strebt erfolglos mit der Nationalen Aktion eine Zusammenarbeit bei Wahlen 1987 an.

Einen ersten Höhepunkt bringt der „Kleine Frontenfrühling“ von 1988/89, als in Schaffhausen, Winterthur und der Innerschweiz lokal aktive Fronten bestehen, verbunden durch informellen Austausch. Stärkste und lauteste Organisation ist die Patriotische Front (PF) und ihr mediengewandter Anführer Marcel Strelbel. Die PF strebt die „Vorherrschaft der weissen Rasse“ an, ebenso das „Verbot aller kommunistischen sowie linkssozialistischen Parteien, Verbände und Gewerkschaften“. Sie fordert



Abb. 2 Die erste angemeldete rechtsextreme Demonstration nach 1945 in der Schweiz: Gaston-Armand Amaudruz 1989 vor dem Luzerner Rathaus.

(Foto: Hans Stutz)

zudem: „Juden müssen ausgewiesen und deren Kapital der Allgemeinheit übergeben werden.“ Gewalttätige Angriffe von PF-Exponenten richten sich zumeist gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte. Interne Auseinandersetzungen – nebst mehreren gerichtlichen Auseinandersetzungen – lassen die Gruppe implodieren. PF-Führer Marcel Strebel stirbt 2001 durch mehrere Schüsse, abgegeben in Notwehr. Ausserhalb der Skinhead-Subkultur agiert Ende der 1980er Jahre die Wiking-Jugend Schweiz, angeführt vom Berner Roger Wüthrich. Die kleine Schweizer Sektion stellt ihre Aktivitäten jedoch bald wieder ein. Zusammen mit mehreren Gesinnungskameraden gründet Wüthrich 1990 die Avalon-Gemeinschaft. Auf neuheidnisch-völkischer Grundlage organisiert die Gemeinschaft Vorträge und Feste wie die jährliche Wintersonnenwendfeier. In der Avalon-Gemeinschaft treffen sich ehemalige Mitglieder der Waffen-SS wie auch Naziskins, aber auch der Islamist und Holocaust-Leugner Ahmed Huber, lange Zeit Ringier-Journalist und bis Anfang der 1990er Jahre Sozialdemokrat. Ein interner Machtkampf endet mit der Verdrängung Wüthrichs durch Adrian Segessenmann, in jugendlichen Jahren Skinhead, später Betreiber des Bücher- und Tonträger-Vertriebes Neue Zeitwende und PNOS-Vizepräsident.

Der Austausch unter Rechtsextremen über die Sprachgrenze hinweg bleibt zufällig, mit einer Ausnahme. Ab Anfang der 1980er Jahre versuchen Deutsch- und Westschweizer Rechtsextremisten, aber auch Exponenten der Nationalen Aktion NA, in der Nationalen Koordination (NK) gemäss den Statuten eine „Zusammenarbeit der verschiedenen Organismen der nationalen Opposition“ zu entwickeln. Sie fühlen sich bestärkt durch die vermehrt diffamierenden Kampagnen der Boulevardzeitung „Blick“ gegen Asylbewerber wie auch von Blochers SVP. Zentrale Figur ist Gaston-Armand Amaudruz. Die NK organisiert im August 1989 die erste angemeldete rechtsextreme Demonstration nach 1945. Diese richtet sich gegen die Französische Revolution, hätte in Luzern vor dem Löwendenkmal stattfinden sollen, was die Stadt-luzerner Regierung – aus Rücksicht auf den Tourismus – untersagt. Vor dem Rathaus versammeln sich rund 30 Demonstrierende und fast ebenso viele Medienschaffende.

Die 1990er Jahre: Hammerskinheads, Blood and Honour und Holocaust-Leugner

Anfang 1990er Jahre gründen Luzerner Skinheads mit dem Schweizer „Chapter“ eine der ersten europäischen Sektionen der Hammerskin-Nation. Sie sehen sich als „Elite“, propagieren eine Apartheid-Politik und fordern „White areas for white people“. Erst um 1997/1998 entsteht eine Schweizer Sektion von „Blood and Honour“, zuerst in der Deutschschweiz, dann in der Romandie. Beide Bewegungen sind bald heftig verfeindet.

Die Naziskin-Szene ist international vernetzt und mobil. Sie trifft sich an konspirativ organisierten Konzerten. Viele Liedtexte loben den Nationalsozialismus und hetzen gegen Linke, Schwarze, Schwule und Juden. Die Schweiz gilt als „Konzertparadies“, da die Polizei das Publikum nur ausserhalb des Saales kontrolliert. Verdeckt angefertigte Aufnahmen eines deutschen Journalisten belegen im September 2005 bei einem Konzert in Brig die hetzerischen Lieder und den Verkauf nationalsozialistischer Literatur.

Naziskinheads fallen als Gewalttäter auf. Seien es Brandanschläge gegen Asylbewerberunterkünfte, wie im August 1991 in Thun. Oder Angriffe auf linke Veranstaltungen, wie im November 1995 in Hochdorf LU. Seien es Schüsse auf ein besetztes Haus, wie im Juli 2000 in Bern.

Und Ende Januar 2001 ermorden drei Rechts-extremisten bei Interlaken einen „Kameraden“, da dieser gegen das Schweigegebot verstossen haben soll.

Die Auseinandersetzung um den Beitritt der Schweiz zum UNO-Übereinkommen gegen Rassismus aktiviert ab 1993 die Holocaust-Leugner, unter ihnen Bernhard Schaub, Jürgen Graf und Arthur Vogt. Sie sammeln sich in der „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung (später Enttabuisierung) der Zeitgeschichte“. Sie bleiben weitgehend bedeutungslos, wenn auch holocaustleugnende Ansichten von vielen Rechts-extremisten geteilt werden. Nach Verurteilungen entziehen sich einige Exponenten dem Strafvollzug durch Flucht ins Ausland.

Die 2000er Jahre: PNOS/PNS und Identitäre Bewegung

Anfang September 2000 gründen mehrere ehemalige Blood-and-Honour-Aktivisten die Partei National Orientierter Schweizer PNOS. Die Partei wird in der Deutschschweiz das politische Sprachrohr des subkulturellen Rechts-extremismus und erreicht in der Kleinstadt Langenthal 2004 und 2008 einen Sitz im Stadtparlament. Die programmatischen Anklänge an das NSDAP-Programm streicht sie, kurz bevor mehrere Parteipolitiker wegen Widerhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm verurteilt werden. Die Partei verknüpft Kapitalismuskritik mit dem Ziel einer Solidargemeinschaft ausschliesslich für Schweizerinnen und Schweizer. Die PNOS ist die erste rechtsextreme Partei seit 1945, die sich halten kann und zeitweise Sitze in kommunalen Exekutiven und in einem Parlament innehat.

Aktiv ist die PNOS nur in einigen Deutschschweizer Kantonen sowie – als Parti Nationaliste Suisse (PNS) – in der Westschweiz, wo sie seit Jahren von Holocaust-Leugner Philippe Brennenstuhl dominiert wird. Nach internen Auseinandersetzungen gründen einige PNS-Mitglieder 2014 die Gruppe „Renaissance Helvétique“, ab 2015 „Résistance Helvétique“.

Für Aufmärsche auf dem Rütli wie bei Schlachtfestern kann die PNOS weit über die Partei hinaus mobilisieren. In seinem Bericht „Innere Sicherheit“ für das Jahr 2007 erwähnt der Dienst für Analyse und Prävention DAP, dass „derzeit über 30 Skinhead-Gruppierungen aktiv“ seien. Neben der Naziskinszene entsteht in Frankreich ab Anfang der 2000er Jahre eine neue

rechtsextreme Jugendbewegung, „Les Identitaires“. Sie stützt sich auf die Vorstellungen der Nouvelle Droite und gewinnt bald Anhänger in der französischsprachigen Schweiz. Sie verbindet einen militanten Tonfall mit dem Ziel eines „weissen Europas“ ohne Muslime. Die Westschweizer Identitaires sind Teil der französischen Bewegung, zu deren führenden Exponenten 2019 der Genfer Jean-David Cattin gehört. In der Agglomeration Genf agieren einige Zeit Aktivisten der Gruppe „Genève Non Conforme“, sie orientierten sich an italienischen Vorbildern um das Projekt CasaPound in Rom, ein Kulturzentrum, dessen Wohnungen italienischen Familien vorbehalten sind.

Die 2010er Jahre: ... und am Schluss ist Krise

Ende der 2010er Jahre befindet sich die rechtsextreme Szene in der Schweiz in einem bereits länger andauernden Niedergang, da ihre subkulturelle Basis, die Naziskin-Szene, selten neue Anhänger begrüssen kann. Das zeigt sich auch darin, dass die meisten öffentlich bekannten Aktivisten bereits seit Jahren tätig sind.

Weniger ausgeprägt ist die Krise in der Westschweiz: „Résistance Helvétique“ veranstaltet Vorträge mit französischen Rechtsextremen und propagandistische Kleindemos. Die Genfer Gruppe „Kalvingrade Patriote“ trainiert – nebst regelmässigen politischen Diskussionen – für Auseinandersetzungen auf der Strasse und versucht sich als Bürgerwehr. Die PNS beteiligt sich mehrmals an den nationalen Wahlen, allerdings mit durchschlagendem Misserfolg.

Es bleibt ein Paradox: Gemäss verschiedenen Untersuchungen sollen rund drei bis fünf Prozent der Bevölkerung antidemokratische, autoritäre und gewaltbereite Haltungen oder Ansichten vertreten. Und ein beachtlicher Teil der Bevölkerung stimmt xenophoben und rassistischen Ideen zu. Diskriminierende Vorschläge, zum Beispiel gegen Muslime, können in Volksabstimmungen eine Mehrheit erlangen. Die rechtsextremen Gruppen ernten dennoch wenig aktive Unterstützung. Rechtsextreme werden aber weiterhin, ob allein oder in Gruppen, missliebige Personen bedrohen oder/und angreifen, ihrer gewaltverherrlichenden Ideologie können Taten folgen.

Hans Stutz wohnt in Luzern und beobachtet als Journalist die rechtsextremen Aktivitäten seit 1989. Er sitzt für die Grünen im Kantonsrat.

„Es ist, als gebe es kein Dazwischen mehr, keine Möglichkeit des Miteinanders ...“

Anmerkungen zur Geschichts- und Identitätspolitik der polnischen Regierungspartei PiS

Sebastian Bott

Emilia Smechowski verliess 1988, mit fünf Jahren, ihr Geburtsland Polen Richtung Deutschland. Erst 2018 kehrte sie zurück, um ihrer Tochter das Land ihrer Vorfahren näherzubringen. In ihrem lesenswerten Buch über ihren Aufenthalt findet sich der Satz: „Wer behauptet, Deutschland sei gespalten, der sollte nach Polen schauen.“ Man solle besser von zwei Polen mit zwei unterschiedlichen Sprachen, Vorbildern und Geschichtsbildern sprechen. Welche Partei man wähle, eine der Oppositionsparteien oder die regierende PiS (*Recht und Gerechtigkeit*), entscheide über die eigene moralische Integrität. Der Riss, der die Gesellschaft spalte, sei unüberwindbar.

Ich bediene mich im Folgenden eines Interpretationsansatzes, der Rechtspopulismus als *Symptom* neoliberaler Entwicklungen betrachtet. Cornelia Koppetsch und Andreas Reckwitz haben dies für Deutschland untersucht, Pippa Norris und Ronald Inglehart haben einen internationalen Vergleich rechtspopulistischer Strömungen vorgenommen. Ohne diesen Hintergrund, und natürlich ohne die Geschichte des Zerfalls der *Solidarność*, auf die hier nicht eingegangen werden kann, lassen sich das heutige Polen nicht verstehen.

Kollektive Identitäten, darauf weisen Cornelia Koppetsch und Heike Delitz hin, sind stets *kontrafaktische*, d.h. imaginierte Phänomene, die für eine funktionierende Gemeinschaft unabdingbar sind. Entscheidend sei, *wie* imaginiert werde, nicht *dass* imaginiert werde.

Metapolitik in neoliberalen Zeiten

In den Ländern Mitteleuropas wandelten sich die Gesellschaften seit 1990 in einem tiefgreifenden Prozess unter dem Einfluss neoliberaler Reformer. Sie unterzogen auch Polen einer radikalen Markttransformation mit teilweise traumatischen Folgen. Zugleich verschrieben sich die neuen urbanen Eliten einem kosmopolitischen Liberalismus.

Andreas Reckwitz hat die eigentümliche Vermischung der beiden liberalen Strömungen als ein Spezifikum unserer postindustriellen Gesell-

schaften beschrieben. Die Haltung des kosmopolitischen Liberalismus folge, so Reckwitz, einer eigenen Logik der Be- und Entwertung von Lebensformen. Der akademisch gebildete Mittelstand nutze intensiv die vielfältigen Möglichkeiten der Metropolen (Berlins oder Warschaus) für einen kreativen, „kuratierten“ Lebensstil. Entwertet werde dabei ganz grundsätzlich die Kultur der alten, nichtakademischen Mittel- und Unterschicht, die Peripherie und alles Provinzielle. Wirtschaftsliberalismus und progressiver Kosmopolitismus haben laut Reckwitz eine gemeinsame Wurzel: das flexible Subjekt, das in den Wissens- und Kulturökonomien postindustrieller Welten einsetzbar ist, sich stetig selbst optimiert und sich globalen Anforderungen unterwirft. Als diskursmächtige Neogemeinschaft wännen sich die Mitglieder dieses Kollektivs im Besitz einer moralisch überlegenen, weil stets toleranten und liberalen Wir-Identität.

Gegen diese globalisierten Eliten und ihre Diskursmacht richtet sich der illiberale Populismus. Er kann als politisch instrumentalisierte Revolte der Abgehängten und Entwerteten verstanden werden. Die PiS wie auch andere ihr verwandte Parteien mobilisieren und bearbeiten deren Ressentiments und bedienen sich bewusst des hohen Kränkungspotenzials (Ursula Renz), das in allen Identitätsbewertungen steckt. Identitätspolitik verstehe keinen Spass, so Heike Delitz in ihrer soziologischen Studie über kollektive Identität.

In Polen haben verschiedene nationalkonservative Intellektuellenzirkel (samt Zeitschriften und Verlagen) seit längerem eine Neuausrichtung übernommen. Einflussreich wurde u. a. die Schrift *Triumpf człowieka państwowego (Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften 2011/2017)* des Krakauers Ryszard Legutko. „Die polnische Gesellschaft“, schreibt Legutko über die Zeit der sozialistischen Volksrepublik, „durchlebte einen grundsätzlichen und im Wesentlichen unumkehrbaren Prozess der Zerstörung ihrer Kultur.“ Dieser Zerfall werde durch den Siegeszug

der allgegenwärtigen liberalen Ideologie noch verschärft. Die feministische Ideologie, der Sieg des Vulgären, eine Literatur des Nihilismus und Todes, so Legutko, hätten in einer Art „Blitzkrieg“ (sic!) zu einer neuen Barbarei geführt: Während die Barbarei des Kommunismus vorkulturell gewesen sei, sei die der liberalen Demokratie postkulturell (Legutko, 185). Gegen diese Entwicklungen gelte es die Werte kollektiver Identität zu stärken und zu politisieren. Legutko nennt – wenig überraschend für einen katholischen Polen – Werte der Familie, der Kirche sowie die überzeitlichen Bestände von „Wahrheit, Glauben und Schönheit“, die im Polentum aufbewahrt seien (53).

Kollektive Identität und Gebrauchsgeschichte

Es fällt auf, dass die metapolitischen *Think Tanks* in Polen stark von deutschen Kritikern des Liberalismus beeinflusst sind. Im Verlag des Krakauer Kreises *Teologia Polityczna*, zu dem neben Legutko auch Bronisław Wildstein (der den Begriff *Pädagogik der Scham, pedagogika wstydu*, prägte) oder Zdzisław Krasnodębski, ein Freund Jarosław Kaczyńskis, gehören, erscheinen unter anderem auch Schriften von Carl Schmitt. Schmitts binäre Freund-Feind-Metaphorik wird von vielen Rechtsintellektuellen Polens rezipiert, prominent von Marek Cichocki, einem ehemaligen Berater Lech Kaczyńskis. Zu den einflussreichen „Metapolitikern“ gehört auch der Historiker Andrzej Nowak, der über fünfzehn Jahre die Zweimonatsschrift *Arcana* herausgab. *Arcana* erscheint wie *Pressje*, das Organ des konservativen *Klub Jagielloński*, in Krakau und propagiert eine genuine polnische Katholizität. Nowak gehört seit 2016 dem Führungsgremium des IPN (*Instytut Pamięci Narodowej*), des staatlichen Instituts für nationales Gedenken, an. Sein Einfluss auf die aktuelle Geschichtspolitik der PiS ist nicht zu überschätzen.

Gemeinsam ist diesen verschiedenen Akteuren das Bemühen, das polnische Volkskollektiv, gedacht als homogene ethnisch-nationale Gruppe, über die Imagination eines im Kern nationalkonservativen Wir-Bewusstseins nicht nur zu stärken, sondern stets neu herzustellen. Das *juste milieu* der liberalen Spätmoderne ist in den Augen dieser Kreise durch Verrat an der polnischen Seele, am polnischen Wesen geprägt. Über die liberalen Medien – allen voran der auflagenstarken Tageszeitung *Gazeta*

wyborcza – würde einem diffamatorischen Defätismus gehuldigt. Polens Wesen werde von diesen Kreisen nicht nur negiert, es werde regelmäßig mit einer „Pädagogik der Scham“ überzogen und zersetzt. Gegenüber einer solchen negativistischen Position der Selbstzerfleischung, die sich zum Beispiel an der Diskussion um Jedwabne zeige (am 10. Juli 1941 befahlen die Deutschen, die jüdische Gemeinschaft der Kleinstadt umzubringen, vollzogen wurde das Todesurteil von den ortsansässigen Polen), sei an positive, patriotische Geschichtsmomente des „wahren“ Polentums zu erinnern.

In den Spalten der PiS-nahen Geschichtszeitschrift *wSieci Historii* wird eine solche *Gebrauchsgeschichte* (Guy Marchal) publikumswirksam. Hier geht es um die polnische Nation als Opferkollektiv, um polnische Heldengeschichten, denen schon Henryk Sienkiewicz seine historischen Romane widmete, um Nationalstolz und Patriotismus. Polens Geschichte wird in die „grosse Erzählung“ einer Polonizität gezwängt, die sich gegen alle äusseren Anfechtungen, Aufweichungen und Auslöschungen in den Herzen und Taten der Polen (und mancher Polinnen), in der polnischen Seele und im Geist des Widerständigen bewahrt habe.

Antiliberal und affirmativ patriotisch: Polen und die PiS seit 2015

Im Jahre 2015 gewann die PiS unter Jarosław Kaczyński die Wahlen zum Sejm, dem polnischen Parlament, mit dem Slogan *Polska w ruinie* (Polen in Ruinen). Sie bezog sich dabei auf die Regierungsjahre der Koalitionsregierung PO-PSL unter Donald Tusk und prangerte deren angebliche moralische Verlotterung und Servilität gegenüber der EU an. Bereits 2011 hatte Kaczyński in seinem Buch *Polska naszych marzeń* (Das Polen unserer Träume) geschrieben: „Wir haben es mit einer unerhörten Bastardisierung [*skundlenie*] des politisch-kulturellen Establishments zu tun. ... Unsere unseligen, marginalen, imitatorischen, nachäffenden Eliten meinen, dass es sich nicht ziemt, moralische Argumente zu gebrauchen.“ (zit. nach Krzemiński, Osteuropa 2016, 122)

Laut Adam Krzemiński geht es bei dieser Sprechweise immer auch um die Mobilisierung von Affekten: Wer nicht für die Nationalkonservativen stimme, sei nicht nur anderer Meinung, er zeige sich als moralisch verkommener



Abb. 1 „Heiliger Glaube, Polnischer Mut“. Titelblatt der PiS-nahen Geschichtszeitschrift wSieci Historii 7/2013.

Mensch, der es mit korrupten, kosmopolitischen Eliten hält und den Lügen der *Gazeta wyborcza* auf den Leim krieche. Das polarisierende Weltbild und die moralisierende Sprache der PiS erinnern Krzemiński an die totalitäre Propaganda vergangener Zeiten, seine kritische Einschätzung trägt mit Bezug auf Victor Klemperers Analyse der NS-Sprache „LTI“ den Titel *Lingua tertii rei publicae* (Osteuropa, 2016).

Polnische Wählerinnen entscheiden sich für Parteien nicht unbedingt und ausschliesslich aufgrund wirtschaftlicher Interessen, vielmehr sind es oft weltanschauliche Fragen und moralische Überzeugungen, die an der Urne den Ausschlag geben. Lech Kaczyński gründete die PiS 2001 als Antwort auf eine von der Warschauer Soziologin Mirosława Grabowska konstatierte „postkommunistische Spaltung“. Die PiS, wie auch die Partei „Bürgerplattform“ (PO), gab sich als Typ einer neuen, antikommunistischen Bewegung aus, die ganz bewusst auf die Bezeichnung Partei im Namen verzichtete und offen für die Einführung einer Vierten Republik eintrat. Vor 2015 regierte lange eine Koalition aus PO und Bauernpartei (PSL) unter Premier Donald Tusk. Polen konnte in der Folge von umfangreichen EU-Fördergeldern profitieren, der Lebensstandard stieg, das Land wurde zum oft zitierten Beispiel einer gelungenen

Systemtransformation. Besonders deutlich schlug sich dieser Wandel in den Grosstädten nieder. Die katholische Kirche verlor an Einfluss, Warschau, Danzig und Posen lassen sich heute kaum mehr von westeuropäischen Metropolen unterscheiden.

Seit der Flugzeugkatastrophe von Smolensk 2010 dominiert Jarosław Kaczyński die inneren Zirkel der PiS, unterstützt von loyalen, meist rechtskatholischen Intellektuellen und engen Weggefährten aus Zeiten der *Solidarność* wie Ryszard Legutko, Antoni Macierewicz, Zbigniew Ziobro. Ein „Wandel zum Guten“ (*dobra zmiana*) – so der Wahlslogan von 2015 – sollte der Bevölkerung das Gefühl für nationale Einheit und kollektive Identität zurückgeben. Durch einen affirmativen Patriotismus und ein Bekenntnis zum Helden- und Märtyrertum der polnischen Geschichte wurde dieser anvisierte Wandel mit Inhalt versehen.

Nach Einschätzungen polnischer Politologen gewann die Vereinigte Rechte (*Zjednoczona Prawica* unter Federführung der PiS) ihre 251 von 460 Mandaten durch ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement auf dem flachen Land, das sich intensiv den Möglichkeiten der neuen sozialen Medien bediente und im Rundfunksender *Radio Maryja* (samt Fernsehsender *TV Trwam* des Medienmoguls Pater Tadeusz Rydzyk) und der Tageszeitung *Gazeta Polska Codzienna* mächtige Verbündete fand. Klaus Bachmann, langjähriger Beobachter der polnischen Politlandschaft, erklärt den Sieg der PiS in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2015 mit einem fundamentalen Spalt zwischen gut ausgebildeten Städtern, einer kleinen Elite, wie er betont, und der breiten Masse der traditionalistischen Bewohner von Kleinstädten und Dörfern, also der Peripherie (Bachmann, 2016, 315). Mit Fördergeldern und Steuererleichterungen hat sich die PiS seitdem die Unterstützung dieser Wählerschaft gesichert.

Helden und Opfer: Narrative und Schauplätze kollektiver Erinnerung

Am 17. November 2015 legte der neugewählte Präsident Andrzej Duda (PiS) anlässlich eines Treffens mit ausgewählten Gästen die Geschichtspolitik seiner Partei dar. Auch zugegen war ein massgeblicher Ideengeber der PiS-Geschichtspolitik, der bereits erwähnte Andrzej Nowak, der das präsidiale Treffen koordinierte. Vor seinen Gästen erklärte der Präsident,

Geschichtspolitik müsse dazu dienen, das Potenzial des polnischen Staates zu entfalten. Die „Pädagogik der Scham“, so der anwesende Boris Wildstein, sei zu beenden. Er verwies für die nötige Identitätsbildung auf das monumentale Geschichtswerk *Dzieje Polski* Andrzej Nowaks. Das Freiheitsstreben eines zutiefst republikanischen Geistes des Polentums liesse sich an diesem Werk nachvollziehen. Unter den geladenen Gästen befanden sich neben Ryszard Legutko der Kultusminister Piotr Gliński, der damalige Präsident des staatlichen Instituts für Nationales Gedenken (IPN) Łukasz Kamiński, der Herausgeber der *wSieci Historii* Jan Żaryn, der Direktor des Jüdischen Museums Dariusz Stola sowie Marek Cichocki, von dem der Ausdruck „affirmativer Patriotismus“ stammt. Mit Maciej Pawlicki war ein einflussreicher Filmproduzent zugegen, Andrzej Waśko vertrat den rechtsintellektuellen Verlag *Arcana*. Mit Dudas Diskussion und Absichtserklärung war die Agenda für zukünftige Massnahmen gesetzt. Schon damals wurden die unterschiedlichen Bausteine einer bis heute offensiv verfolgten Geschichtspolitik deutlich: Museen, öffentliche Medien, Schulen und vor allem das IPN sollten die neue Identitätspolitik aktiv und affirmativ vertreten. Dazu wurden von den anwesenden Gästen Nowak, Wildstein und Stola in den „Nationalen Entwicklungsrat, Sektion



Abb. 2 Comic aus der Publikationsreihe des IPN zur Schlacht um Montecassino 1944

Kultur, nationale Identität und Geschichtspolitik“ (*Narodowa Rada Rozwoju, Sekcja Kultura, Tożsamość narodowa, Polityka historyczna*) berufen. Von hier aus wird die Erinnerungspolitik der PiS koordiniert. Andrzej Waśko brachte im gleichen Rat die Sektion Erziehung auf Linie. Auf allen Ebenen des staatlichen Lebens werden seitdem Eliten, die sich dem neuen Kurs nicht beugen wollen, ausgewechselt. Stipendien für Kulturschaffende, etwa Unterstützung durch das polnische Buch-Institut, werden kritischen Geistern wie Andrzej Stasiuk oder Olga Tokarczuk verwehrt. Stiftungen, die die polnische Märtyrologie und den Heroismus fördern (z.B. die *fundacja pamiętamy* oder die *fundacja reduta dobrego imienia*), werden unterstützt. Was aus der Ferne wie ein allmählich anschwellender Strom punktueller Massnahmen wirkt, erweist sich bei genauerem Hinsehen als konzertierte Aktion einiger an entscheidenden Schaltstellen sitzender Akteure – fast ausschliesslich Männer – in staatlichen Institutionen.

Das IPN und die Umsetzung der Agenda

Das „Institut für nationales Gedenken“ (IPN) wurde 1999 mit dem Ziel gegründet, den Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit, insbesondere mit den Nachrichtendiensten der Volksrepublik, zu regeln. Anders als die deutsche Gauck-Behörde führt das IPN auch staatsanwaltliche Aufgaben durch und engagiert sich in der politischen Bildung. Seit 2016 amtiert Jarosław Szarek als Institutsleiter, als Stellvertreter wurde Mateusz Szpytma berufen, der Leiter des neuen Museums der Familie Ulma, auf das weiter unten eingegangen wird. Das Institut entwickelte sich zum wichtigsten und finanziell stark aufgestellten Promoter der neuen Geschichtspolitik. Jan Żaryns populärwissenschaftliche *wSieci Historii* widmete dem IPN eine eigene Ausgabe (06/2015). Lobend wird der Einsatz des Instituts für die „Verfemten Soldaten“ (*żołnierze wyklęci*) hervorgehoben, die exemplarisch die Aufopferungsbereitschaft für ein unabhängiges Polen verkörpern würden. Ausdrücklich verwiesen wird auf den Einsatz des Instituts in Schulen: das IPN fördere den Patriotismus, und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelten eine belastbare Vorstellung des Polentums.

Ein Gang über die Prachtstrasse Krakowskie Przedmieście in der Warschauer Innenstadt

führt geradewegs zum neueingerichteten Informationsbüro des IPN. Hier finden sich die einschlägigen Publikationen, die das neue Geschichtsverständnis transportieren sollen. Ein Blick auf das Sortiment zeigt neben Biographien der berühmten Staatsmänner der II. Republik Comics, die polnische Helden zum Thema haben.

Mentalitäts-, geschlechter- oder globalgeschichtliche Perspektiven fehlen vollständig. Staatspolitik und Ereignisgeschichte dominieren die Auswahl. Das monatliche Informationsbulletin (*Biuletyn IPN*) widmet sich vornehmlich Männern und Frauen, die eine positive Identifikation ermöglichen. Die Narrative moralisieren die Taten ihrer Helden und Opfer. Nirgends zeigt sich dies deutlicher als in der Geschichte um die „verfemten Soldaten“. Die von der sozialistischen Volksrepublik gemiedenen und verleugneten Mitglieder der antikommunistischen Untergrundarmee, die lange über das Kriegsende hinaus ihren antisowjetischen Kampf aufrechterhielten, werden zu Identifikationsfiguren für das gegenwärtige Polen. Ihr Kampf um Unabhängigkeit, für den sie bereit waren ihr Leben zu geben, wird zum leuchtenden Vorbild im Einsatz um Freiheit und Gerechtigkeit (*Biuletyn 3/2019*). Hier ergeben sich Anknüpfungspunkte zur traditionellen Märtyrologie der polnischen Romantik, wie sie

Sienkiewicz literarisierte, die nach wie vor zu den wirkmächtigsten Elementen des polnischen Selbstverständnisses gehört, aber auch zum Widerstand gegen die kosmopolitischen Werte der urbanen Eliten.

Museen, Erinnerungsmärsche, Strassennamen

Die Geschichtspolitik der PiS lässt sich gut in den staatlichen Museen Polens nachvollziehen. Viele Museumsprojekte wurden schon lange vor dem Wahlsieg von 2015 initiiert. Wie sich die Geschichtsstrategen der Partei diese Projekte aneigneten und instrumentalisierten, zeigt sich am „Museum des Zweiten Weltkriegs“ in Danzig. Das 2010 ausgelobte Museum wurde ursprünglich von einem internationalen Kuratorium ausgewiesener Experten (u.a. Ulrich Herbert, Timothy Snyder, Norman Davies) begleitet. Es sollte den Weltkrieg aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten, durchaus auch selbstkritisch bezüglich der polnischen Nation. Der Gründungsdirektor Paweł Machcewicz hatte als IPN-Mitglied gemeinsam mit Krzysztof Persak bereits 2002 zwei Quellentexte zu Jedwabne ediert.

Der neue IPN-Chef Jarosław Szarek entliess die beiden mit Amtsantritt 2016, ein Jahr später verlor Machcewicz seine Stelle als Gründungsdirektor des Museums. Kulturminister Piotr Gliński begründete diesen Schritt mit der „falschen“ Relativierung des Opferstatus der Polen im Krieg. Gefordert sei eine Perspektive, die der polnischen Staatsräson nutze. Zeitgleich mit der Entlassung kündigte Gliński die Fusion des Museums mit einem zukünftigen „Museum der Westerplatte“ an. An dieser geschichtsträchtigen Stelle soll ein genuin polnischer Ort der Erinnerungskultur geschaffen werden. Das Heldentum der 217 polnischen Soldaten, die sich dem deutschen Angriff entgegenstellten und eine Woche lang ausgeharrt hatten, wird im Neubau im Zentrum stehen (siehe S. 57). Sein Vorbild findet dieses Projekt im „Museum des Warschauer Aufstands“, das den Mut und die Opferbereitschaft der Kämpfenden und deren Leiden in einer optimistischen Narration heroisiert. Besucher und Besucherinnen werden in diesem wohl populärsten polnischen Museum vor allem überwältigt. Überwältigt von der Inszenierung der Exponate, die kaum Raum, Zeit und Musse für eigenständiges Nachdenken oder kritisches Hinterfragen lassen.



Abb. 3 1944-1963: Die Legende der Verfemten. Titelblatt wSiaci Historii 3/2018

Emotional überwältigt wird man auch durch die öffentliche Inszenierung von Gedenktagen. Seit dem Flugzeugabsturz vom April 2010, bei dem neben dem damaligen Präsidenten Lech Kaczyński ein Teil der polnischen Führungselite ums Leben kam, wird von der PiS monatlich mit Gedenkmärschen an dieses tragische Ereignis erinnert. Schuld am Absturz, so bis heute Jarosław Kaczyński und der Untersuchungsbeauftragte Antoni Macherewicz, sei ein Komplott, in das auch Donald Tusk involviert gewesen sei. Jeweils am 10. des Monats wird in aufwendig inszenierten Veranstaltungen des Absturzes gedacht. Jeder dieser Märsche ist mehr als ein Ausdruck kollektiven Trauerns. Es geht immer auch um polnische Identität und nationalen Stolz, der all denjenigen abgesprochen wird, die nicht an ein Komplott glauben. Da der Opferdiskurs ein zentrales Element der polnischen Meistererzählung ist, lässt sich mit dem Absturz der Tu-154 ein grosser Bogen schlagen zu den Opfern von Katyń, zu den Aufständischen von Warschau, zur Bereitschaft der „verfemten Soldaten“, bis zum Tode zu kämpfen. So werden die Märsche zu Manifestationen einer Grundcharakteristik vieler kollektiver Imaginationen: der asymmetrischen Zuschreibung von guten und schlechten Eigenschaften. Wer der Opfer nicht auf diese Weise gedenken möchte, kann, ja darf nicht Teil der nationalen Gemeinschaft sein. Entsprechend scharf und heftig

wurde und wird in Polen um den jeweils 10. des Monats gerungen und gestritten. Am 10. April 2019 sicherten Hundertschaften von (Militär-)Polizisten den Marsch in Warschau.

Eine kollektive Identität wird durch viele Quellen gespeist, auch durch Strassennamen. Es verwundert deshalb nicht, dass auch hier die neue Regierung massive Veränderungen vorgenommen hat. Seit 2017 werden im grossen Stil unliebsame Namen getilgt und Strassen neu benannt. Am 10. November 2017 wurde die grüne Achse Warschaws, die *Aleja Armii Ludowej* (Allee der Volksarmee) in *Aleja Lecha Kaczyńskiego* umgetauft. Die Massnahmen laufen unter dem Schlagwort *akcja dekomunizacja* (Entkommunisierung). So werden z.B. kommunistische Opfer der deutschen Okkupationszeit gegen „verfemte Soldaten“ ausgetauscht oder Widerstandskämpfer gegen die Volksrepublik zu Namensgebern „sowjetischer“ Strassennamen. Häuserwände werden mit den Symbolen des patriotischen Narrativs geschmückt (z.B. grossflächige Murals zu den „Verfemten“), neue Denkmäler an zentralen Orten der grossen Städte errichtet. Visualisiert wird auch hier polnischer Patriotismus. Der polnische Soziologe Mateusz Halawa hat diese Phänomene untersucht: „Die ... Verflechtung zwischen Architektur, Stadtplanung und Politik ist meiner Beobachtung nach befremdlich engmaschig. Man kann förmlich dabei zusehen, wie sich die



Abb. 4 Warschau, 10. April 2019. Fassade mit Bildern der Opfer des Flugzeugabsturzes von 10. April 2010, in der Mitte das damalige Präsidentenpaar.

(Foto: Sebastian Bott)

Grenzen zwischen Staatsführung, Stadtgestaltung und Immobilienwirtschaft mehr und mehr auflösen.“ (ARCH+, 235/2019, 177).

Die Auseinandersetzung um das Centrum Badań nad Zagłady Żydów

Abschliessend noch ein Blick auf das wohl schwierigste Thema polnischer Geschichtspolitik: auf das Verhältnis der katholischen Polen und Polinnen zu ihren jüdischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen. Kann man stolz sein auf dieses Verhältnis? Die Antwort lautet wohl, wie überall in Europa, ja *und* nein. Ja im Falle derjenigen, die sich der deutschen Vernichtungspolitik entgegenstellten, ihr Leben für ihre jüdischen Nachbarn gaben. Von diesen gab es in Polen zahlreiche, in Yad Vashem werden sie geehrt. Nein im Falle derjenigen, die aktiv an der Verfolgung und Ermordung teilnahmen. Auch davon gab es in Polen manche. Überraschend ist dies nicht, der Antisemitismus gehörte in ganz Europa zur Grundausstattung junger Nationalstaaten. Wie kann eine ausschliesslich auf Stolz und Heldentum abzielende Geschichtspolitik damit umgehen?

Die Aufarbeitung der polnisch-jüdischen Beziehungen hat in Polen eine lange Tradition. Seit 70 Jahren publiziert das *Żydowski Instytut Historyczny* über dieses Thema. Mit dem *Centrum Badań nad Zagłady Żydów* unter der Leitung von Barbara Engelking entstand 2003 eine wissenschaftliche Institution, die sich interdisziplinär mit der Shoah auseinandersetzt. Französische Forschende haben in diesem Zusammenhang von einer neuen Schule polnischer Shoahforschung gesprochen (*Nouvelle école polonaise d'histoire de la Shoah*).

Für IPN-nahe Kreise stellt das Zentrum eine Provokation dar. Statt sich auf die heldenhaften Helfer zu konzentrieren, liege der Schwerpunkt der Studien auf Kollaboration und Antisemitismus. Regelmässig und systematisch werden die Forschungen des Zentrums entwertet. Die Studien seien nicht quellenbasiert, die Mitarbeiter (allen voran Barbara Engelking) keine ausgebildeten Historiker, ausländische Kreise würden Einfluss nehmen. Letzterer Vorwurf zielt auch auf das Ehepaar Jan und Irena Gross, die von den USA aus zu Pionieren der polnischen Holocaustforschung wurden. Gegen Jan Gross strengte die PiS 2015 ein Strafverfahren an, Präsident Duda will ihm einen polnischen Verdienstorden entziehen. Barbara

Engelking musste nach der Publikation einer umfangreichen Studie zum Verhalten polnischer Landbewohner gegenüber entflohenen Juden ihren Einsitz im Auschwitz-Rat aufgeben. Seitens des IPN und der PiS wird demgegenüber verstärkt die Entlastungserzählung des helfenden Polens bemüht. Das IPN veröffentlichte in den letzten Jahren einige englischsprachige Titel zur Thematik. Bogdan Musiał, ein ausgewiesener Kenner der deutschen Besatzungszeit, konzentriert sich in seiner neuesten Publikation (*Kto dopomoże Żydowi*) auf den deutschen Terror, der es jedem vernünftig denkenden Polen verunmöglicht hätte, sinnvoll Hilfe zu leisten. Dies ist durchaus plausibel, nur fragt sich, weshalb seine Forschungen mit massiven Vorwürfen an Barbara Engelking und anderen verbunden werden müssen. In einem neuen Museum unter der Leitung von Mateusz Szpytma, Vizepräsident des IPN, das den Helfern der Familie Ulma in Markowa gewidmet ist (*Muzeum Polaków Ratujących Żydów podczas II wojny światowej im. Rodziny Ulmów w Markowej*) wird demgegenüber neuerdings die „wahre“ Geschichte der polnischen Helfer erzählt.

Kein Thema entzweit die polnische Öffentlichkeit so sehr wie der Umgang mit polnischem Antisemitismus. An dieser Frage wird der gesellschaftliche Riss, der die Gesellschaft teilt, besonders deutlich und spürbar. Wer sich anders als neutral zu diesem Thema äussert, gibt zu erkennen, zu welchem Lager er gehört. Ein Dazwischen gibt es hier nicht. So zeigt sich auch gerade bei diesem sensibelsten aller historischen Bereiche, wohin eine staatlich verordnete, eindimensionale Geschichtspolitik führen kann. Öffentliches Nachdenken und kontroverse Diskussionen werden einem schalen Moralismus geopfert, der immer schon Bescheid zu wissen glaubt, was gut und schlecht, richtig und falsch ist. Affekte statt Argumente, Ressentiments statt Abwägen: Was bleibt, ist ein vergiftetes Klima, in dem Sachargumente nicht mehr gehört werden.

Das letzte Kapitel ihres Reiseberichts betitelt Emilia Smechowski mit *Mama, warum weinst du?* Dort schreibt sie: „Ist der Riss, der durch dieses Land geht, noch zu kitten? Am Ende meines Jahres in Polen, nach vielen Reisen und Gesprächen, glaube ich nicht mehr daran.“ Daran mitschuldig ist zweifellos die Geschichtspolitik der regierenden PiS.

Ohne kollektive Identitäten können moderne Demokratien nicht leben, sie ermöglichen überhaupt erst demokratisches Engagement. Welcher Couleur diese Identitäten auch immer sein mögen, sie dürfen ihren prozessualen, grundsätzlich un abgeschlossenen Charakter nicht verleugnen. Tun sie dies, so leugnen sie das per se *Kontrafaktische* ihrer Entstehung, nämlich die *Imagination*. Was dann dominiert,

ist eine essenzialistische, asymmetrische Vorstellung eines tribalistischen Wir, das sich nicht *gegenüber* anderen bildet, sondern *gegen* andere. Einfacher gesagt: Ressentiments zu schüren ist einfach, Ressentiments abzubauen weit aus schwieriger.

Sebastian Bott ist Geschichtslehrer an der Kantonsschule MNG Rämibühl in Zürich.

Lektüreempfehlungen

Rechtspopulismus wird als Symptom neoliberaler Wirtschafts- und Politikströmungen von *Fraser, Nancy. *The Old Is Dying and the New Cannot Be Born*. London 2019, *Koppetsch, Cornelia. *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld 2019 und *Reckwitz, Andreas. *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin 2017 gedeutet. Den Fokus auf Metapolitik legen *Weiss, Volker. *Die autoritäre Revolte: Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Stuttgart 2018 sowie *Norris, Pippa, Ronald Inglehart. *Cultural Backlash: Trump, Brexit and Authoritarian Populism*. Cambridge 2019. Wissenswertes zum Thema kollektive Identität habe ich von *Delitz, Heike. *Kollektive Identitäten*. Bielefeld. 2018, *Koselleck, Reinhart. *Zur historischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe*, in: Ders. *Vergangene Zukunft*. 1985 und *Renz, Ursula. *Was denn bitte ist kollektive Identität?* Basel 2019 erfahren.

Einen informativen Beitrag zu Polens öffentlichen Räumen liefert *Wojciech Czaja in ARCH+. Zeitschrift für Architektur und Urbanismus. *Rechte Räume*. Nr. 235. 2019 (Berlin). *Bachmann, Klaus. *Der Bruch: Ursachen und Konsequenzen des Umsturzes der Verfassungsordnung Polens 2015-2016*. Frankfurt a.M. 2016 lehrt in Warschau und kennt die Politlandschaft Polens bestens. *Gnauck, Gerhard. *Polen verstehen. Geschichte, Politik, Gesellschaft*. Bonn 2019 ist eine Einführung für Einsteigerinnen. *Heinemann, Monika. *Krieg und Kriegserinnerung im Museum: Der Zweite Weltkrieg in polnischen historischen Ausstellungen seit den 1980er-Jahren*. Göttingen 2017 berichtet kompetent über die polnische Museenlandschaft. Alle Artikel zu Polen in den beiden Ausgaben von *Osteuropa. 1-2. 2016. *Gegen die Wand: Konservative Revolution in Polen*, *Osteuropa. 3-5. 2018. *Unterm Messer: Der illiberale Staat in Ungarn und Polen* sind lesenswert, insbesondere die Artikel zur Geschichtspolitik. Legutko, Ryszard. *Der Dämon der Demokratie: Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften*. Wien 2017 erschien bereits 2011 in Polen. *Emilia Smechowski veröffentlichte ihre Heimateindrücke unter dem Titel *Rückkehr nach Polen: Expeditionen in mein Heimatland*, Berlin 2019.

Rechtsextremismus im gymnasialen Unterricht

Theoretische Überlegungen und praktische Vorschläge zu einer akuten Herausforderung

Silvana Werren und Mischa Marti

„Rechtsextreme Chats gibt es an jeder Schule!“, ist der Befund von Dirk Baier, welcher als Professor am Institut für Delinquenz und Kriminalprävention an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW zu Extremismus forscht. Und weiter stellt er fest: Rechtsextremismus sei unter Jugendlichen auf dem Vormarsch. Zeit, sich auch im gymnasialen Unterricht dem Thema zu widmen?

Sobald Menschen Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen sehen und diese mit einem ideologischen Grundgedanken verknüpft ist, wird von Extremismus gesprochen. Besonders Menschen in der Adoleszenz sind gefährdet.¹ Wesentliche Merkmale des Rechtsextremismus sind die Prämisse einer rassistischen oder ethnischen Ungleichheit der Menschen, eine erhöhte Gewaltakzeptanz und die Ablehnung allgemein gültiger Grund- und Menschenrechte.

Rechtsextremismus unter Schweizer Jugendlichen

5,9 Prozent der Schweizer Jugendlichen ohne Migrationshintergrund werden laut einer 2018 veröffentlichten Studie² als rechtsextrem eingestuft. Dabei zeigt sich, dass die Zustimmung zu den ideologischen Zielen höher ausfällt (jeder vierte Befragte ist ausländerfeindlich, jeder fünfte nationalistisch eingestellt) als die Befürwortung von Gewalt. Und: Je geringer der soziale Status und das Bildungsniveau ist, desto eher befürworten Jugendliche Rechtsextremismus. Weitere relevante Faktoren sind Geschlecht (Männer neigen eher zu Extremismus)

und regionale Unterschiede (im ländlichen Raum ist die Zustimmung zum Rechtsextremismus höher als im städtischen Raum). Eine Erhebung der auf rechtsextremen Einstellungen beruhenden Vorfälle im Bildungsbereich ist schwierig. Zwar zeigt der Bericht „Rassistische Diskriminierung in der Schweiz“ aus dem Jahr 2016³ auf, dass die Fallzahlen von rassistischer Diskriminierung in Schule und Bildung zunehmen – neben dem Arbeitsplatz war 2018 der Lebensbereich Bildung/Schule/Kita der am häufigsten von Diskriminierung und Rassismus betroffene.⁴ Selten wird dabei aber der Rechtsweg beschritten, da die Probleme klassen- oder schulintern gelöst werden.

Auch ein Problem an Schweizer Gymnasien?

Man könnte aus den Befunden der Extremismusstudie ableiten, dass eher Jugendliche in der Volksschule und in der Berufsschule empfänglich für extreme Ideologien sind. Ist Rechtsextremismus an Schweizer Gymnasien also gar kein Thema? Ja und nein: Effektiv stellen rechtsextreme Tendenzen bei Schüler/-innen an Schweizer Gymnasien kein virulentes Problem dar. Andererseits soll der Umgang mit gesellschaftlichen Entwicklungen und Phänomenen wie den rechtsextrem motivierten Anschlägen in Christchurch und in den USA, der Ku-Klux-Klan-Kluft als Fasnachtsverkleidung, Hate speech im Internet, dem zunehmenden Rechtspopulismus in Europa, antisemitischer Grabschändung in Frankreich, Herabsetzung des politischen Gegners durch die Darstellung als Schädling etc. auch mit Lernenden an Gymnasien sorgfältig reflektiert und diskutiert werden.

¹ Kanton St. Gallen, Freiheit, Gewalt, Respekt, Polarisierung, Toleranz. St. Gallen 2017.

(https://www.sichergesund.ch/fileadmin/kundendaten/Hefte/Radikalisierung_und_Extremismus/02_Dokumente/2018_Beratungsstellen.pdf)

² „Verbreitung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen unter Jugendlichen in der Schweiz“, ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürich 2018. https://digitalcollection.zhaw.ch/bitstream/11475/12530/3/2018_Manzoni_

Verbreitung_extremistischer_Einstellungen_und_Verhaltensweisen.pdf Befragt wurden in der Gelegenheitsstichprobe 8317 Jugendliche.

³ „Rassistische Diskriminierung in der Schweiz“, Bericht der Fachstelle Rassismusbekämpfung, 2016.

⁴ Eidgenössische Kommission gegen Rassismus, Rassismuvorfälle aus der Beratungspraxis. Januar bis Dezember 2018. Bern 2019.



Abb. 1 Rechtsextreme Tendenzen sind bei Schüler/innen an Schweizer Gymnasien kein grösseres Problem.

(Foto: Mischa Marti)

Warum im gymnasialen Geschichtsunterricht thematisieren?

An der Kasse wird die Warteschlange immer länger, weil eine dunkelhäutige Frau umständlich nach ihren Münzen kramt. Sie hat endlich alle Münzen beisammen und die Kassierin zählt nach. Das dauert – am hinteren Ende der Schlange macht sich Unmut breit: „Typisch Asylbewerber!“ Es gibt Zustimmung.

Szenen wie dieser sind wir alle schon einmal im Alltag begegnet. Sie kommen oft überraschend aus der Mitte des Alltags und man fühlt sich überrumpelt. Oft bleibt man als unfreiwilliger Zuhörer oder Zuhörerinnen ratlos zurück. Auch sonst redegewandte Menschen fühlen sich in einer solchen Situation blockiert, Verunsicherung macht sich breit – vielleicht sogar Angst. Was bleibt, ist das schale Gefühl, versagt zu haben.⁵ Wann beginnt Rassismus? Wie gefährlich ist Rassismus? Wie kann ich Zivilcourage üben und in solchen Situationen adäquat reagieren?

⁵ Hufer, Peter-Klaus, Argumente am Stammtisch. Schwalbach 2016.

⁶ Eser Davolio, Miryam, Fortschritt trotz fehlender Verbindlichkeit, S. 42, in: Schule, Tangram 37, Bulletin der EKR Juni 2016.

⁷ Rahmenlehrplan für die Maturitätsschulen, 1994.

Stigmatisierung, Diskriminierung und Rassismus aufzugreifen und zu thematisieren, stellt gerade im Geschichtsunterricht am Gymnasium eine grosse Chance dar, einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit diesen heiklen Themen zu leisten, um die Jugendlichen und unsere Gesellschaft fit für den Umgang mit solchen „Pulverfässern“ zu machen.⁶ Der Auftrag des gymnasialen Geschichtsunterrichts ist es, den Jugendlichen den Zugang zu Begriffen wie Macht und Kontrolle sowie die Teilnahme als Bürger/-innen am politischen Geschehen zu ermöglichen.⁷ Somit trägt der Geschichtsunterricht Wesentliches zur politischen Mündigkeit der Jugendlichen bei. Der Mensch ist ein geschichtliches Wesen, das nur handlungsfähig bleibt, wenn es die Vergangenheit einer Sache kennt.⁸ Historische und somit auch politische Bildungsarbeit bedeutet einen Ort zur gegenseitigen Verständigung rund um Erfahrungen mit Rassismus und Rechtsextremismus zu schaffen. Dabei lernen sie zu verstehen, welche

⁸ Lehrplan17 für den gymnasialen Bildungsgang https://www.erz.be.ch/erz/de/index/mittelschule/mittelschule/gymnasium/lehrplan_maturitaetsausbildung.asse-tref/dam/documents/ERZ/MBA/de/AMS/GYM%20LP%2017%20neu/ams_gym_lehrplan%2017%20neu_gesamtdokument.pdf



Abb. 2 Um der Demokratie Kraft und Bestätigung zu geben, müssen die Jugendlichen als Personen vom Umfeld Anerkennung erfahren, die eigene Selbstwirksamkeit spüren und in ihrer Verantwortungsbereitschaft gestärkt werden.

(Foto: Mischa Marti)

Prozesse und Mechanismen hinter Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und rechter Propaganda stehen.

Sie lernen zu differenzieren, dass Rechtspopulismus ein politisches Stilmittel ist, wo oft vermeintlich einfache Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme angeboten werden, um dabei insbesondere sogenannte Modernisierungsverlierer als Wähler zu gewinnen. Dabei inszenieren sich die Vertreter dieser Parteien als „Stimme des Volkes“ und grenzen sich von den „herrschenden Eliten“ ab. Gerade Menschen, welche einen gefühlten oder tatsächlichen Verlust des sozialen Status erlitten haben, sind erwiesenermassen anfällig für rechte Thesen von autoritären Persönlichkeiten. Die Jugendlichen lernen im Geschichtsunterricht solche Mechanismen aufzudecken und sich kritisch mit Extremismus als demokratiefeindliche Bestrebung sowie radikalen politischen Auffassungen, welche zu einer pluralistischen Gesellschaftsordnung gehören, zu befassen.⁹ Sie erkennen, wie Ängste und Vorurteile

beispielsweise von rechtspopulistischer Seite manipulativ eingesetzt werden, üben Wertediskussionen in der Klasse zu führen und eine Streitkultur zu schaffen, damit sich die Jugendlichen aufgeklärt und gestärkt sowohl online als auch offline couragiert für Demokratie, sich und ihre Mitmenschen einsetzen können.

Wie im Unterricht umsetzen?

Zu Beginn des Unterrichts gilt es einerseits, den Begriff „Extremismus“ zu klären sowie aktuelle rechtspopulistische Entwicklungen zu analysieren und dabei aufzudecken, mit welchen Mechanismen sie arbeiten.¹⁰ Bei der Debatte um rechtspopulistische Strömungen in Europa ist es zentral, auch den Bezug zur Schweiz herzustellen. Denn laut Damir Skenderovic, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Fribourg, geht teilweise vergessen, dass die Schweiz zur Avantgarde des europäischen Rechtspopulismus gehört. Die SVP ist in der Forschungsliteratur wie auch in den internatio-

⁹ Rechtsextremismus hat viele Gesichter: <https://www.klicksafe.de/rechtsextremismus/>

¹⁰ Hier empfiehlt es sich, die Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung (Deutschland) zu

konsultieren. Dort ist eine Vielzahl anregender Unterrichtsmaterialien zu finden. <https://www.bpb.de/> sowie weiterführende Informationen unter: www.rechtsextremismus.ch

Weiter im Kontext

Interaktives Forumtheater „act-back“

Das mit dem Dr. Kurt Bigler-Preis ausgezeichnete Stück „Nazitäter im Fokus“ stellt am Holocaust beteiligte Figuren in den Fokus. Die pädagogisch und historisch geschulten und erfahrenen Schauspieler gehen gemeinsam mit den Lernenden der Frage nach, welche Situationen und Prozesse „gewöhnliche“ Menschen zu monströsen Tätern machen.

www.forumtheater-act-back.ch

Weitere geeignete Bildungsaktivitäten ausserschulischer Akteure finden Sie unter www.education21.ch/de/schulpraxis/ausserschulisch

Themendossier

Praxisorientierte Bündelung verschiedener Bildungsangebote, mit welchen sich der Unterricht innovativ und lebendig gestalten lässt. Verfügbar ist das Dossier „Migration/Flucht“, „Rassismusprävention“ erscheint im Herbst 2019.

www.education21.ch/de/themendossier

Herausgepickt: „Wagah“

Der tief sinnig komische Film zeigt den alltäglichen Wahnsinn vor grölendem Publikum am einzigen indisch-pakistanischen Grenzübergang. Er eignet sich besonders als Einstieg zu den Themen Nationalismus, Rechtsextremismus, Patriotismus und lässt niemanden unberührt (Dauer 13 Minuten, mit didaktischen Impulsen für den Unterricht zum Download).

<https://catalogue.education21.ch/de/wagah>

Lernmedien

Weitere hinsichtlich Methodik, Didaktik und Inhalt geprüfte Lernmedien zu den Themen Demokratie, kulturelle Vielfalt, politische Teilhabe, Migration, etc. finden Sie unter

<https://catalogue.education21.ch/de>

nalen Medien das Lehrbeispiel für den Aufschwung des Rechtspopulismus. „Diese Exterritorialisierung und Ausblendung ist gepaart mit einer erheblichen Geschichtsvergessenheit, wenn es um die Rolle der Schweiz als Avantgarde des Rechtspopulismus in der Nachkriegsgeschichte geht.“¹¹ Er bezeichnet es als geradezu amnesisch, dass in der schweizerischen Deutungs- und Erinnerungswelt der Blick auf die hiesigen Ausprägungen des Rechtspopulismus fehlen, obwohl bereits seit den 1960er Jahren insgesamt sieben rechtspopulistische Parteien Sitz im Nationalrat hatten. Mehr als in jedem anderen europäischen Land.¹²

Fake News, Propaganda und strategische Desinformation ist besonders von rechtspopulistischer Seite eine oft gebrauchte Methode, um Macht zu demonstrieren und die Gruppen-

identität durch Zweifel zu stärken. Der Pressesprecher der AfD Christian Lüth meinte gegenüber dem ARD Faktenfinder: „Wenn die Message stimmt, ist uns eigentlich egal, woher das Ganze kommt oder wie es erstellt wurde. Dann ist es auch nicht so tragisch, dass es Fake ist.“¹³ Nebst der Thematisierung des rechtspopulistischen Spektrums und der Schulung des kritischen Geistes lohnt es sich auch, mit Linksextremismus und religiös motivierten Extremismusformen zu beschäftigen.¹⁴ Dadurch erreicht man gemeinsam mit den Jugendlichen einen fundierten Blick auf verschiedene Ausprägungen von Extremismus und lernt zu differenzieren.

Gemäss dem politischen Philosophen Roger Scruton geht es beim Begriff „Extremismus“ einerseits um politische Ziele und Ideen, die den

¹¹ Skenderovic, Damir, Die Schweiz als Avantgarde des europäischen Rechtspopulismus unter <https://geschichtedergewalt.ch/die-schweiz-als-avantgarde-des-europaeischen-rechtspopulismus/>

¹² Ebd.

¹³ Jaster, Romy, Lanis, David, Die Wahrheit schafft sich ab. Wie Fake News Politik machen. Stuttgart 2019.

¹⁴ Ein spannendes Dokument: Kanton St. Gallen, Freiheit, Gewalt, Respekt, Polarisierung, Toleranz. St. Gallen 2017. (https://www.sichergesund.ch/fileadmin/kundendaten/Hefte/Radikalisierung_und_Extremismus/02_Dokumente/2018__Beratungsstellen.pdf)

fundamentalen Werten und Überzeugungen einer humanistisch und demokratisch geprägten Gesellschaft diametral entgegenstehen. Andererseits ist damit auch eine Methode beschrieben, die politische Akteure einsetzen, um ihre Ziele durchzusetzen. Wer Mittel nutzt, welche das Leben und die Freiheit anderer beeinträchtigen oder aufs Spiel setzen, ist laut Scruton ein Extremist. So wird beispielsweise der Umweltschutz in der Bevölkerung als ein erstrebenswertes Ziel erachtet. Wer im Namen des Umweltschutzes aber zu illegalen Mitteln und Gewalt greift, etwa durch Anschläge auf Fabriken oder Entführung von Industriemagnaten, ist ein Extremist.¹⁵ Die wissenschaftliche Diskussion um den Begriff „Extremismus“ ist auch auf Gymnasialstufe spannend zu führen, denn für viele Forscher gibt es die Unterscheidung zwischen „kognitiven Extremisten“ – also Menschen, deren Ziel- und Wertevorstellung dem zeitgenössischen gesellschaftlichen Konsens drastisch widersprechen – und „gewaltbereiten Extremisten“.¹⁶

Die Demokratie als Lebensform basiert auf der Kooperation sozial verantwortlicher Individuen. Um der Demokratie Kraft und Bestätigung zu geben, müssen die Jugendlichen als Personen vom Umfeld Anerkennung erfahren, die eigene Selbstwirksamkeit spüren und in ihrer Verantwortungsbereitschaft gestärkt werden, welche die Grundlagen ihres sozialen Handelns und Tugenden des Engagements in der Zivilgesellschaft sind.¹⁷ Bei Diskriminierung, Rassismus und Extremismus wird diese Entwicklung direkt gefährdet.

Werden diese Problemfelder nun im Unterricht thematisiert, geht es nicht nur um die kritische Beleuchtung ideologischer Konstrukte, sondern vielmehr auch um Erfahrungen und Emotionen der Jugendlichen. Dies gilt es bei der Unterrichtsplanung aktiv zu berücksichtigen. Ein situativer Zugang erlaubt es, Emotionen der Jugendlichen bewusst einzubeziehen, das Thema im Unterricht zu verorten sowie gemeinsam Handlungsoptionen zu diskutieren, zu erarbeiten und zu reflektieren.¹⁸

¹⁵ Neumann, Peter, Bundeszentrale für politische Bildung, APuZ 29-31/2013.

¹⁶ Vidino, Lorenzo, Countering Radicalization in America, Lessons from Europe, United State Institute for Peace Special Report, 2010.

¹⁷ Edelstein, Wolfgang et. al., Praxisbuch Demokratiepädagogik. Basel 2009.

An einem Familienfest erzählt jemand einen Judenwitz – alle lachen. Wie reagierst du?

Das Spiel „Was ist Zivilcourage? Das 4-Ecken-Spiel“ des Vereins „Gesicht Zeigen!“ ist ein erprobtes Spiel, um sich mit der eigenen Haltung auseinanderzusetzen, die eigenen Werte zu hinterfragen, den eigenen Standpunkt zu finden, diesen zu begründen und eine Diskussion untereinander zu führen, wie Zivilcourage aussieht. Der Verein „Gesicht Zeigen!“ setzt sich in Deutschland aktiv gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt an Schulen und in der Gesellschaft ein.¹⁹ Die Spiele des Vereins werden in Deutschland in kleinstädtischen und ländlichen Gegenden erfolgreich gegen Rechtsextremismus eingesetzt.

Eine weitere Inspiration zur politischen Bildung im Geschichtsunterricht bieten die 100 Zeichnungen und Fotos von „Ansichtssache(n)“. Sie zeigen, was zur Demokratie gehört und machen verständlich, welche Bedeutung sie für ein selbstbestimmtes Leben und konstruktives Miteinander haben. Die Bildmotive dienen als Diskussionsimpulse, um sich über Spannungsfelder und Konflikte in einer demokratischen, heterogenen Gesellschaft zu unterhalten. Die Bilder sind als Gegenteil-Paare konzipiert und helfen den Jugendlichen, sich über ihre Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaat sowie den Unterschied zur Diktatur klarer zu werden. Die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Interpretationen der Bilder unterstützt den Perspektivenwechsel und fördert die Reflexion der eigenen Wertvorstellungen.²⁰

Zum spielerischen Erleben von Ausgrenzung, Spannungen, sozialer Segregation und kultureller Diversität ist die Unterrichtsmethode „One step forward“ geeignet. Darin erhalten die Jugendlichen Rollenkartchen, anhand derer sie Fragen zum Alltag beantworten. Sie erleben eindrücklich, wie sich unterschiedliche Voraussetzungen und Chancen auf ihren Lebensweg auswirken. Es geht dabei um Sensibilisierung von Diskriminierung, Entwicklung von

¹⁸ Eckmann, Monique, Gemeinsam – Getrennt – Verknüpft, S. 47, in: Schule, Tangram 37, Bulletin der EKR Juni 2016.

¹⁹ Im Lernmedienkatalog von éducation21 zu finden: <https://catalogue.education21.ch/de/was-ist-zivilcourage>

²⁰ Im Lernmedienkatalog von éducation21 zu finden: <https://catalogue.education21.ch/de/ansichtssachen>

Empathie und die Auseinandersetzung mit Vorurteilen.²¹

Die Volksschulen und die Gymnasien sind ein Spiegel unserer Gesellschaft. Wir brauchen ein friedliches und respektvolles Miteinander, wo man sich füreinander einsetzt und partizipativ lernt und arbeitet. Die Schule schafft das Fundament für einen demokratischen Habitus, der über die Schule hinaus Bestand haben soll.²²

Dabei wird auch die Zusammenarbeit mit auserschulischen Akteuren als besonders wertvoll angesehen, da diese eine spezifische Expertise mitbringen.²³ Damit sich die Jugendlichen aktiv eine Meinung bilden, ihre eigenen Anliegen einbringen und begründet vertreten können – sich mit dem Verhältnis von Macht und Recht auseinandersetzen, grundlegende Werte und Normen beleuchten und mögliche Lösungen für Konflikte finden.²⁴

„Ich fand es sehr wertvoll und spannend, dass wir dieses Thema (Extremismus) angeschaut haben, denn oft getrauen sich die Lehrer nicht,

das mit uns Jugendlichen anzuschauen – das finde ich voll schade!“ (Rückmeldung einer Gymnasiastin)

Nur wenn die Jugendlichen von heute in einer demokratischen Schulkultur leben, haben die Demokratie und die Menschenrechte als Grundwerte unserer Gesellschaft auch für die künftigen Generationen Bestand.

Hinweis:

Alle in diesem Artikel empfohlenen Lernmedien wurden von den Autoren selbst im gymnasialen Geschichtsunterricht erfolgreich geprüft.

Silvana Werren unterrichtet Geschichte und Geografie am Gymnasium in Thun und arbeitet als Projektverantwortliche bei der Stiftung *éducation21*.

Mischa Marti ist Historiker und Primarlehrer. Er arbeitet als Projektverantwortlicher bei der Stiftung *éducation21*.

²¹ Die Unterrichtsmethode ist zu finden in der Broschüre des interkulturellen Zentrums „ICH – DU – WIR“ Unterrichtsvorschläge und Projekte für die schulische und grenzüberschreitende Auseinandersetzung mit Diversität, Wien, 2012. http://www.viel-falter.org/images/doku/broschuere_ich_du_wir_web.pdf

²² Edelstein, Wolfgang et. al., Praxisbuch Demokratiepädagogik. Basel 2009.

²³ Hochqualitative Bildungsangebote von auserschulischen Akteuren, die einen Beitrag zu Bildung für Nachhaltige Entwicklung leisten, sind in der Datenband von *éducation21* zu finden: <https://www.education21.ch/de/schulpraxis/ausserschulisch>

²⁴ Politik, Demokratie und Menschenrechte als Zugang zu einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung. <https://www.education21.ch/de/themen/politik-demokratie-und-menschenrechte>

Wie umgehen mit extremistischen Schüleräusserungen?

Ein methodischer Beitrag aus der deutschen Politikdidaktik

Ulrich Schnakenberg

Elfjährige, denen beim Thema Griechische Kolonisation in der Antike als erstes einfällt, dass es „auch heute wieder zu viele Ausländer gibt“; Onlineplattformen, auf denen vermeintlich „linke“ Lehrer „gemeldet“ werden sollen; jüdische Schüler, die für die aktuelle israelische Politik haftbar gemacht und von Gleichaltrigen bedroht und beleidigt werden: Die wachsende politische Spaltung hat die Schule erreicht. Wie umgehen mit extremistischen Schüleräusserungen?

Kein Zweifel, in den letzten drei, vier Jahren zeigte sich, dass die gewachsene Spaltung westlicher Gesellschaften immer öfter in den schulischen Bereich überschwappt.

Entsprechend häufiger berichten Kollegen von heftigen Diskussionen im Geschichts- und Politikunterricht, wenn es um Fragen wie Einwanderung, Islam, Religion, Terroranschläge und Flüchtlinge geht. Dabei sind die hitzigen Diskussionen selbst nicht das Problem. Im Gegenteil wäre es eher problematisch, wenn gesellschaftliche Kontroversen im Unterricht nicht diskutiert, sondern übertüncht, kleingeredet oder relativiert würden. Wenn jedoch die Aussagen einzelner Schüler die Grenzen der Verfassung und der Menschenwürde deutlich überschreiten, muss die Lehrkraft einschreiten und ebenso klar wie unmissverständlich handeln.

Rechtspopulisten, Rechts- und Linksradikale sowie radikale Islamisten rekrutieren ganz gezielt Jugendliche, die, erfolgreich indoktriniert, ihre extremistischen Weltbilder mit in die Schule bringen. Vorurteile gegenüber Ausländern, Ablehnung und manchmal sogar Hass scheinen auch unter Schülern wieder auf dem Vormarsch. Die Angebote, die rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien jungen Menschen machen, stellen für die westliche Demokratie die wohl grösste Gefahr da.

Extremistische Haltungen finden sich jedoch nicht nur bei „weissen“ Schülern, sondern auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. So verweigerten an zahlreichen französischen Schulen einzelne Schüler und ganze Klassen wiederholt die nach den Terroranschlägen der

letzten Jahre angeordneten Schweigeminuten. Statt „Je suis Charlie“ sympathisierten Heranwachsende mit den Attentätern: „Je suis Kouachi.“ Aus anderen westeuropäischen Staaten gab es ähnliche Berichte, wenn auch nicht in der Häufigkeit wie in Frankreich. Angesichts dieser aktuellen Herausforderungen ist der Linksextremismus zuletzt etwas aus dem Blick geraten. Harmlos sind Forderungen nach Entseignungen genau so wenig wie Gewaltaufrufe etwa angesichts von internationalen Politikertreffen oder Demonstrationen „gegen rechts“. Auch hier gilt es, Schülerverhalten und -äusserungen genau zu beobachten und sensibel zu reagieren.

Unmittelbare Reaktion auf extremistische Schüleräusserungen: vier Optionen

Sensibel und zugleich klar und unmissverständlich auf extremistische Schüleräusserungen egal aus welcher Ecke zu reagieren: das erwartet die Gesellschaft zu Recht von Erziehern und Pädagogen, insbesondere aber von Geschichts- und Politiklehrern. Wie aber gehe ich konkret mit extremistischen Äusserungen um? Grundsätzlich bieten sich hier – abgesehen von Mischformen – vier Möglichkeiten des Handelns an:

1. Man ignoriert die Äusserung des Schülers und fährt mit dem Unterricht fort.
2. Man weist den entsprechenden Schüler zurecht und erklärt, warum seine Äusserung nicht akzeptabel ist.
3. Man verweist den Schüler aus dem Unterricht und meldet den Vorfall der Schulleitung.
4. Man versucht mit dem Schüler unter Einbeziehung der Mitschüler ins Gespräch zu kommen.

Unsicherheit, Angst oder auch eine falsche Prioritätensetzung können dazu führen, dass sich Kollegen in manchen Fällen wider besseres Wissen für Möglichkeit 1 entscheiden. Bedeutend öfter findet vermutlich Option 2 Anwendung. Deutliches Widersprechen und Hinweise auf die Verfassungswerte sind wichtig, allein

schon als Signal an die übrigen Schüler der Klasse, dass solche Aussagen nicht einfach hingenommen werden; die Intervention des Lehrers müsste aber darüber hinaus kombiniert werden mit Option 4, um nachhaltig Wirkung zu entfalten.

Eine Verhaltensänderung oder auch nur echtes Nachdenken wird man auch mit Option 3 allein nicht erreichen. Ein Verweis des Schülers aus dem Klassenraum legt die Kontroverse lediglich oberflächlich bei, während sie unterhalb der Oberfläche weiter schwelt. Bleibt Möglichkeit 4, die im Folgenden etwas genauer betrachtet werden soll.

Zunächst einmal geht es darum herauszufinden, was der Schüler eigentlich meint, was er weiss und was er denkt. Kein Lehrer hat Lust, sich Verschwörungstheorien, ausländerfeindliche Parolen, konfrontative Religionsbekundungen oder antisemitische Klischees anzuhören. Niemand will extremistischem Gedankengut in seinem (Geschichts-)Unterricht eine Plattform bieten. Und doch führt wohl kein Weg daran vorbei, dem Schüler eine gewisse (kurze) Zeit zuzuhören. Wenn also ein oder auch mehrere Schüler z. B. Angst vor „Überfremdung“ äussern, darf man eine solche Debatte nicht von vornherein abwürgen.

Andererseits darf man verschwörungstheoretischen und verfassungsfeindlichen Äusserungen aber auch nicht zu viel Raum geben, der Schüler fühlte sich sonst in seiner Haltung bestätigt. Für ihn, aber auch für den Rest der Klasse ist es wichtig zu zeigen, dass bestimmte Aussagen nicht vom Recht auf freie Meinungsäusserung gedeckt sind. Spätestens wenn Menschen oder Menschengruppen in ihrer Würde verletzt werden, muss der Lehrer klar deutlich machen: das ist nicht akzeptabel. Wenn aber das Problem nicht angesprochen wird, können wir darauf im Unterrichtsgespräch (und in den Planungen der Folgestunden) nicht adäquat reagieren. Stattdessen wundern wir uns vielleicht über ihren Widerwillen, zu bestimmten sensiblen Themen Stellung zu beziehen.

In einem zweiten Schritt wäre es interessant zu erfahren, woher der Schüler seine „Informationen“ hat. Mit einer entsprechenden Frage nach seinen Quellen signalisiert die Lehrkraft zugleich den Mitschülern, dass Fragen nach empirischer und narrativer Triftigkeit nicht allein theoretische Anforderungen sind, die die

Schüler in der schriftlichen Analyse historischer Quellen zu erfüllen haben, sondern durchaus auch im Alltag von Bedeutung sind.

Im Zuge der Prüfung der normativen Triftigkeit sollte dann in der Klasse gemeinsam überlegt und diskutiert werden, ob die gemachte(n) Aussage(n) mit den Menschen- und Bürgerrechten bzw. mit den Verfassungswerten insgesamt vereinbar sind. Unter Umständen muss der Lehrer an dieser Stelle auch – am besten möglichst sachlich-nüchtern und eher beiläufig – auf eventuelle Straftatbestände wie Volksverhetzung, Anstiftung zur Gewalt oder Ähnliches hinweisen. Im besten Fall kommt der Widerspruch jedoch aus den Reihen der Schüler selbst. Sollte dieser ausbleiben, etwa weil sich niemand traut, dem Klassenkameraden zu widersprechen, so muss der Lehrer diesen Part selbst ausfüllen; nicht zuletzt auch, um allen im Raum zu signalisieren, dass extremistische Positionen im Schutzraum Schule nicht akzeptiert werden.

Eskaliert die Debatte so sehr, dass eine Rückkehr zur sachlichen Diskussion nicht mehr möglich erscheint, kommt Option drei zum Zuge: der Schüler wird zur Abkühlung auf den Flur gebeten. Hat er sich nach dem Klingeln wieder beruhigt, sollte umgehend das Gespräch mit ihm gesucht werden. Hier wäre es wichtig herauszufinden, ob es sich bei seiner Äusserung um eine eher unpolitische Provokation handelte oder ob sich dahinter ein verfestigtes extremistisches Weltbild verbirgt. In diesem Fall sind eine Einschaltung der Schulleitung sowie ein Gespräch mit den Eltern dringend angezeigt.

Beachtung und korrekte Interpretation des Beutelsbacher Konsens

Parallel zu diesen Gesprächen und eventuellen disziplinarischen Massnahmen sollte man das strittige Thema im eigenen Unterricht ebenfalls noch einmal aufgreifen – natürlich weniger in Form von Option 2, sondern eher orientiert an Option 4. Hierbei ist – wie generell im Geschichts- und Politikunterricht – auf die Einhaltung des Überwältigungsverbots und des Kontroversitätsgebots im Sinne des Beutelsbacher Konsenses zu achten.

In einem derart schwierigen Fall erscheint es sinnvoll, die eigene Argumentationsstruktur, Impulse, Aufgabenstellungen, Art und Einsatz von Medien und Texten noch gewissenhafter als sonst zu planen. Will man den Argumenten

des Schülers etwas Überzeugendes entgegenzusetzen, ist zudem fachliche Sicherheit von besonderer Bedeutung. Oft bietet es sich zudem an, dass umstrittene Thema aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Eventuell könnte man sogar eine Quelle oder Darstellung heranziehen, die ähnlich wie der „extremistische“ Schüler argumentiert – um diese anschliessend sachlich-fair und mithilfe überzeugender Argumente zu dekonstruieren. Denkbar wäre auch, den Schülern zentrale Passagen des Beutelsbacher Konsenses vorzulegen – und ihnen so transparent zu machen, an welchen Leitlinien sich Geschichts- und Politikunterricht orientiert: am Überwältigungsverbot, am Kontroversitätsgebot und an der Schülerorientierung. (Zum Beutelsbacher Konsens siehe auch den Artikel von Jan Scheller, S. 33.)

Ein demokratischer Geschichtsunterricht, der sich dem Beutelsbacher Konsens verpflichtet fühlt, verbietet es somit, die Schüler auf eine bestimmtes Wertesystem oder *eine* politische Weltanschauung festzulegen. Demokratische Werteerziehung verlangt kontroverse Debatten und die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Sichtweisen. Ein Frage- oder Diskussionsverbot – beispielsweise, ob die Todesstrafe wieder eingeführt werden sollte – darf es nicht geben. Andererseits führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass „eine totale Wertoffenheit im Sinne einer gänzlichen Privatisierung und Individualisierung von Wertvorstellungen nicht nur unrealistisch, sondern geradezu selbstmörderisch“ ist. (Gerd Hepp, Werterziehung, S. 105.) Deutlich werden sollte im Unterrichtsgespräch zudem, dass Multiperspektivität da ihre Grenzen hat, wo gegen wissenschaftliche Standards verstossen wird und auch in der Demokratie nicht alle Sichtweisen gleichberechtigt nebeneinanderstehen (Werterelativismus versus wehrhafte Demokratie).

Längerfristige Präventionsstrategien

Hitzige Unterrichtsdebatten, die durch rassistische, rechtsextreme oder anderweitig verfassungsfeindliche Schülerbeiträge ausgelöst werden, entstehen in den allermeisten Fällen spontan. Verlauf der Diskussion, Gesprächslenkung und -strategien sind daher kaum planbar. Jede Stunde, jedes Gespräch verläuft anders. In der konkreten Situation muss die Lehrkraft im Bruchteil einer Sekunde entscheiden, wie eine angemessene Reaktion auf problematische

Schüleraussagen im Einzelfall aussehen könnte.

So wichtig es ist, in derartigen Situationen aus dem Stegreif möglichst professionell zu handeln, so wenig dürfen langfristige Präventionsstrategien aus den Augen verloren werden. Insgesamt verbinden derzeit zu wenige Schüler positive Emotionen mit der westlichen Demokratie. Dem freiheitlichen Staat kann es aber nicht egal sein, welche Position Lernende zu den Menschenrechten und der liberalen Demokratie haben. Denn schliesslich sollen aus ihnen ja später einmal die viel beschworenen „mündigen Bürger“ hervorgehen, die den demokratischen Verfassungsstaat gegen seine Feinde verteidigen und weiterentwickeln.

Die Demokratie im Unterricht zu „verkaufen“ und zu verteidigen – „nicht nur gelegentlich und exemplarisch, sondern fundamental und [...] letztlich systembegründend“, wie der Politikwissenschaftler Richard Meng kürzlich schrieb –, diese normative Vorgabe der Richtlinien und Lehrpläne muss (wieder) in den Mittelpunkt des Politik- und Geschichtsunterrichts rücken. Denn dass es sich bei der liberalen Demokratie zwar nicht um das Beste, aber doch das Bestmögliche aller bisher erprobten politischen System handelt, gerät im Kleinklein des Unterrichtsalltags und angesichts übervoller Lehrpläne zu leicht in Vergessenheit – insbesondere dann, wenn zu Hause nur mit Verachtung über „die“ Politiker und „die“ Politik gesprochen wird.

Kontroversen um Zuwanderung, autoritäre Entwicklungen, populistische Tendenzen oder „neuen“ Antisemitismus soll dabei keineswegs ausgewichen werden. Im Gegenteil, wir sollten solche Auseinandersetzungen geradezu suchen.

Gerade dort, wo der Widerstand am grössten ist, müssen entsprechende Debatten im Unterricht geführt werden. Angesichts der gewaltigen innen- wie aussenpolitischen Herausforderungen, denen sich das westliche Gesellschaftsmodell aktuell gegenübergestellt sieht, muss es unser aller Ziel sein, dass die hiesigen Bildungseinrichtungen tatsächlich (wieder) zu „Schulen der Republik“ werden. Die traditionelle rein technisch-nüchterne, ausschliesslich rationale und oft überkritische Vermittlung der Geschichte der westlichen Demokratie, ihre Leistungen und Versäumnisse, Stärken und Schwächen, ist deshalb überholt. Wenn es um

zentrale Verfassungswerte geht, dürfen wir Lehrer nicht „neutral“ sein.

Souveränes Auftreten vor der Klasse, eine gute Beziehung zu den Schülern, sichere Fachkenntnisse, Interesse an aktuellen politischen Entwicklungen (und den unterschiedlichen Positionen hierzu), die eigene Auseinandersetzung mit den wichtigsten Verfassungswerten („Grundrechtsklarheit“) helfen im Umgang mit extremistischen Schüleräußerungen ebenso wie das gedankliche Durchspielen der oben aufgeführten vier Optionen spontaner Reak-

tion. Eine wirklich nachhaltige Extremismusbekämpfung kommt ohne ein überzeugendes Eintreten des Lehrers für die Werte der Aufklärung und der offenen Gesellschaft im Sinne einer langfristig angelegten Präventionsstrategie jedoch nicht aus.

Ulrich Schnakenberg unterrichtet Geschichte und Sozialwissenschaften am Gymnasium in den Filder Benden in Moers (D) und ist Fachleiter am Studienseminar Oberhausen.

Weiterführende Literatur:

Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung, Demokratieerziehung. Eine Handreichung für hessische Lehrkräfte, hrg. v. Hessisches Kultusministerium, Wiesbaden 2019. Online: https://kultusministerium.hessen.de/sites/default/files/media/hkm-grundrechtsklarheit_internet_komplett2.pdf

Gerd Hepp, „Werterziehung im politischen Unterricht. Anmerkungen zu ihrer Notwendigkeit, Reichweite und zur aktuellen Legitimitätsproblematik“, in: Soziologie, Politik, Geschichte in der Lehrerbildung, hg. v. Uwe Uffelmann, Weinheim 1990, S. 99-114.

Richard Meng, „Am Leben vorbei?“, in: POLIS 3/2017. S. 24f.

Ulrich Schnakenberg, „Ich will nicht, dass Deutschland noch mehr Flüchtlinge aufnimmt.“ – Die Behandlung der Flüchtlingskrise im Politikunterricht im Spannungsfeld von Emotionen, Empathieförderung und Beutelsbacher Konsens, in: Politisches Lernen 34, 3-4 (2016), S. 23-27.

Ulrich Schnakenberg, „Schaffen wir das wirklich? Wie kontrovers Politiklehrer ein strittiges Thema wie die Flüchtlingskrise behandeln dürfen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Dezember 2016, S. 8.

Ulrich Schnakenberg, „Schon in der Schule die Schere im Kopf“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Mai 2019.

Bjorn Wansink, „Des professeurs (d’histoire) confrontés à des dénégations aux Pays-Bas“, in: *Revue internationale d’éducation de Sèvres*, 77, 2018, S. 49-58.

Hans-Georg Wehling, „Konsens à la Beutelsbach“, in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart 1977, S. 179f.

Klaus Waldmann, „Kann wertfrei über Demokratie informiert und diskutiert werden?“, in: Journal für politische Bildung, 2/2019, S. 26-31.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Texte im Unterricht

Ein Analyseansatz auf der Grundlage von Jörn Rüsens Triftigkeitsprüfung

Jan Scheller

Politische Bildung verfolgt u. a. das Ziel, kritisch denkende und mündige Bürger*innen auszubilden. Schüler*innen sollen darüber hinaus demokratische Werte kennen und schätzen lernen sowie zu verteidigen wissen. Vor diesem Hintergrund steht die Frage im Raum, ob und wie mit demokratiefeindlichen Positionen im Geschichts- und Politikunterricht umgegangen werden soll. Der vorliegende Beitrag erörtert zunächst das Für und Wider des Einsatzes demokratiefeindlicher Texte im Unterricht. Anschliessend will er am konkreten Beispiel zeigen, wie rechtspopulistische und -extreme Argumentationen im Unterricht analysiert werden können. Das – auch für andere Texte nutzbare – Analyseinstrument wird knapp theoretisch vorgestellt und dann ausführlich am konkreten Beispiel mit Arbeitsaufträgen angewendet.

Sollten rechtspopulistische und -extreme Materialien überhaupt im Unterricht eingesetzt werden? Die Antworten zu dieser Frage fallen in Schule und Wissenschaft divers aus. Dagegen sind diejenigen, die befürchten, dass durch wiederholtes Thematisieren eine Normalisierung und Enttabuisierung rechter Argumentationen droht und die Grenzen des Sagbaren immer weiter verschoben werden. Schüler*innen sollen gar nicht erst Gefallen an solchen Ideen finden. Andere meinen, dass angesichts der Präsenz rechtspopulistischer Argumente im gesellschaftlichen Diskurs die Vorerfahrungen der Schüler*innen aufgegriffen und entlarvt werden müssten. Die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Positionen sei vonnöten, um sie als solche identifizieren zu können.

Der Beutelsbacher Konsens

Politische Bildung birgt das Risiko, Schüler*innen zu indoktrinieren und zu manipulieren. Um dem vorzubeugen, wurden 1976 im Rahmen des Beutelsbacher Konsenses Verhaltensmaximen für Lehrpersonen formuliert. Der Beutelsbacher Konsens genießt bis heute im deutschsprachigen Raum eine hohe Anerkennung.

Seine Maximen sind

- das Kontroversitätsgebot: bei der Behandlung kontroverser Themen müssen im Unterricht auch kontroverse Argumente zur Sprache kommen.
- das Überwältigungsverbot: Schüler*innen müssen jederzeit in der Lage sein, selbstständig eigene Urteile entwickeln zu können. Daher darf ihnen von der Lehrperson nicht lediglich eine Meinung präsentiert bzw. die Meinung der Lehrperson als alternativlos dargestellt werden.
- die Schülerorientierung: Schüler*innen müssen in die Lage versetzt werden, politische Situationen analysieren und beeinflussen zu können.

Die Bestimmungen des Beutelsbacher Konsenses können zu zwei Missverständnissen führen, die im Folgenden ausgeräumt werden sollen. Zum einen bedeutet das Prinzip der Kontroversität nicht, alle im gesellschaftlichen Diskurs vertretenen Ansichten (inkl. Verschwörungstheorien) zu einem Thema im Unterricht berücksichtigen zu müssen. Das Spannungsverhältnis zwischen Kontroversitätsgebot und notwendiger didaktischer Reduktion erlaubt den Lehrpersonen, eine Auswahl zu treffen. Wichtig ist lediglich, vor allem bei gesellschaftlich umstrittenen Themen die Schüler*innen mit mehr als einer Position zu konfrontieren.

Zum anderen wurde aus dem Überwältigungsverbot der Fehlschluss abgeleitet, Lehrpersonen dürften im Unterricht ihre eigene politische Meinung nicht äussern. Dem ist nicht so, nur muss die Lehrperson auch andere Meinungen in den Unterricht transportieren, und sie darf die Schüler*innen nicht einseitig im Sinne ihrer politischen Ansichten beeinflussen. Die Schüler*innen müssen jederzeit auch andere Meinungen vertreten dürfen und dürfen nicht durch Notendruck o. ä. gezwungen werden, die politische Meinung der Lehrperson zu übernehmen.

Dabei gilt für Lehrpersonen und Schüler*innen jedoch die Einschränkung, dass demokratiefeindliche Positionen als solche zu kennzeichnen sind und darüber hinaus deutlich zu machen ist, dass diese nicht tolerabel sind. Nicht zu billigen sind Meinungsäußerungen, die Merkmale einer Demokratie grundsätzlich negieren, wie z.B. freie und geheime Wahlen, das Mehrheitsprinzip, unabhängige Medien, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit sowie den Schutz von Grund- und Menschenrechten wie z.B. den Gleichheitsgrundsatz, Meinungsfreiheit sowie den Schutz von Minderheiten. Im Sinne der Verteidigung dieser Werte sollten Schüler*innen befähigt werden zu erkennen, wann diese verletzt werden.

Das Analyseinstrument: Jörn Rüsens Triftigkeitsprüfung

In Geschichte und Politischer Bildung sind Texte in den seltensten Fällen weder eindeutig wahr noch eindeutig unwahr. Einzelne Positionen schlicht als „wahr“ oder „unwahr“ zu bezeichnen, suggeriert ein endgültiges, objektives Urteil, obwohl es doch darauf ankommt, Positionen hinsichtlich der ihnen zugrunde liegenden Argumente und Wertvorstellungen zu erschliessen und einzuschätzen. Daraus ergibt sich bei der Analyse von Texten die Notwendigkeit, andere Kriterien für ihre Beurteilung zu finden. In den gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächern bietet sich dafür das Konzept der *Triftigkeiten* an. Es stammt von Jörn Rösen und soll in diesem Kontext dabei helfen zu klären, wie plausibel die Argumentation eines Textes ist. Man kann – für Politische Bildung leicht adaptiert – auf drei verschiedenen Ebenen die Glaubwürdigkeit eines Textes beurteilen:

- Auf der Ebene der *narrativen Triftigkeit* geht es darum, wie logisch der Text sprachlich aufgebaut ist, also ob es widersprüchliche, unklare oder unlogische Bestandteile innerhalb eines Textes gibt, z. B. einzelne Argumente nicht zur Gesamtthese des Textes passen.
- Auf der Ebene der *empirischen Triftigkeit* geht es darum, wie gut die Argumente durch überprüfbare Zahlen, Daten, Fakten o. ä. belegt sind.
- Auf der Ebene der *normativen Triftigkeit* geht es darum, auf welchen Wertvorstellungen die Argumentation des

Textes fusst. Idealerweise legt dies der Text von selbst offen, allerdings kommt dies in den wenigsten Texten vor. Triftig wäre eine Argumentation dann, wenn sie mit den in der Gesellschaft überwiegend vorherrschenden Werten, also in unserem Fall mit demokratischen Werten wie Grund- und Menschenrechten, in Einklang steht.

Zusammengefasst sind diese drei Triftigkeiten Hilfsmittel dafür zu beurteilen, wie plausibel die Argumentation eines Textes ist. Im Sinne eines pluralistisch-demokratischen Systems sind Argumentationen in den seltensten Fällen „absolut plausibel“ bzw. „in keiner Weise plausibel“, viel öfter werden Argumentationen „eher plausibel“ oder „eher nicht plausibel“ sein. Im Hinblick auf die Arbeit mit rechtspopulistischen bzw. -extremen Texten bietet das Set der Triftigkeiten die Möglichkeit, ganz konkret aufzuzeigen, *inwiefern* eine Argumentation nicht plausibel ist. Wie auch das folgende Beispiel weisen rechtspopulistische bzw. -extreme Texte nämlich oft eine hohe narrative Triftigkeit auf und wirken so beim ersten Lesen durchaus überzeugend. Erst bei näherer Analyse der empirischen und normativen Triftigkeit fällt auf, dass die Texte unplausibel sind, aber über die sprachliche Ebene eine Kohärenz und Plausibilität der Argumentation vortäuschen.

Konkretes Beispiel für den Unterricht: Die Analyse eines Textes aus der Parteizeitung „Schweizer Demokrat“

Wie die Prüfung der Triftigkeiten im Schulunterricht erfolgen kann, wird im Folgenden anhand eines Artikels aus der SD-Parteizeitschrift „Schweizer Demokrat“ aus dem Jahr 2012 demonstriert. Der Beitrag wurde von der zuständigen Strafverfolgungsbehörde hinsichtlich Art. 261^{bis} StGB (Herabsetzung oder Diskriminierung) geprüft. Sie hat entschieden, dass kein Verfahren eröffnet wird (<http://www.ekr.admin.ch/dienstleistungen/d524/2012-024N.html>). Dies steht einer normativen Triftigkeitsprüfung im Unterricht jedoch nicht im Wege, da eine Triftigkeitsprüfung in Wissenschaft und Unterricht zu anderen Ergebnissen führen kann als die juristische Prüfung eines Sachverhaltes. Oder in anderen Worten: nicht alles Gesagte und Geschriebene, was mit den

allgemeinen Grund- und Menschenrechten nicht in Einklang steht, ist auch strafbar.

Benötigtes Vorwissen

Die Schüler*innen benötigen zur Bewältigung der Aufgaben folgendes Vorwissen:

- Sie kennen die Bestandteile eines Arguments (These, Begründung, Erläuterung) und können sie in Fallbeispielen identifizieren und
- Sie kennen die Grund- und Menschenrechte und können Aussagen dahingehend prüfen, ob sie mit ihnen vereinbar sind.

Aufgabenstellungen und Lektionsverlauf

Zu Beginn erschliessen die Schüler*innen Struktur und Inhalt des Textes. Dazu erfassen sie die Gliederung des Textes und die Abfolge der einzelnen Argumente, und sie formulieren eine Kernthese des gesamten Textes. Sie können z. B. die unterschiedlichen Argumente im Text mit unterschiedlichen Farben markieren oder die einzelnen Bestandteile der Argumentation unterschiedlich zu unterstreichen.

Nun wird die narrative (Aufgabe 2), empirische (Aufgabe 3) und normative Triftigkeit (Aufgabe 4) geprüft. Die Reihenfolge der Aufgaben 2-4 kann beliebig verändert werden. Auch eine arbeitsteilige Beantwortung ist möglich, die Lehrperson sollte in diesem Falle nur darauf achten,

dass ein Lernender beim nächsten Mal eine andere Triftigkeitsprüfung durchführt. Die Stichpunkte unter den Aufgaben 2-4 stellen jeweils Scaffolds (Hilfen) für die Schüler*innen dar, um den komplexen Arbeitsauftrag lösen zu können. Je nach Leistungsvoraussetzungen der Lernenden kann die Lehrperson diese Hilfen noch ausführlicher gestalten oder gar weglassen. Die Stichpunkte stellen allerdings keine abhakbare Liste an Kriterien dar, d. h. ein Text gilt nicht automatisch als „empirisch nicht triftig“, wenn drei der vier Unterpunkte mit „nein“ beantwortet werden.

Bei Aufgabe 5 werden die Schüler*innen dazu aufgefordert, ihre Analyseergebnisse zur narrativen, empirischen und normativen Triftigkeit des Textes zu bündeln, indem sie beurteilen, inwiefern der Text insgesamt plausibel ist. Hier wird neben einer Zusammenfassung der wesentlichen Analyseergebnisse aus den Aufgaben 2-4 ein dazu passendes Fazit (triftig, eher triftig, eher nicht triftig, nicht triftig) erwartet.

Jan Scheller ist Geschichts- und Geographielehrer und wissenschaftlicher Assistent am Zentrum für Politische Bildung und Geschichtsdidaktik am Zentrum für Demokratie Aarau.

Aufgaben

- 1.) Gliedere den Text anhand seiner Argumentationsstruktur. Unterscheide dabei zwischen These, Begründung und Erläuterung. Formuliere anschliessend die Kernthese des Autors.
- 2.) Prüfe, inwiefern der Text aus sprachlicher Sicht logisch und nachvollziehbar ist. Mögliche Kriterien sind:
 - a. Enthält der Text Gedankensprünge?
 - b. Enthält der Text Sätze oder Absätze, die inhaltlich nicht zum übrigen Text passen?
 - c. Enthält der Text widersprüchliche Aussagen?
- 3.) Prüfe, inwiefern der Text aus inhaltlicher Sicht überzeugend begründet und belegt ist. Mögliche Kriterien sind:
 - a. Werden die Thesen im Text begründet?
 - b. Sind die Begründungen durch nachprüfbare Zahlen/Daten/Fakten belegt?
 - c. Passen die Zahlen/Daten/Fakten zur aufgestellten These?
 - d. Wird auf Gegenargumente bzw. der These widersprechende Zahlen/Daten/Fakten eingegangen?
- 4.) Prüfe, inwiefern der Text auf demokratischen Wertvorstellungen beruht. Demokratische Wertvorstellungen sind:
 - a. Recht auf geheime und freie Wahlen
 - b. Recht auf Gewaltenteilung
 - c. Recht auf Rechtsstaatlichkeit
 - d. Einhaltung der Grund- und Menschenrechte
- 5.) Formuliere ein abschliessendes Urteil hinsichtlich der Frage, inwiefern die Argumentation triftig (= plausibel) ist.

Material

Artikel von Valentin J. Oehen (alt Nationalrat) in der Parteizeitung der Schweizer Demokraten, 2012. (gekürzt)

1 **Hat der Drang zur Selbstvernichtung etwas mit mangelnder Intelligenz (IQ) zu tun?**

Es gibt wissenschaftliche Untersuchungen, die beweisen, dass Völker mit einem tiefen IQ zu kriminellen Verhalten und zu existenzgefährdenden Verhaltensweisen neigen. – Wenn z.B. die serbischen Roma mit einem Intelligenzquotienten von nur 70 in unserer Gesellschaft kaum integrierbar sind und in aller Regel als „arbeitslose Analphabeten“ in der organisierten Kriminalität ihr „Brot“ verdienen, so erstaunt das eigentlich niemanden.

5 Oder wenn die nigerianischen Asylbewerber aus einem Volk mit einem IQ von 67 vor allem als Drogendealer auffallen, so erweisen sich diese als hemmungslose Vernichter begabterer Volksgenossen – vor allem aber ihrer existenz-sichernden Geldgeber.

10 Wenn die Schweizer – mit einem IQ von über 100 einen Trend zur Selbstzerstörung entwickeln, so fragt man sich unwillkürlich, ob der oben erwähnte Bezug tatsächlich stimmen möge.

Seit den 50er-Jahren wird die Basis unseres Lebens – das Kulturland und die unberührte Natur hemmungslos zubetoniert.

15 Zur Finanzierung des schleichenden Selbstmordes verhökert man den Boden skrupellos nicht nur an die eigenen Landsleute, sondern auch an Ausländer jeglicher Provenienz. Sie müssen bloss über eine gut gefüllte Börse verfügen oder zumindest gerissene Vortäuscher grossen Reichtums irgendwo auf der Welt sein.

20 Als vor 50 Jahren die Nationale Aktion gegründet wurde und sie in ihrem ersten programmatischen Papier auf den Unsinn des wilden Wirtschaftswachstums und der massiven Einwanderung aufmerksam machte, wurde sie vor allem von bürgerlicher Seite aufs Massivste geprügelt. Und nun hat einer ihrer Exponenten, der inzwischen verstorbene Prof. E. Stäubli, am 14. November 2008 folgende Erklärung veröffentlicht (Zitat):

25 Bis im Jahre 2030 wächst die Bevölkerung der Schweiz um über neun Prozent auf 8,4 Millionen Einwohner. – Mit der Zunahme der Bevölkerung wächst auch der Bedarf an Wohnungen, damit der Bedarf an Bauland. In der Schweiz wird in jeder Sekunde ein Quadratmeter Land verbraucht. 8,4 Millionen Einwohner, das bedeutet auch einen Mehrverbrauch an Energie von 22 Milliarden Kilowattstunden, 300'000 Autos mehr, 210'000 Tonnen mehr Siedlungsabfall pro Jahr.

30 Wie wird das einmal enden? Ewig kann doch das so nicht weitergehen. Die Aufnahmefähigkeit unseres Landes hat doch ihre Grenzen. [...]

Schon 1969 warnte der damalige UNO-Generalsekretär U Thant, zur Lösung der aus dem Dauerwachstum (Bevölkerung, Ressourcenverbrauch, Umweltverschmutzung usw.) resultierenden Probleme stünde nach seiner Schätzung noch ein Jahrzehnt zur Verfügung. Dann aber würden die Probleme unlösbar sein.

Schweizer Demokrat, Nr. 4 (2012), S. 3, <http://www.schweizer-demokraten.ch/parteizeitung/2012.shtml>

Weiterführende Literatur:

Bramann, Christoph: Populismus in politischen Manifestationen erkennen – Ein Unterrichtskonzept für die Sekundarstufe I, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung (Nr. 43, 2018), online verfügbar unter: <http://www.politischebildung.com/pdfs/fpb-43-medien.pdf>.

Unterrichtskonzept, welches sich explizit mit dem Erkennen populistischer Textelemente beschäftigt.

Köster, Manuel: Alternative Fakten? Die sprachliche Konstruktion des Faktizitätsanspruchs rechtspopulistischer historischer Narrative, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik 17 (2018), S. 72–86.

Artikel, welcher aufzeigt, wie in rechtspopulistischen Geschichtsdarstellungen „Fakten“ und „Wahrheit“ konstruiert wird.

Rüsen, Jörn: Historik: Theorie der Geschichtswissenschaft. Köln u. a. 2013.

Das Konzept der Triftigkeiten wird auf den Seiten 57-62 ausgeführt.

Die Fieberkurve der Überfremdung

Ausländerstatistik in der politischen Kommunikation der Schweiz im 20. Jahrhundert

Kijan Espahangizi

Zielgruppe: Sekundarstufe II

Methoden: Klassengespräch, Quellenarbeit, Einzel- und Partnerarbeit

Lektionenzahl: 2

Rund ein Viertel der permanenten Wohnbevölkerung der Schweiz sind heute Ausländerinnen und Ausländer. Es gibt kaum eine migrationspolitische Debatte in der Schweiz, in der nicht irgendwann der Ausländeranteil ins Feld geführt wird. Sei es von denjenigen, die diese statistische Angabe zum Ausgang nehmen, um Ausschlussmechanismen wie etwa zu hohe Einbürgerungshürden zu kritisieren. Oder aber von denjenigen, die an der Zahl eine unerhörte Überfremdung der Schweiz festmachen wollen. Häufig bleibt es nicht nur bei der Nennung einer Zahl. Auch die Kurve, mit der die Entwicklung des Ausländeranteils in der Zeit grafisch dargestellt wird, gehört zum festen Inventar der politischen Ikonografie der Schweiz. Dabei mobilisiert ihr Verlauf, etwa der deutliche Anstieg seit dem Zweiten Weltkrieg von 5 % auf über 25 %, historisch eingespielte und immer wieder politisch abrufbare Gefühlsregungen bzw. affektive Reaktionen wie Angst, Sorge, Empörung, Wut.

Die grafische Darstellung des Ausländeranteils findet sich nicht nur in Werbematerial für Abstimmungskampagnen, sondern zuweilen auch in Lehrbüchern für den Geschichtsunterricht (Material 1 und 2).²⁵ Die Kurve wird hier jedoch nicht als interpretationsbedürftige historische Darstellungsform präsentiert, sondern als illustrative Info-Grafik zum besseren Verständnis der Geschichte ausländerpolitischer Debatten. Als liesse sich allein aus dem Verlauf des Ausländeranteils – etwa beim starken Anstieg in den 1950er und 1960er Jahren – gleichsam natürlich die „Hitze“ der Überfremdungsdebatten in der schweizerischen Öffentlichkeit ableiten, wie bei einer Fieberkurve.

Ein derart reproduzierender Umgang mit der Ausländerstatistik übersieht, dass es sich hier nicht um eine neutrale Informationsquelle handelt. Die ikonische Darstellung der Ausländerkurve ist vielmehr selbst ein Aktivposten in der Geschichte Schweizerischer Ausländerpolitik, der die gesellschaftliche Vorstellung von „Überfremdung“ und nicht zuletzt auch Regierungshandeln über hundert Jahre lang mitgeprägt hat. Die grafische Darstellungsform entwickelte sich parallel zum Begriff der Überfremdung – ein Schweizerdeutscher Neologismus des frühen 20. Jahrhunderts – und bot dabei ein visuelles Medium, durch das die abstrakte Grösse „Überfremdung“ quantifizierbar, aber eben auch anschaulich wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die „Fieberkurve der Überfremdung“ in der politischen Kommunikation bereits verankert und funktionierte ohne weitere Erläuterung intuitiv. Dies lässt sich in den hitzigen Debatten rund um das „Problem der ausländischen Arbeitskräfte“ beobachten. Die Referenz auf den wachsenden Ausländeranteil spielte ab den 1960er Jahren eine zentrale Rolle nicht nur für den Aufstieg der rechtspopulistischen Antieinwanderungsbewegung,²⁶ allen voran der *Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat*, kurz NA (Material 5), sondern damit zusammenhängend auch für die Einführung der sogenannten „Stabilisierungspolitik“ durch den Bundesrat (Material 6). Was stabilisiert werden sollte, war eben jener Ausländeranteil, der ab Ende der 1960er Jahre mit neuen statistischen Methoden und Datenbanken wie dem Anfang der 1970er Jahre eingeführten Zentralen Ausländerregister ZAR noch genauer bestimmt

²⁵ Helmut Meyer u.a.: Die Schweiz und ihre Geschichte. Zürich 1998, S. 347.

²⁶ Damir Skenderovic und Gianni D'Amato: Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulistische Parteien und

Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren. Zürich 2008.

wurde. Nach der nur knapp gescheiterten Abstimmung zur Initiative gegen Überfremdung der NA von 1970, deren Ziel es war, den Ausländeranteil in den Kantonen (bis auf Genf) auf 10 % zu begrenzen, wurden diese Bemühungen weiter verstärkt. Die sogenannte Schwarzenbach-Initiative hatte in der Folge einen prägenden Einfluss auf die Schweizer Ausländerpolitik und jährt sich – für den Geschichtsunterricht nicht uninteressant – 2020 zum 50. Mal.

Die Auseinandersetzung mit der Ausländerstatistik im Geschichtsunterricht bietet daher eine gute Möglichkeit, historische Entwicklung und Fortwirken des Schweizer Überfremdungsdiskurses vom frühen 20. Jahrhundert bis heute aus einer medien- und kulturhistorischen Sicht zu vergegenwärtigen und kritisch zu reflektieren. Die SuS lernen dabei, dass die in der heutigen politischen Kommunikation so natürlich wirkende Verknüpfung zwischen der Darstellung des statistischen Sachverhalts „Ausländeranteil in der Schweizer Bevölkerung“ und der Bedrohungswahrnehmung durch Überfremdung historisch gemacht ist. Diese historische Erkenntnis hat das Potenzial, einen Reflexionsraum zu eröffnen, in dem die SuS der Frage nachgehen können, ob ggfs. auch andere Assoziationen von Bildern, Narrativen, Grafiken und Affekten in der migrationspolitischen Kommunikation denkbar und sinnvoll wären.

Verlauf der Unterrichtssequenz

1. Einstieg

Die Unterrichtssequenz geht in einem ersten Schritt von heutigen Migrationsdebatten bzw. der typischen engen Verbindung zwischen Bildern und Affekten aus. Sie knüpft damit direkt an die kognitive und sinnliche Erfahrungswelt der SuS an. Als Einstieg dient ein Wahlwerbeflyer der SVP von 2015 (Material 7), bei dem die Ausländer-Kurve eine zentrale Rolle spielt. Durch Farbgebung und die Textelemente wird die statistische Darstellung in eine eindeutige politische Gesamtbotschaft eingefügt.

Nach einem zunächst nur wenige Sekunden dauernden Anblick der Darstellung werden die SuS gebeten, ihre ersten Eindrücke und speziell auch Affekte zu dem Flyer im Klassengespräch zu sammeln. Die SuS verstehen die

Verknüpfung zwischen ansteigender Ausländerkurve, wachsender Überfremdung und nationaler Bedrohung erfahrungsgemäss intuitiv.

2. Problematisierung

Bei der anschliessenden, eingehenderen Analyse der vielen Bildelemente und deren durchaus komplexem Zusammenspiel stellt sich die Frage, warum der Flyer offensichtlich auf den ersten Blick funktioniert. Die Hinzunahme einer zweiten Quelle (Material 3 und 4) aus dem frühen 20. Jahrhundert, der Entstehungszeit des Überfremdungsdiskurses, geht einer möglichen historischen Erklärung hierfür nach: Heutige politische Ikonografien ziehen ihre Stärke daraus, dass sie über lange Zeiträume erprobt und eingespielt sind, mit der politischen Sozialisation von jeder Generation neu angeeignet und daher auch unbewusst entschlüsselt werden können, mental und affektiv.

3. Erarbeitung I

Genau hundert Jahre vor dem SVP-Wahlflyer von 2015 erschien die Streitschrift *Unsere Fremdenfrage* des damaligen Zürcher Armensekretärs Carl A. Schmid, einem der Väter des Schweizer Überfremdungsdiskurses.²⁷ Schon 1915 wurde das damals noch junge Konzept der Überfremdung nicht nur durch Worte vermittelt, sondern auch durch die grafische Darstellung des Ausländeranteils, in absoluten und relativen Zahlen. Die quellenkritische Zusammenschau von Bild und Text ermöglicht den SuS, dem Überfremdungsdiskurs „im Werden“ zuzuschauen. Narrative, Zahlen und Grafiken werden hier zu einem neuen Bedrohungsszenario verwoben, das auf einen Begriff gebracht wird: Überfremdung.

Es gibt viele Möglichkeiten und unterschiedliche Quellen, um der Fieberkurve der Überfremdung im Kontext der Fremdarbeiter-Debatten der 1950er bis 1970er Jahre und der zweiten „Schwarzenbach-Initiative“ bei der Arbeit zuzuschauen, von Pamphleten der NA bis hin zu Stellungnahmen des Bundesrates.

4. Erarbeitung II

Für eine weitere medienhistorisch ergiebige Quellenarbeit bietet sich eine Sendung des CH Magazins im Schweizer Fernsehen vom 8. Juni

²⁷ Grundlegend zur Geschichte des Überfremdungsdiskurses in der Schweiz: Patrick Kury: Über Fremde reden.

Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945. Zürich 2003.

1982 an.²⁸ Die Rückschau auf „20 Jahre Überfremdungsdebatte“ folgt narrativ auch hier bezeichnenderweise der Entwicklung des Ausländeranteils. Die kurze Sendung gliedert die historische Erzählung zu den zwei Dekaden in Abschnitte, die jeweils durch eine Stimme aus dem Off mit einer Jahreszahl eingeleitet werden, gefolgt von der Anzahl der Ausländer in dem Jahr, der zahlenmässigen Zu- bzw. Abnahme zum vorherigen Abschnitt sowie der Entwicklung des politischen Klimas. Beispielsweise: „1965. Es befinden sich 810'000 Ausländer im Land. In drei Jahren 123'000 mehr. Auf der Welle der Angst vieler Schweizer vor der massiv steigenden Zahl der Fremdarbeiter reiten die Zürcher Demokraten voran.“ Die narrativen Zäsuren, die durch diese formelhaften Übergänge zwischen den einzelnen Zeitabschnitten der historischen Erzählung markiert sind, werden durch ein wiederkehrendes Cartoon-artiges Bild (Material 8) visuell betont: Vier Männer mit dunklen Haaren und Schnurrbärten – für ZeitgenossInnen klar als Ausländer entzifferbar – stehen vor einem Alpenszenario mit einer den Himmel im Hintergrund ausfüllenden Schweizerfahne. Die jeweils auf diese kurzen Übergangssequenzen folgenden Detaildarstellungen der politischen Entwicklungen werden dann jedoch durch dokumentarische Quellen und historische Filmaufnahmen unterlegt und illustriert.

Die Fieberkurve der Überfremdung kommt in der Sendung von 1982 nicht grafisch zur Darstellung, sondern in der Struktur der Erzählung. Um sich dies vor Augen führen zu können, erhalten die SuS den Auftrag, die narrative Fieberkurve mit Hilfe einer vorbereiteten Tabelle (Material 9) zu visualisieren – durch das Eintragen von Kreuzen, mit denen sie festhalten können, wie sie die Entwicklung der in der Sendung dargestellten „Hitze“ der Überfremdungsdebatten wahrnehmen.

Das enge Zusammenspiel von Ikonografie, Narrativen, Zahlen und Affekten in der politischen

Kommunikation der Überfremdung wird für die SuS durch die eigenhändige Übersetzung von Wort in Bild besonders augenfällig. Zugleich stärkt der praktische Nachvollzug der Herstellung der Fieberkurve durch die SuS das Bewusstsein für die historische Gemachtheit dieser Assemblage politischer Kommunikation, und darauf aufbauend potenziell auch das Bewusstsein für die Möglichkeit, andere, alternative Bedeutungsassoziationen herzustellen – um die es im letzten Teil der Unterrichtssequenz geht.

5. Transfer

Die Lektion schliesst mit einem Experiment in kontrafaktischer Geschichte. Die SuS schlüpfen in die Rolle von politischen *spin doctors*, die im Vorfeld der *Schwarzenbach*-Initiative für eine positivere Haltung zu Einwanderung werben sollen. Die Aufgabe ist, die Ausländerstatistik mit anderen Informationen zu neuen politischen Botschaften verknüpfen. Dazu erhalten sie eine Auswahl statistischer Kurven, die den Anstieg des Ausländeranteils in der Nachkriegszeit in ein anderes Licht rücken: zum Beispiel der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts, der Lebenserwartung, von Konsum- und Freizeitaktivitäten in der Schweiz der Nachkriegszeit. Derartige statistische Darstellungen zum Entstehen der Wohlstandsgesellschaft in der Nachkriegszeit finden sich in allen gängigen Geschichtslehrbüchern für Mittelschulen. In Partnerarbeit bereiten die SuS je einen kurzen *pitch* für eine fiktive Pressekonferenz vor, in dem sie diese Elemente zu neuen Erzählungen verbinden, die die historisch etablierte und heute so natürlich wirkende feste Verdrahtung von steigendem Ausländeranteil und Bedrohungsszenario durch Überfremdung kontrastieren.

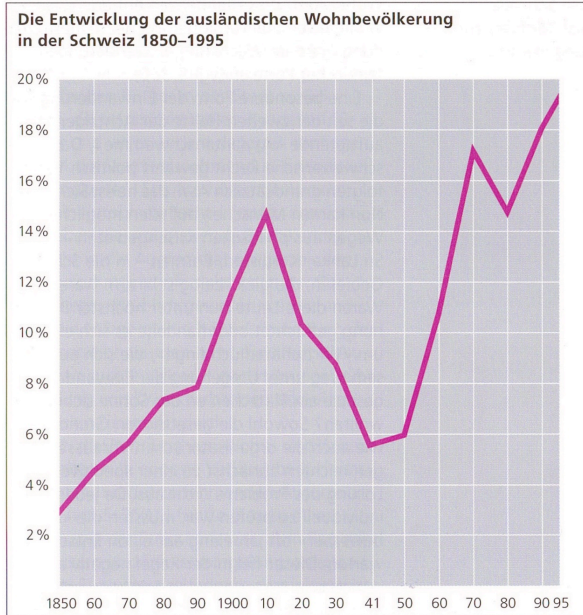
Kijan Espahangizi ist Historiker und Geschäftsführer des Zentrums „Geschichte des Wissens“ an der ETH und Universität Zürich.

²⁸ Zugriff und Bestellung über das SRF Medienarchiv FARO.

Material 1

Grafik zur Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz.

Aus: Helmut Meyer, Die Schweiz in ihrer Geschichte. Zürich 1998, S. 347.



Material 2

Textauszug über Konflikte im Zusammenhang mit der Einwanderung

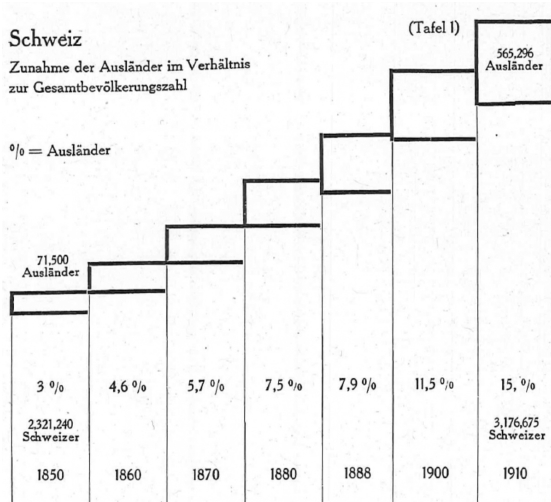
Aus: Helmut Meyer, Die Schweiz in ihrer Geschichte. Zürich 1998, S. 347 f.

Max Frischs Wort „Man rief Arbeitskräfte, und es kamen Menschen“ weist darauf hin, dass die sozialen Aspekte der Masseneinwanderung zunächst ganz ungenügend erkannt wurden. Sich an die schweizerischen Sitten und Sprachen zu gewöhnen und dennoch ein Stück der eigenen kulturellen Identität zu bewahren, war für die Einwanderer schwierig, meist umso schwieriger, je weiter her sie kamen. Auch für ihre Kinder – die „zweite Ausländergeneration“ – war es oft schwer, sich zwischen den Erwartungen der Schule und der Arbeitgeber, der Lebensweise der gleichaltrigen Schweizer und den Traditionen und Regeln des Elternhauses zurechtzufinden. In grossen Teilen der Schweizer Bevölkerung führte die Masseneinwanderung zu Abwehrreflexen und Ausländerfeindlichkeit; man fürchtete die Infragestellung schweizerischer Werte – sei es nun durch ausländische Kinder in den Schulen oder durch ausländische Kriminelle –, aber auch die Konkurrenz um Arbeitsplatz und Wohnraum. Diese Tendenzen entluden sich in Initiativen zur Verhinderung der „Überfremdung“ und im Wachstum einwanderungsfeindlicher Parteien.

Material 3

Grafik zur „Zunahme der Ausländer im Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl»

Aus: Carl A. Schmid: Unsere Fremdenfrage. Zürich 1915, Abbildung aus dem Anhang.



Material 4

Textauszug über die Bedrohung durch Einwanderung Anfang des 20. Jahrhunderts

Aus: Carl A. Schmid: Unsere Fremdenfrage. Zürich 1915, S. 10 f.

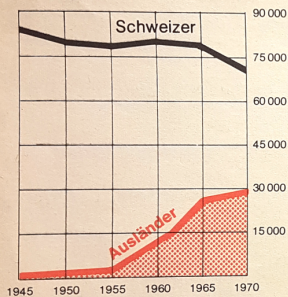
Wenn wir den Dingen ungehindert freien Lauf lassen, so wird anno 1920 jeder fünfte und Anno 1930 jeder dritte Einwohner der Schweiz ein *Ausländer* sein. Anno 1963 würde die Bevölkerung der Schweiz zur *Hälfte* aus *Ausländern* bestehen. Die Zahlen bedeuten nicht mehr und nicht weniger, als dass die Lage, in der sich unser Vaterland befindet und die Zukunft, der es entgegen geht, beispiellos ernst ist.

Material 5

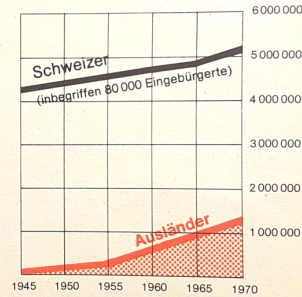
Flugblatt der Nationalen Aktion (NA) zu den Nationalratswahlen vom 30./31. Oktober 1971

Das ist die Überfremdung der Schweiz!

Geburten



Wohnbevölkerung



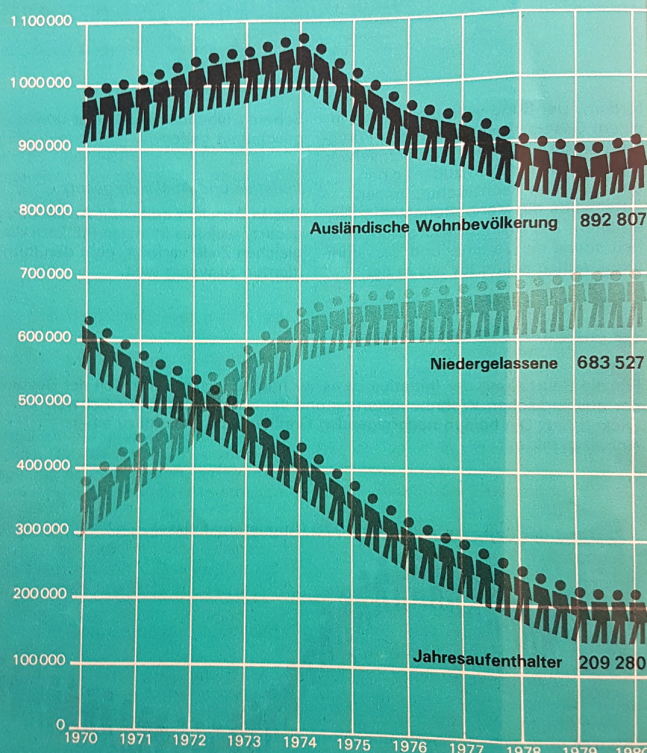
Unser Volk wurde durch «Siegesmeldungen» über den Abbau der **kontrollpflichtigen erwerbstätigen Ausländer** getäuscht, denn die stetige Zunahme der gesamten ausländischen Bevölkerung wurde meistens diskret verschwiegen.

(Foto: Sozialarchiv, 38.82 QS: 1971)

Material 6

Broschüre „Miteinander“ des Bundesrates, 1981

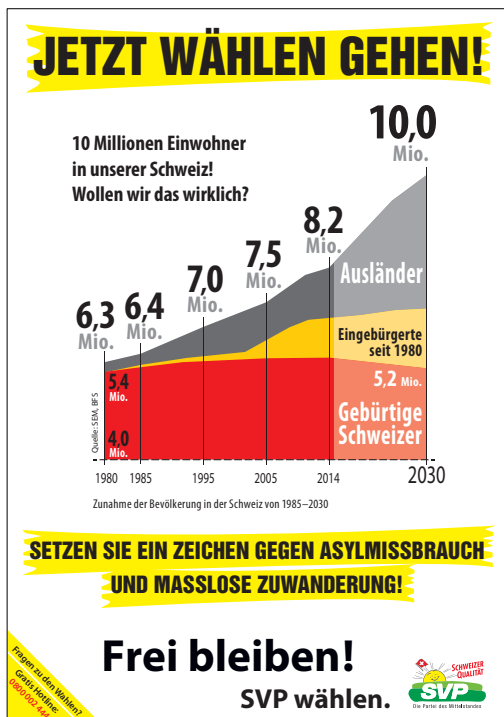
Ausländische Wohnbevölkerung seit 1970 (Dezemberergebnisse)



Im Vergleich dazu betrug die *schweizerische Wohnbevölkerung* Ende 1979 5 396 200 Personen; davon sind 2 320 500 Erwerbstätige. Der Rückgang der ausländischen Wohnbevölkerung ab 1974 ist auf die wirtschaftliche Rezession und die Einschränkung der Einwanderung zurückzuführen.

Material 7

Insertat der Schweizerischen Volkspartei (SVP), 2015



Material 8

Filmstill aus „20 Jahre Überfremdung“. Eine Sendung des CH Magazins des Schweizer Fernsehens, 1982



Material 9 Beispieltabelle

Jahr:	1962	1965	1968	1970	1971	1974	1977
'Hitzegrad' der öffentlichen Debatte laut Sendung					X	X	
			X	X	X	X	X
	X	X					
Zahl Ausländer:	687000	810000	933000	983000	999000	1064000	932000
Zunahme:		123000	12300	50000	16000	65000 (75)	
Abnahme:							200000

Darf man in der Schweiz den Hitlergruss zeigen?

Ein Themendossier

Martin Pryde

Zielgruppe: Sekundarstufe II

Methoden: Plenumsdiskussion, Lektüre, Schreibauftrag

Lektionenzahl: ca. 2

Fälle, welche mit der Anti-Rassismus-Strafnorm in Konflikt geraten, werden in der Schweiz regelmässig diskutiert. Sei es das Verhalten einer Privatperson im öffentlichen Raum, seien es Wahlplakate oder Äusserungen von Politikern, welche als diskriminierend eingestuft werden: Beispiele gibt es genügend. Für den Unterricht problematisch ist, dass meist gar nicht geklärt wird, was in der Schweiz juristisch relevant ist. Wie das Verhältnis zwischen Meinungsäusserungsfreiheit und Diskriminierungsverbot konkret juristisch festgeschrieben wurde, bleibt meist ausgespart und die Meinungen bilden sich in der Regel entlang der Bruchlinien der eigenen politischen Parteipräferenzen.

Deshalb wird hier zu Beginn anhand eines etwas länger zurückliegenden Falles den Schüler*innen ein Zugang zur Strafnorm zu eröffnen. Ausgangspunkt bildet der Gesetzestext. Die Schüler*innen sollen in einem ersten Schritt in die Rolle der Richter*innen schlüpfen und urteilen, ob – resp. unter welchen Bedingungen – der Hitlergruss in der Öffentlichkeit erlaubt sein könnte oder nicht.

Anschliessend eröffnet das Urteil des Bundesgerichts eine Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung der Strafnorm. Das Urteil zeigt gleichzeitig auch exemplarisch, wie in der Schweiz Gesetzestexte von Gerichten interpretiert werden und als Präzedenzfälle dann für die Rechtsprechung wegweisend werden. Da das Urteil des Bundesgerichtes in der Regel nicht deckungsgleich mit den Urteilen der Schüler*innen ist, soll danach anhand von Zeitungsartikeln aufgezeigt werden, in

welchem Spannungsfeld sich die Rechtsprechung befindet. Zum Schluss sollen die Schüler*innen fähig sein, ein differenziertes, eigenes Urteil zu fällen und sich dabei der juristischen Grundlage sowie der gesellschaftspolitischen Konsequenzen der eigenen Haltung bewusst sein.

Wenn man die Thematik vertiefen will, kann man problemlos auf die unterschiedlichen Anklagen aufgrund der Anti-Rassismus-Strafnorm eingehen und aufzeigen, in welchen Fällen es zu einer Verurteilung kam und in welchen nicht. Insbesondere Abstimmungsplakate von Parteien lassen sich gut als Diskussionsgrundlage einsetzen. Ebenso kann man die laufende Diskussion um die Erweiterung der Strafnorm auf andere Gruppen diskutieren, so wie es aktuell im Parlament geschieht.

Eine weitere sehr interessante Vertiefungsmöglichkeit ist, die Schüler*innen legiferieren und eine Neuformulierung des Gesetzestextes versuchen zu lassen. Gültig wäre der neue Text aber erst dann, wenn eine Mehrheit der Klasse in einer Schlussabstimmung mit der neuen Version einverstanden wäre. Dies stellt die Schüler*innen vor die schwierige Frage, welche Personengruppen Teil der Strafnorm sein sollen, wie eng oder wie weit die Tatbestände gefasst werden sollen und wie abschliessend eine mehrheitsfähige Position erreicht werden kann.

Martin Pryde unterrichtet Geschichte an der Kantonsschule Schaffhausen und ist Präsident des VSGS.

Die Ausgangslage

Material 1

Auszug aus einem Urteil des Bundesgerichts

Die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) führte am 8. August 2010 auf dem Rütli eine Veranstaltung durch. Beim gemeinsamen Aufsagen des Rütlischwurs aus Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“ machte ein Teilnehmer während etwa 20 Sekunden den Hitlergruss. Neben den rund 150 rechtsextremen Besucherinnen und Besuchern der Veranstaltung waren zur fraglichen Zeit auch einige unbeteiligte Wanderer und Spaziergänger anwesend.

http://www.bger.ch/Urteilsreferenz/6B_697/2013 (Stand 1.10.2019)

Das Gesetz

Material 2

Strafnorm gegen Rassendiskriminierung

Die Strafnorm gegen Rassendiskriminierung schützt die Würde und den Wert des Menschen. Artikel 261^{bis} des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) und Art. 171c des Schweizerischen Militärstrafgesetzbuches (MStG) stellen Handlungen unter Strafe, mit denen Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder wegen ihres ethnisch-kulturellen Hintergrundes explizit oder implizit das gleichberechtigte Dasein abgesprochen oder ihnen gar das Existenzrecht verweigert wird. Die Handlungen sind aber nur dann verboten, wenn sie in der Öffentlichkeit begangen werden, d.h. unter den anwesenden Personen keine persönliche Beziehung bzw. Vertrauensverhältnis besteht. Die Schaffung der Strafnorm gegen Rassendiskriminierung gehörte gemäss den Artikeln 2 und 4 RDK zu den Pflichten der Schweiz.

Hier der genaue Wortlaut der Strafnorm:

- Wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufruft,
- wer öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind,
- wer mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt,
- wer öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert oder aus einem dieser Gründe Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen sucht,
- wer eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion verweigert,
- wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

<http://www.ekr.admin.ch/themen/d154.html> (Stand 1.10.2019).

Arbeitsauftrag

- Lesen Sie die Ausgangslage sowie die Strafnorm gegen Rassendiskriminierung. Urteilen Sie als Richter*in, ob der Hitlergruss in diesem Kontext strafbar war, und begründen Sie ihr Urteil konkret mit dem Gesetzestext.

Das Urteil

Material 3

Urteil des Bundesgerichts vom 28. April 2014 (6B_697/2013)

Öffentlicher Hitlergruss nicht in jedem Fall strafbar

Die öffentliche Verwendung des Hitlergrusses ist keine strafrechtliche Rassendiskriminierung, wenn damit lediglich die eigene nationalsozialistische Gesinnung bekundet werden soll. Strafbar macht sich erst, wer mit der Geste bei Dritten Werbung für den Nationalsozialismus betreiben will. Das Bundesgericht hebt die Verurteilung eines Teilnehmers der rechtsextremen Rütli-Veranstaltung von 2010 auf.

[...] Das Obergericht des Kantons Uri sprach den Betroffenen 2013 zweitinstanzlich der Rassendiskriminierung schuldig (nach Artikel 261^{bis} Absatz 2 des Strafgesetzbuches). Die Strafrechtliche Abteilung des Bundesgerichts heisst die Beschwerde des Mannes gut und hebt seine Verurteilung auf. Gemäss Gesetz stellt das Verbreiten einer rassistischen Ideologie wie des Nationalsozialismus eine strafbare Rassendiskriminierung dar. Mit „Verbreiten“ ist dabei Werbung oder Propaganda gemeint. Wer den Hitlergruss in der Öffentlichkeit lediglich verwendet, um damit gegenüber Gleichgesinnten oder unbeeiligten Dritten seine eigene rechtsextreme Haltung zu bekunden, macht sich deshalb noch nicht strafbar. Erforderlich ist vielmehr, dass mit der Geste Drittpersonen werbend zu Gunsten des Nationalsozialismus beeinflusst werden sollen. In diesem Sinne äusserte sich auch der Bundesrat (Bericht des Bundesrates vom 30. Juni 2010 zur Abschreibung der Motion 04.3224 betreffend ein Verbot der öffentlichen Verwendung rassistischer Symbole). Ob mit dem öffentlichen Hitlergruss im Einzelfall nur die eigene Haltung kundgetan oder für den Nationalsozialismus geworben wird, ist aufgrund der konkreten Umstände zu entscheiden. Im vorliegenden Fall kommt das Bundesgericht zum Schluss, dass die Gebärde des Betroffenen nicht dazu bestimmt war, bei Drittpersonen Propaganda zu betreiben und sie für die Ideologie des Nationalsozialismus zu gewinnen.

<http://www.bger.ch/> Urteilsreferenz 6B_697/2013 (Stand 1.10.2019).

Arbeitsauftrag

- Lesen Sie das Urteil des Bundesgerichtes. Nehmen Sie Stellung. Stimmen Sie eher den ersten Instanzen oder dem Bundesgericht zu? Begründen Sie Ihre Meinung und nehmen Sie dabei Bezug auf den Gesetzestext.

Das Medienecho zum Urteil

Material 4.1

Die politische Dimension der Strafnorm: Artikel im Tages-Anzeiger, 21. Mai 2014. Auszug

Wann der Hitlergruss erlaubt ist

Ein Mann machte an einer Veranstaltung der Partei National Orientierter Schweizer (Pnos) den Hitlergruss. Das Obergericht des Kantons Uri verurteilte ihn zu einer Geldstrafe – zu Unrecht.

Das Urteil des Bundesgerichts zum Hitlergruss auf dem Rütli mache die Geste nicht akzeptabel. Mit diesen Worten reagierte die Präsidentin der Eidg. Kommission gegen Rassismus (EKR), Martine Brunschwig Graf, auf das jüngste Urteil zur Antirassismusstrafnorm. „Das Urteil bedeutet nur, dass es juristisch keine Handhabe gegen den Hitlergruss gibt“, sagte Brunschwig Graf [...].

Keine Ausweitung der Norm

Die Frage, ob die Öffentlichkeit beteiligt war oder nicht, sei der Knackpunkt der Antirassismusstrafnorm, sagte Brunschwig Graf. Sie glaube aber nicht, dass die Schweizerinnen und Schweizer derzeit einverstanden damit wären, die Strafnorm auch auf den nicht-öffentlichen Bereich auszudehnen. Angesichts von Bestrebungen im Parlament, die Antirassismusstrafnorm abzuschaffen, sei es vielmehr angezeigt, die Bevölkerung vom Nutzen der Norm zu überzeugen. [...]

Sorgfältig eingesetzte Strafnorm

„Die erste Priorität der Kommission gegen Rassismus ist, dass die Antirassismusstrafnorm bestehen bleibt“, sagte Brunschwig Graf. Das Urteil des Bundesgerichts beweise, dass die Strafnorm mit Bedacht angewendet werde und die Meinungsäusserungsfreiheit dabei Gewicht habe. „Das Urteil ist der Beweis, dass die Strafnorm nicht überstrapaziert wird.“ Aus Sicht der EKR sei dieser Beweis unangenehm und enttäuschend, aber nicht überraschend. Denn bereits in früheren Urteilen habe das Bundesgericht die Strafnorm restriktiv ausgelegt, sagte die Kommissionspräsidentin. Das Volk hatte die Antirassismusstrafnorm 1994 mit 54,6 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Dies, nachdem rechtsnationale Kreise dagegen das Referendum ergriffen hatten. (bru/sda)

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Wann-der-Hitlergruss-erlaubt-ist/story/11250832> (Stand 1.10.2019).

Material 4.2

Meinungsfreiheit und Strafnorm: Kommentar im Tages-Anzeiger, 23. Mai 2014.

Im Zweifel gegen die Nazis

Das Bundesgericht erlaubt den öffentlichen Hitlergruss. Das hat absurde Konsequenzen.

Die ausländische Presse staunt: Auf dem Rütli, der wichtigsten Schweizer Wiese, darf man den Arm zum Hitlergruss heben. Das höchste Gericht hat dies so bestimmt. Auch im Inland herrscht Unverständnis. Der „Blick“ nennt das Urteil eine „Schande für die Schweiz“. Experten sagen, es „spiele Rechts-extremen in die Hände“. Tschechien, Deutschland und Österreich werten den Hitlergruss als Straftat. Das Schweizer Parlament hat 2011 darauf verzichtet, rechtsextreme Zeichen einzeln zu ächten. Man befürchtete „lächerliche Prozesse“. So gilt weiterhin die Antirassismusstrafnorm. Sie verbietet rassistische Symbole in der Öffentlichkeit nur dann, wenn man mit ihnen für die entsprechende Ideologie wirbt. Dies hat der mittlerweile 66-jährige Angeklagte laut Bundesgericht nicht getan. Mit dem Hitlergruss habe er lediglich seine Haltung ausgedrückt. Diese Begründung blendet den Ort des Geschehens aus. Die 150 Sympathisanten der Partei National Orientierter Schweizer (Pnos) hätten in einer abgelegenen Scheune alte Nationalhymnen johlen können. Niemand hätte sie beachtet. Doch ein Treffen unter Gleichgesinnten reichte ihnen nicht. Sie zogen auf jene Wiese, wo General Guisan die Schweizer Armee 1940 gegen Nazideutschland eingeschworen hatte. So versuchte die Pnos, die Schweizer Geschichte neu zu besetzen. Der Kern der Rütli-Kundgebung bestand darin, in aller Öffentlichkeit braune Gedanken zu verbreiten. Ein solches Propagandaumfeld machte den Hitlergruss zu einer Geste, die Zuschauer nur als Überzeugungsversuch verstehen konnten.

Mehr als ein Symbol

Das Urteil hat zudem verstörende Konsequenzen. Seiner Logik zufolge darf jeder mit durchgestrecktem Arm durch Zürich spazieren und Passanten ein „Heil Hitler“ zurufen. Damit tut man angeblich nur das persönliche Weltbild kund – wie wenn man ein FCZ-Trikot trägt, Che-Guevara-Shirts anzieht, das Kreuz schlägt oder mit Springerstiefeln herummarschiert. Nur: Solche Symbole lassen die Passanten gleichgültig, auf den Hitlergruss hingegen würden viele empört reagieren. Zu Recht. Springerstiefel, Kreuz oder Che-Guevara-Prints erlauben unterschiedlichste Deutungen. Der Hitlergruss begleitete den Genozid an Abermillionen. Wer ihn öffentlich vorführt, gibt Juden, Ausländern oder Andersdenkenden zu verstehen: Ihr seid unerwünscht, man sollte euch alle vernichten. Der Nationalsozialismus hat die Bedeutung des durchgestreckten Arms für lange Zeit festgeschrieben. Er fordert zum Massenmord auf, macht Werbung für ein Schwerverbrechen. Brutaler und unmissverständlicher kann ein Symbol nicht sein. Die Urner Gerichte haben den Pnos-Mann wegen seines Hitlergrusses verurteilt. Die Busse: 800 Franken. Diese Strafe haben die Lausanner Richter ohne Not aufgehoben. In mehreren jüngeren Urteilen setzte das Bundesgericht die Gesinnungsfreiheit über den Antirassismusparagrafen. So stufte es Wörter wie „Sauschwabe“ oder „Drecksschweizer“ als nicht rassistisch ein. Der Hitlergruss geht viel weiter als solch alltägliche Beschimpfungen. Die Gewähr, ihn überall zeigen zu dürfen, vermittelt Rechtsextremen ein falsches Signal. Das Signal, dass ihre intolerante Lehre Toleranz verdient.

<https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Im-Zweifel-gegen-die-Nazis/story/26629483> (Stand 1.10. 2019).

Arbeitsaufträge

- Lesen Sie die beiden Artikel unter Material 4.1 und 4.2. Welche Probleme mit der Antirassismusstrafnorm werden genannt?
- Beurteilen Sie den Fall des Hitlergrusses abschliessend aus eigener Perspektive. Soll dieser in der Schweiz juristisch verboten sein oder nicht? Begründen Sie Ihre Meinung und gehen Sie auf die Konsequenzen der eigenen Position ein.



Abb. 1 Nie wieder: Der Hitlergruss begleitete den Einmarsch der Wehrmacht in Prag, März 1939.

(Foto: akg-Images / Universal Images Group)

Zur didaktischen Produktivität eines Oxymorons

Philippe Weber

Eine „fiktive Quelle“ ist ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich, zumal die Quelle sich dadurch auszeichnet, dass sie im Gegensatz zur Darstellung eben nicht von der Historikerin, vom Historiker erfunden ist.²⁹ Die Unterscheidung zwischen Quelle und Darstellung ist für das historische Arbeiten so grundlegend, dass die Aufforderung an Lernende, eine Quelle selber herzustellen und diese zu interpretieren, einem GAU in jenem Kraftwerk gleichkommt, in dem unter methodisch kontrollierten Bedingungen historische Erkenntnis freigesetzt werden soll. Einen Brief aus dem Ersten Weltkrieg schreiben, einen Zeitungskommentar unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer erfinden, im Namen Robespierres eine Rede über die Menschenrechte verfassen oder mit Handy und Kostümen eine Photographie aus dem 19. Jahrhundert herstellen? Und dann noch den Betrug verschleiern, indem die eigens hergestellte „Quelle“ einer Kritik und einer Interpretation unterzogen wird!

Aller Fragen und Einwände zum Trotz zeigt meine eigene praktische Erfahrung, dass Aufgaben zur Produktion „fiktiver Quellen“ über ein ungewöhnliches Lernpotenzial verfügen. Eine ehemalige Schülerin, die mittlerweile Geschichte studiert, erinnerte sich auf meine Nachfrage hin folgendermassen: „Ich erlangte ein Verständnis für die Subjektivität und selektive Natur von Quellen sowie deren Interpretation. Durch die Produktion von eigenen Quellen erlangte ich somit also ein tieferes Verständnis für die Mechanik der Quellenarbeit selbst.“

Was ist von dieser Darstellung (oder ist es eine Quelle?) zu halten? Vielleicht lohnt es sich für ein besseres Verständnis der behaupteten Lernprozesse, den strahlenden Begriff der „Quelle“ zu entmystifizieren. Eine „Quelle“ ist ein Objekt der Gegenwart, dem wir dank Fragen und Geschichten die Funktion einer Spur zuschreiben können, die uns zu Erkenntnissen über vergangene Zeiten führen kann (dass der narrative Kontext dieser Zuschreibung die im Historismus erfundene Unterscheidung von Quellen und Darstellungen brüchig macht, wurde in den letzten Jahrzehnten mehrfach in der Geschichtswissenschaft hervorgehoben³⁰). Mit diesem Zugang wird aus dem Fetisch „Quelle“, dessen vermeintlicher Originalzustand nicht verändert geschweige denn ex post hergestellt werden darf, ein Objekt, in dem die Hand und der Geist der Forschenden mit den Spuren der Vergangenheit auf unentwirrbare Weise verflochten sind. Vergangene Zeiten haben in der Quelle Spuren hinterlassen, die die Forschenden zugleich entdecken und erfinden. Die Historikerinnen und Historiker erfinden mit der Quelle eine Empirie, mit der sie dank Quellenkritik und Quelleninterpretation entdecken, wie vergangene Ereignisse und Entwicklungen ihre Spuren in der Gegenwart hinterlassen haben, um so Erkenntnisse über eben diese Ereignisse und Entwicklungen zu gewinnen.

Wer nun eine Quelle über vergangene Zeiten produziert (haben Sie es schon einmal gemacht?), geht den umgekehrten Weg der Quellenkritik und der Quelleninterpretation: Die Lernenden gehen von ihren Erkenntnissen über historische Ereignisse und Entwicklungen aus und rekonstruieren, wie sich diese in einem empirisch wahrnehmbaren Objekt als Spuren hätten einschreiben können. Wenn im Anschluss an die Produktion einer solch „fiktiven Quelle“ eine „Quellen“-Kritik und -Interpretation folgt, so geht es im Gegensatz zur Auseinandersetzung mit einer tatsächlichen Quelle kaum um Erkenntnisfortschritte (obwohl man vielleicht bei der anschliessenden quellenkritischen Reflexion überrascht eigene Erkenntnisse und Unzulänglichkeiten erkennen kann). Primär geht es darum, die Erkenntnisse, die der Produktion der „fiktiven Quelle“ zugrunde lagen, zu erläutern. Der umgekehrte Weg wird sozusagen erneut umgekehrt. Oder in den Worten der erwähnten Schülerin: Man müsse die

²⁹ Ich danke Danny Schlumpf und Jenny Furter für wichtigere Hinweise zu diesem Artikel.

³⁰ Vgl. Achim Landwehr: Die anwesende Abwesenheit der Vergangenheit. Essay zur Geschichtstheorie, Frankfurt am Main 2006; im geschichtsdidaktischen Kontext vgl. die Intervention der Basler Historikerin Alexandra Binnenkade: „Was ist eine Quelle? Ein geschichtsdidaktisches Plädoyer“, in: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften, 5 (2014), S. 128-140.

Fakten in die Sprache der Quelle übersetzen und die so „verschleierte[n] Fakten [...] während der Interpretation zum Vorschein bringen“.

Was kann mit einer solchen Übungsanlage gelernt werden? Erstens kann gerade mit der Umkehrung des Wegs der Quellenkritik und der Quelleninterpretation erkannt werden, wie historische Erkenntnisse gemacht werden und empirisch fundiert sind („Mechanik der Quellenarbeit“). Zweitens sind nebst methodischen Erkenntnissen auch inhaltliche Lernfortschritte über die behandelten Themen möglich. Diese wird insbesondere dann provoziert, wenn die Aufgaben historisch passende Quellengattungen einfordern und in diese einführen. Wenn zudem relevante Darstellungen und Quellen zur Verfügung gestellt oder recherchiert werden, kann das passieren, was vielleicht der produktivste Effekt einer Aufgabe sein kann: die Produktion von Neugier, das Interesse für die Fremdheit der Vergangenheit. „Der Wunsch nach Authentizität“, so die Schülerin, „motiviert mich sofort zu intensiver Recherche.“

Ob solche Effekte immer passieren, dürfen wir mit Blick auf unseren Unterrichtsalltag bezweifeln. Allerdings sind auch Defizite eine Lernchance, sofern sie erkannt werden. Der Vergleich der „fiktiven Quellen“ mit tatsächlichen Quellen kann den Lernenden aufzeigen, inwiefern ihre historischen Vorstellungen falsch sind. Und der Vergleich ihrer Produkte mit „fiktiven Quellen“ aus der populären Geschichtskultur in Belletristik, Filmen oder Games ermöglicht die Kompetenzerfahrung, dass der tatsächliche GAU sich nicht im Schulzimmer ereignet.³¹

Philippe Weber unterrichtet Geschichte an der Kantonsschule Zug und ist Dozent für Geschichtsdidaktik an der Universität Zürich.

Standpunkte: Fiktive Quellen

Fiktive Quellen vermitteln keine Distanzerfahrung

Valentin Schönherr

Philippe Webers Konzept der fiktiven Quellen fasziniert. Was muss das für ein Glück sein für alle, die Geschichte unterrichten: Schüler/innen schreiben einen Text, als sei er von einem Zeitgenossen der, sagen wir, Russischen Revolution verfasst, und erkennen dabei ihre Wissenslücken, die sie sogleich schliessen wollen. Sie haben Freude bei ihrem Tun, weil sie sich mit einer historischen Person identifizieren können. Und sie lernen gleich noch eine Menge über reale Quellen und ihre theoretischen und praktischen Tücken. Der geschichtsdidaktische Stein der Weisen? Oder nicht doch der „GAU in jenem Kraftwerk ...“, in dem unter methodisch kontrollierten Bedingungen historische Erkenntnis freigesetzt werden soll“, wie es Philippe Weber in ein wunderbares Bild gefasst hat? Weder noch.

Zwischen einer beliebigen Person und jeder anderen gibt es eine Distanz, ein Nicht-Wissen, das sich zwar verringern, aber nicht ganz überwinden lässt. Diese alltägliche Erfahrung findet sich in besonderem und verstärktem Masse gegenüber der Geschichte wieder und zeigt sich an jeder Quelle, die uns in die Finger kommt. Neben Aussagen, die wir verstehen können oder die unser Wissen und Verstehen erweitern, gibt es einen Rest an Unbekanntem. Dieser Rest setzt sich nicht nur aus Namen, Anspielungen, in der Bedeutung gewandelten Begriffen usw. zusammen, sondern es geht auch um den unauslotbaren Kosmos an Lebenserfahrung, Motivation, Beziehung, der in jedem Menschen steckt.

Um dies gegenüber historischen Personen zu erfahren, muss man sich gar nicht in Katharina die Grosse oder Winston Churchill hineinzusetzen versuchen – schon ein Zürcher Stadtbewohner der 1950er Jahre ist uns in der Komplexität seiner Lebensumstände heute nicht mehr zugänglich, geschweige denn ein Sowjetfunktionär in einer Kolchosa oder eine Schweizer Rotkreuzschwester in

³¹ Vgl. als Praxisbeispiel Philippe Weber: „Eine neue Ordnung! Aber welche? Reden der Französischen Revolution weiterschreiben“, in: Geschichte lernen, H. 187, 2019.

einem Wehrmachtlazarett. Wenn Schüler/innen eine fiktive Quelle im Namen einer solchen Person schreiben, können sie zwar viel Gelerntes anwenden und Empathie entwickeln. Aber ihre Distanz zu dieser Person ist paradoxerweise eher zu klein als zu gross, denn sie schreiben (zu) viel von sich selbst in die Quelle hinein.

Die Distanzerfahrung beim Umgang mit echten Quellen machen wir im Geschichtsunterricht in der Regel nebenbei, aber für das historische Lernen ist sie etwas Fundamentales. Letztlich geht es ja um die Erkenntnis, dass sich die Zeit nicht zurückdrehen lässt, wir nie ein zweites Mal in denselben Fluss steigen können und die Frage, wie es wirklich gewesen ist, unbeantwortet bleiben muss. Dies ist alles andere als banal, und sie gilt, wie gesagt, für die historische Distanz nur in stärkerem Masse als für die nichthistorisch-gegenwärtige. Wenn ich auf einer Exkursion an einem Schützengraben aus dem Ersten Weltkrieg stehe, kann ich detailliert zu schildern versuchen, was sich hier abgespielt hat. Die Perspektive eines Soldaten aber ist mir verschlossen, und es gebietet mir der Respekt, nicht zu behaupten, ich wüsste, wie man sich unter Trommelfeuer fühlt. Einen Afghanistan-Heimkehrer könnte ich immerhin noch interviewen.

Die Erkenntnis der historischen Distanz lässt sich sicherlich auch beim Schreiben fiktiver Quellen machen, sofern dieses Problem auch reflektiert wird. Ich vermute aber, dass ein zu routinemässiger Einsatz dieser Methode die historische Distanz ebenso verwischen kann, wie ein erheblicher Teil der Schüler/innen den Überblick verliert. Was für angehende Geschichtsstudent/innen eine willkommene Herausforderung darstellen mag, dürfte Schwächere eher überfordern. Auch wir als Lehrer/innen sind stark gefordert: Die Aufgabenstellung muss skrupulös genau stimmen, und passendes Material ist zwingend. Nicht leichter wird es dadurch, dass in Zeiten, wo Verschwörungstheorien an Verbreitung gewinnen und Alternative Fakten die Geister umnebeln, an der klaren Unterscheidung zwischen fiktiven und echten Quellen festgehalten werden muss. Eine grosse Aufgabe für alle Seiten.

Zwei Alternativen scheinen mir gangbar. Zum einen die gute alte kreative Textarbeit – ein Bericht über eine Athener Volksversammlung, eine Antwort auf eine bekannte Rede, der Tagebucheintrag einer Suffragette. Ziel der Übung ist die Festigung und Anwendung von Wissen und die Motivierung durch Wissenslücken und Empathie. Beides hat seine volle Berechtigung, und doch ist für alle klar, dass es sich um eine Übung handelt, die nicht suggeriert, man habe eine Quelle geschaffen. Die eigene Welt der Schüler/innen kann durch die Aufgabenstellung (Vergleich mit heute) bewusst einbezogen und somit die Distanz betont werden.

Zum anderen: Wie wäre es, wenn die Schüler/innen eigene, echte Quellen schaffen? Eine Reportage frühmorgens aus der benachbarten Bäckerei, ein Interview mit der eigenen Grossmutter, das Protokoll einer Stadtführung, eine Erhebung über die eigene Mediennutzung – an selbstgemachten echten Quellen lässt sich hervorragend lernen, wie Quellen entstehen. Sie können ohne methodische Rolle rückwärts interpretiert werden. Und es gibt gleich ein paar Quellen mehr, mit denen spätere Geschichtsklassen arbeiten können.

Valentin Schönherr unterrichtet Geschichte an der Kantonsschule MNG Rämibühl in Zürich und ist Redakteur des VSGS-Bulletins.

Sinnlose Quellen in Geschichtslehrbüchern

Martin Pryde

Für viele von uns Historiker*innen ist oder war das Archiv so etwas wie die Brutstätte, in welcher wir geboren wurden. Ein sagenhafter Ort, meist irgendwo unterirdisch und schlecht beleuchtet (von der Belüftung ganz zu schweigen), welcher Berge von mehr oder weniger bearbeiteten Quellen in Kartonschachteln und Regalen in schier endlosen Laufmetern beherbergt. Wer von uns kennt nicht die Verzweiflung bei dem Übermass der Quellen, die Neugier bei der ersten Durchsicht und den Reichtum, der aus all den Quellen an Relevantem und Nebensächlichem im eigenen Kopfe entstand. Quellen standen und stehen im Zentrum der Geschichte als Fachwissenschaft und wir als Lehrpersonen erzählen wohl nicht viel mehr als quellenbasierte Geschichten mit didaktischer Absicht. Aus dieser Grunderfahrung ergibt sich die Frage, wie uns diese Quellen nach Jahren des Studiums in den Geschichtslehrbüchern wieder begegnen.

Wenn man die Lehrbücher durchblättert, kann man schnell beruhigt sein. Überall sind schön abgedruckte Quellen; Schriftquellen in lockerem Wechsel mit Bildquellen, bei den neueren Lehrmitteln häufig auch der Verweis auf Filme. Graphisch gut hervorgehoben zeigen die Geschichtslehrmittel den Stellenwert, welche Quellen für unser Fach angeblich haben. Bei der Lektüre der einen oder anderen Quelle stellt man schnell fest, dass eigentlich alle Auslassungen haben und sie in der Regel in sehr gut verdaulicher Sprache verfasst sind.

Diese Reduktion auf das Wesentliche hätte sich wohl bei den Quellen im Archiv so manch einer von uns sehnlichst gewünscht, geht doch dadurch schier unendlich viel Zeit verloren. Gerechtfertigt scheint dies ja dadurch, dass die Quellen an das Niveau der Schüler*innen angepasst werden müssen und von der Länge her für den Unterricht sinnvoll in einer gewissen Zeit bearbeitbar sein sollten. So sehr ich diese Rahmenbedingungen auch verstehe, so sehr bemängle ich die daraus resultierende Struktur.

Diese ist in den Geschichtslehrbüchern meist folgende: Es wird ein kurzer Überblickstext abgedruckt, gefolgt von ein oder zwei Quellen inkl. Arbeitsaufträge, danach geht es wieder mit dem Überblickstext weiter. Dies zieht sich durch, unterbrochen allenfalls von Rechercheaufträgen, Diskussions- oder Vertiefungsvorschlägen. Das Hauptgewicht liegt dabei auf dem Überblickstext – dieser soll hauptsächlich das relevante Wissen vermitteln und die Zusammenhänge für die Schüler*innen aufzeigen. Er bildet sozusagen die gute alte Meistererzählung, welche die SuS in etwa nacherzählen können sollten.

Wie ein kleiner Wurmfortsatz folgen dann die einzelnen Quellen, welche (der Notwendigkeit sei Dank) sehr stark darauf reduziert sind, den Haupttext zu illustrieren. Da der Überblickstext das Wesentliche vorgibt, sind die Quellen auf diesen hin kastriert und exakt auf diesen zugeschnitten. Sie haben keinen nennenswerten eigenen Wert und verdeutlichen in der Regel nur Aspekte, welche im Überblickstext schon genannt sind. Verschärfend kommt hinzu, dass in vielen Geschichtsbüchern die Quellen noch mit einem Einleitungstext versehen sind. Darin werden die Lernenden häufig auf die wichtigsten Aspekte hingewiesen; sei es das Datum, den relevanten Inhalt oder andere spezielle Eigenschaften der Quellen. Für die neugierigen Schüler*Innen gibt es durch dieses Setting eigentlich kaum mehr etwas zu entdecken, sondern die Quellen in den Geschichtsbüchern verkommen durch diese Reduktion zu einem homöopathisch verdünnten Inhalt des Übersichtstextes.

In der Regel besteht dadurch kein relevanter Unterschied mehr zwischen dem Überblickstext und den Quellen, da Widersprüche weggeglättet sind und Quellen und Darstellung zu einer Einheit verschränkt sind. Für die Schüler*innen sind die Geschichtsbücher eine mehr oder weniger opake Welt einer Meistererzählung, welche sie bis zur Matur so gut es geht brav nacherzählen können sollten. Den Lernenden wird dabei kaum je transparent gemacht, auf welcher Grundlage und mit welchen Interessen der Überblickstext geschrieben wurde. Manchmal nur werden Texte aus alten Geschichtsbüchern abgedruckt, vorzugsweise als Quellen aus dem Ost-West-Konflikt, ohne dabei aber nach der Kontinuität der eigenen Erzählung zu fragen oder diese auch nur ansatzweise zu thematisieren.

Vergleicht man die Quellen in den Schulbüchern mit den Quellen im Archiv, dann haben wir in den Schulbüchern viel zu eng geführte, bis zum Übermass vereinfachte Quellen vor uns, welchen die

schillernde Vielfältigkeit und die Vielschichtigkeit fehlen. Dadurch nehmen wir aber den Quellen auch die Chance, Widerspruch zu leisten, den Überblickstext zu relativieren und die Lernenden herauszufordern. Denn gerade die Widersprüchlichkeit würde erst herausfordern, eine Interpretation zu finden, welche diese erklären kann.

Durch die Orientierung an den Bedürfnissen der Verständlichkeit und der Behandelbarkeit in kurzen Unterrichtssequenzen verarmen unsere Quellen unglaublich. Dies hat aber gespiegelt auch eine Auswirkung auf die Schüler*innen. Schliesslich sollten sie am Ende ihrer Schulzeit nicht primär befähigt werden, eine einzelne (richtige) Geschichte zu erzählen, sondern sie sollten als Kompetenz konkurrierende Geschichten, unterschiedliche Quellentypen und Argumentationsstrukturen erkennen und beurteilen können. Um dies zu erreichen, wären aber auch weniger vorverdaute Quellen in den Geschichtsbüchern, mehr kontroverses Material und weniger „objektive“ Wahrheit in den Geschichtsbüchern angesagt. Dies würde helfen, die Schüler*innen auf eine Gegenwart vorzubereiten, in der Fake News nicht mehr einfach nur ein Witz, sondern eine herausfordernde Realität geworden sind. Die Schüler*innen leben seit jeher schon in einer Umwelt, in der unterschiedliche Geschichten, Deutungen und Interessen massgeblich sind. Geben wir ihnen doch das Handwerk, diese verstehen und analysieren zu können und bemächtigen wir sie, ihre eigene Geschichte zu erzählen. Das Handwerk dazu haben wir ja.

Martin Pryde unterrichtet Geschichte an der Kantonsschule Schaffhausen und ist Präsident des VSGS.

Sind Sie nicht einverstanden? Ist damit noch nicht alles gesagt?

Dann diskutieren Sie doch gern mit. Schreiben Sie uns Ihre Einwände und Ergänzungen unter info@histomat.ch, damit wir sie auf der VSGS-Homepage www.histomat.ch bekannt machen können.

Ihr VSGS-Vorstand

K. Schlögel: Das sowjetische Jahrhundert

Eine Rezension von Martin Aust

In seinem monumentalen Werk über das sowjetische Jahrhundert hat Karl Schlögel sich der grossen Aufgabe gestellt, eine untergegangene Welt archäologisch zu dokumentieren. Der Archäologe gräbt, wo er steht, und fördert dabei unterschiedlichste Überlieferungen an den Tag, die sich im Moment der Ausgrabung noch nicht in ein kohärentes Narrativ fügen. Das lässt sich auch von Schlögels sowjetischem Jahrhundert sagen, ist die Spannweite der Funde doch enorm. Von den Kommandohöhen sowjetischer Macht und ihrer Repräsentation bis hinab in die kleinsten Verästelungen des sowjetischen Alltags in Wohnungen und Lagern reichen die Beobachtungen, die Karl Schlögel zu Tage fördert. Zwischen diesen beiden Polen entfaltet er das ganze Panorama materieller Kultur der Sowjetunion, liest er die Zeichen und Symbole der sowjetischen Welt.

Zwei Karten auf den inneren Einbänden des Buches visualisieren diese Bandbreite. Im vorderen inneren Einband ist eine sowjetische Karte von 1931 reproduziert, die das offizielle geschönte Bild von den Erfolgen der Industrialisierung des ersten Fünfjahresplans wiedergibt. Die Karte im hinteren inneren Einband bietet einen Überblick über die Geographie der sowjetischen Lager von 1929 bis 1961. Die beiden Karten rufen jene Janusköpfigkeit der Sowjetunion in Erinnerung, der Schlögel sich bereits in seinem Buch *Terror und Traum* über den grossen Terror in Moskau 1937 gewidmet hat: das unvermittelte Nebeneinander von kühner Aufbruchsvision und abgründig erschütternder Gewalt und Terrorherrschaft.³² Im Buch *Terror und Traum*, das den kurzen Zeitausschnitt des Grossen Terrors von 1936 bis 1938 zum Gegenstand hat, folgt die Montage der Kapitel einem stringenten Schema. Wie eine Kamera fuhr Schlögel in diesem Buch durch das Moskau des Jahres 1937 und montierte die eingefangenen Bilder in seiner Darstellung als Schuss und Gegenschuss von Terror und Traum. Die Archäologie der Sowjetunion durchschreitet ein in Raum und Zeit erheblich grösseres Feld.

Dementsprechend stellt sich die Gliederung des Buches wie eine Schatzkiste dar, in der die ausgegrabenen Befunde noch scheinbar unsortiert nebeneinander liegen.

Dabei entfaltet sich dem Lesepublikum die Sowjetunion in einer Darstellung, die alle Sinne anspricht. Was in der Sowjetunion zu sehen, hören, fühlen, riechen und schmecken war, entfaltet Schlögel bei seinen Alltagsexkursionen in den Kreml, die Kommunalwohnungen, den Gulag, die Gefängnisse, Gemeinschaftsküchen, Konzertsäle, Museumsräume und Grossbaustellen des Sozialismus. Ausser als Archäologe zeigt Schlögel sich auch in diesem Buch in der Rolle des Reisenden und Flaneurs. Nicht nur die Infrastrukturen des Verkehrs und die Stadträume sind Gegenstand des Buches.

Schlögel nimmt die Leserschaft immer wieder im wahren Sinn des Wortes mit auf seine Erkundungen von Orten und Plätzen, referiert und diskutiert seine Beobachtungen. Darin liegt eine grosse und gewohnte Stärke seiner Bücher. In Zeiten zunehmender Bürokratisierung von Verbundforschung enthält das Buch damit auch einen versteckten hochschulpolitischen Imperativ. Mit diesem *opus magnum* erinnert Karl Schlögel uns eindringlich daran, wie fruchtbar wissenschaftliches Reisen und die über Jahrzehnte gepflegte Arbeit an individuellen Arbeitsschwerpunkten in den Geistes- und Kulturwissenschaften sind. Während Geistesgrössen des 18. Jahrhunderts wie Leibniz über Asien und Russland schrieben, ohne je dort gewesen zu sein, oder wie Kant gleich vollkommen stationär an einem Ort wie Königsberg arbeiteten, brachte das 19. Jahrhundert den reisenden und erkundenden Forscher und Autor hervor. Konnten es sich anfangs allein ausgewiesene Kapazitäten wie Alexander von Humboldt erlauben, weite Forschungsreisen zu unternehmen und ihre Ergebnisse in Monographien zu dokumentieren, so breitete sich diese Praxis wissenschaftlichen Arbeitens im Lauf des 19. Jahrhunderts auch in den universitär verorteten Disziplinen aus. Karl Schlögel steht mit

³² Karl Schlögel, *Terror und Traum*. Moskau 1937. München 2008.

dem sowjetischen Jahrhundert in dieser Wissenschaftstradition und führt uns eindringlich vor Augen, dass Mobilität und vor allem Zeit zum Schreiben die wichtigsten Ressourcen wissenschaftlichen Arbeitens in den Geistes- und Kulturwissenschaften sind.



Karl Schlögel: Das sowjetische Jahrhundert. C.H.Beck Verlag, München 2017, 912 Seiten.

Es bleibt nicht aus, dass ein solch riesiges Werk auch Ansatzpunkte zur Kritik bietet. Karl Schlögel's Imperiumsbegriff ist eher metaphorisch als analytisch. Die politischen und ökonomischen Fragen der Imperien Geschichte, die Sowjetunion als Vielvölkerreich, die Vielgestaltigkeit der 15 Unionsrepubliken und ihre autonomen Untergliederungen, schliesslich die sowjetisch-imperiale Beherrschung des ostmitteleuropäischen Vorfeldes nach dem Zweiten Weltkrieg – all diese Aspekte der Imperien Geschichte stehen nicht im Mittelpunkt des Buches.

Zeitlich liegt der Schwerpunkt auf der jungen Sowjetunion und dem Stalinismus. Die Lebenswelt der letzten sowjetischen Generation, die Alexei Yurchak eindringlich beschrieben hat, ist weniger präsent in Schlögel's Archäologie.³³ Das ist jedoch auch dem Forschungsstand geschuldet. Die chronologischen Schwerpunkte des Buches reflektieren den Gang der Forschung, die erst in jüngster Zeit verstärkt in die Epoche

des Spätsozialismus eindringt. Anders gewendet legt das Buch somit auch die Desiderata offen. Die Gesellschafts-, Alltags- und Kulturgeschichte der sowjetischen und postsowjetischen Regionen im Halbjahrhundert von ca. 1970 bis heute steht auf der Agenda der Geschichtsschreibung.

Im letzten Kapitel seines Buches unternimmt Schlögel ein Gedankenexperiment. Er stellt sich vor, wie es wäre, wenn die auch heute noch vom FSB genutzte Geheimdienstzentrale Lubjanka im Herzen Moskaus in ein Museum der Sowjetzivilisation umgewandelt würde. Es ist nicht anzunehmen, dass diese Vision in Putins Russland Aussichten auf Realisierung besitzt. Doch zugleich hat es seinen Reiz, sich im Konjunktiv mit dem Projekt zu befassen. In Schlögel's Vision fließen funktionale und idealistische Überlegungen zusammen. Idealistisch stellte ein solches Museum den Sieg der Menschen und des Alltags über das kommunistische Herrschafts- und Unterdrückungsregime dar. Funktional liegt ein starkes Argument für das Projekt im Erfordernis, dass ein solches Museum zentral gelegen sein und sehr viel Raum bieten müsste – Voraussetzungen, die die Lubjanka erfüllt.

Was Karl Schlögel über die imaginierten Besucher in diesem Museum schreibt, gilt gleichermaßen für die Leserschaft seines Buches: „Der Besucher muss nicht einem linear, logisch oder gar teleologisch angelegten Parcours folgen, sondern kann auch vom Ende oder von der Seite her seinen Rundgang beginnen.“ (S. 842–843) Es bleibt die Frage, ob ein solches zentrales Museum nicht an seinem enzyklopädischen Anspruch scheitern müsste und die Besucherinnen und Besucher zudem mit seinem erschlagend riesigen Angebot überfordern würde. Vielleicht ist der Musealisierung der Sowjetzivilisation doch mehr gedient mit den zahlreichen lokalen Museen, die bereits existieren, wie etwa dem Kirov-Museum in St. Petersburg, in dem zahlreiche Exponate aus den 1930er Jahren und die erhaltenen Interieurs der Familie Kirov einen lebendigen und vor allem fassbaren Eindruck des Lebens der sowjetischen Machtelite im Stalinismus vermitteln. Karl Schlögel hat ein Buch geschrieben, das zur Standardlektüre im Studium der osteuropä-

³³ Alexei Yurchak, *Everything was forever, until it was no more. The last Soviet generation.* Princeton, NJ 2005.

ischen Geschichte gehören sollte. Seinen Zweck wird es sicherlich auch als Nachschlagewerk und Schatzkiste erfüllen, aus der sich die Reichtümer der Erforschung der sowjetischen Zivilisation von Fall zu Fall und je nach Interessenlage heben lassen. In den 1920er Jahren hat René Fülöp Miller die Sowjetunion bereist und die neue revolutionäre Kultur in seinem dicken Buch *Geist und Gesicht des Bolschewismus* dokumentiert.³⁴ Karl Schlögel ist Fülöp Miller gefolgt und hat fast ein Jahrhundert später die Formen beschrieben, in die das in den 1920er Jahren begonnene sowjetische Experiment in

seiner Kultur und in seinen Alltagswelten gewonnen ist.

Diese Rezension erschien zuerst in: H-Soz-Kult, 13.09.2019, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-27017. Wir danken dem Rezensenten Martin Aust und der Redaktion von H-Soz-Kult für die freundliche Zustimmung zum Nachdruck.

Martin Aust ist Professor für Osteuropäische Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Finale und Ouvertüre

Ein hervorragendes Lese-Buch zum „letzten Jahr der DDR“

Eine Rezension von Valentin Schönherr

Das Ende der DDR gehört nicht gerade zu den blinden Flecken in unserer Geschichtswahrnehmung. Vieles aus dieser Zeit ist längst fest im historischen Kanon verankert: Von der Losung „Wir sind das Volk“ über den Mauerfall bis zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990, vom Runden Tisch über die Stasi-Unterlagen-Behörde und die Treuhandanstalt bis hin zur Zustimmung der vier Siegermächte zur deutschen Einheit im Zwei-Plus-Vier-Vertrag – dazu bräuchte es eigentlich kein neues überblicksartiges Buch. Dennoch ist „Finale. Das letzte Jahr der DDR“ von Christoph Links und Hannes Bahrmann etwas Besonderes und sehr zu empfehlen.

Die Autoren waren zu DDR-Zeiten Journalisten, Christoph Links auch Verlagsmitarbeiter. Als dieser am 1. Dezember 1989 – kaum dass dies überhaupt rechtlich möglich war – seinen eigenen unabhängigen Verlag gründete, war eines ihrer ersten gemeinsamen Buchprojekte die „Chronik der Wende“, die seither in mehreren Auflagen und Neubearbeitungen erschien, fast schon ein Klassiker. Nach dreissig Jahren nun haben sie sich noch einmal an die Arbeit gemacht und in „Finale“ Monat für Monat – von Oktober 1989 bis Oktober 1990 – diejenigen

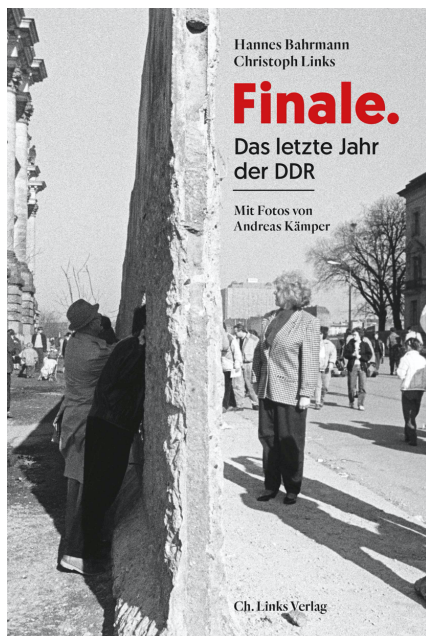
Aspekte zu erfassen versucht, die auch aus heutiger Sicht noch relevant sind.

Der Schwerpunkt liegt dabei auf der politischen und wirtschaftlichen Geschichte, andere Felder werden exemplarisch gestreift. Diese Entscheidung wirkt auf den ersten Moment konservativ, aber das Ergebnis überzeugt, da gerade in einer so fundamentalen Umbruchzeit wie 1989/90 nichts wirklich verstanden werden kann, würde man die Politik, das Regierungs- und Oppositionshandeln, zu wenig beachten. Das Buch ist als Collage aufgebaut. Jeder Monat wird von einer Chronologie eingeleitet, darauf folgen kurze darstellende Texte der Autoren, einige (leider schlecht nachgewiesene) Textquellen und Fotografien. In viele Monatskapitel sind biografische Skizzen eingearbeitet – über Erich Honecker, Gregor Gysi, Lothar de Maizière zum Beispiel –, einige Themen wie die Mauer, das Gesundheitswesen, die Reparationen und Enteignungen oder die DDR-Währung werden in Form historischer Rückblicke dargestellt, die nicht selten bis 1945 zurückreichen. Kritische Momente wie die Besetzung der Stasi-Zentrale in Berlin am 15. Januar 1990, die Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 oder die Regelung der Eigentumsfragen im Einigungsvertrag werden aus unterschiedlichen

³⁴ René Fülöp Miller, *Geist und Gesicht des Bolschewismus. Darstellung und Kritik des kulturellen Lebens in Sowjet-Rußland*, Zürich 1926.

Blickwinkeln behandelt, individuelle Positionen und bilanzierende Darlegungen wechseln sich ab. Da alles gut aufeinander abgestimmt ist, verliert man wider Erwarten nicht den Überblick, und an manchen Stellen wird es richtig spannend.

Vor allem bei der Wirtschaftspolitik. So erfahren wir vom „Schürer-Papier“: DDR-Planungschef Gerhard Schürer wurde von Honeckers Nachfolger Egon Krenz im Oktober 1989 beauftragt, die wirtschaftliche Lage zu analysieren. Das Ergebnis kam schnell und war schockierend, denn Schürer wies nach, dass die Zahlungsunfähigkeit des Landes unmittelbar bevorstehe. Die Firmen der DDR waren so gründlich auf Verschleiß gefahren worden, dass der Erhalt der Leistungsfähigkeit Unsummen verschlungen hätte – die drohende Minderung der Leistungsfähigkeit aber hätte die noch bestehenden Devisenquellen versiegen lassen. Bei einem Staatsbankrott werde sich die DDR dem IWF unterwerfen müssen, so Schürer. Die Wirkung dieses Papiers auf die Entscheidungen der DDR-Führung in den Wende-Monaten ist wohl kaum zu überschätzen. Es war klar, dass man verloren hatte und es im Grunde nichts mehr zu verteidigen gab.



Christoph Links, Hannes Bahrmann: Finale. Das letzte Jahr der DDR. Christoph Links Verlag, Berlin 2019, 318 Seiten.

Das Thema der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zieht sich durch. Hätten die noch funktionierenden Betriebe erhalten werden können? Wohl nur auf dem Wege der Abschottung. Die

allerdings war im Laufe des Jahres 1990 eine Illusion – Hunderttausende DDR-Bürger hatten sich auf den Weg in den Westen gemacht und so mit den Füßen über die Frage abgestimmt, ob die DDR als eigenständiges Währungs- und Wirtschaftsgebiet erhalten bleiben sollte. „Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, geh’n wir zu ihr.“ Diese Losung der Leipziger Montagsdemonstrationen brachte die Sache auf den Punkt. Und auch wofür die Menschen die neue harte Währung ausgeben wollen, konnte man ihnen nicht vorschreiben. Allein auf dem Automarkt sackte der Absatz der DDR-Hersteller völlig weg, weil jeder ein „Westauto“ wollte. Den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft einfach „dem Westen“ anzulasten, greift viel zu kurz.

Nicht zuletzt erfüllt „Finale“ die Ansprüche an ein anregendes Lesebuch. Denn zwischen den „Haupt- und Staatssachen“ ist auch über vermeintlich und tatsächlich Zweitrangiges viel zu erfahren. Wer wissen will, wer für die riesigen Naturschutzflächen auf der Gebiet der ehemaligen DDR verantwortlich ist, wie man in der späten DDR eine abrisssreife Wohnung erst besetzte und danach legalisierte, warum die DDR-Rüstungsindustrie mit dem Sturmgewehr 940 fast einen „Bestseller“ zustande gebracht hätte und wie das letzte Spiel der DDR-Fußballnationalmannschaft ausging – der wird hier fündig. Am Ende eines jeden Monatskapitels finden sich übrigens auch ein paar DDR-Witze. Manche sind schon ein bisschen oft nachgedruckt worden, aber immer noch gut („In der DDR gibt es Leute, die Witze erzählen. Es gibt Leute, die Witze sammeln und Witze erzählen. Und es gibt Leute, die Leute sammeln, die Witze erzählen.“), andere haben heute einen ganz eigenen Reiz („Sagt der Wessi zum Ossi: ‚Wir sind ein Volk!‘, lächelt der Ossi: ‚Wir auch.‘“).

Kein Witz ist, dass der Titel „Finale“ auch zum Verlag und seinem Verleger selbst passt. Ende 2018 ist der bis dahin selbständige Verlag an die Aufbau Verlagsgruppe verkauft worden, die die Marke aber unter diesem Namen und mit ihrem spezifischen Programmprofil weiterführt. Bis 2020 noch wird der Gründer Christoph Links als Geschäftsführer tätig sein. Damit geht eine Ära zu Ende. Denn der Verlag hat mit seinen unzähligen Sach- und Fachbüchern ganz wesentlich dazu beigetragen, dass über die Geschichte und Gesellschaft der DDR sehr, sehr viel bekannt ist.

Bringing history to life – Danzig 2019

Die 26. Jahreskonferenz des europäischen Geschichtslehrerverbands EUROCLIO

Das Motto der Jahrestagung war gut gewählt. „Bringing history to life“ passt zum Grundsatz von Euroclio: Zum einen solche Fragen ins Zentrum zu rücken, die für LehrerInnen aus allen europäischen Ländern relevant sind (denn mit dem „Lebendigmachen“ des Geschichtsstoffs haben wir offenbar alle zu kämpfen), aber auch konkret auf den jeweiligen Tagungsort Bezug zu nehmen.

Danzig bot sich in diesem Jahr an, weil hier vor 70 Jahren der Zweite Weltkrieg begann. Aber gerade hier ist die polnische PiS-Regierung und das von ihr kontrollierte Institut für Nationales Gedenken IPN daran, die polnische Geschichtsvermittlung markant umzukrempeln (siehe auch den Artikel von Sebastian Bott in diesem Bulletin). Dies zeigte sich bei den geführten Erkundungen im Weltkriegs- und im Solidarność-Museum ebenso wie auf der Westerplatte, wo derzeit die Vorbereitungen für den Wiederaufbau der im Krieg umkämpften Gebäude laufen und demnächst eine neue Stufe im polnisch-nationalistischen Reenactment gezündet werden wird.

In zahlreichen Workshops, in den formellen und vor allem den informellen Diskussionen

haben sich scheinbar wie von selbst die verschiedenen Aspekte des Tagungsthemas herausgeschält. Konkrete, authentische Quellen sind für viele Kolleg/innen das Mittel der Wahl, damit sich die Schüler/innen historische Vorgänge besser vorstellen können, seien es Gegenstände von der mazedonischen Front von 1915–1918 oder Fotos aus dem Jugoslawienkrieg. Aber auch die Mündlichkeit stand hoch im Kurs – etwa mittels Oral History oder kontroverser Diskussionsmethodik.

Das letzte Wort hatte in Danzig ein polnischer Kollege, der seinen Workshop mit der Botschaft beendete: „History teaching is more important than ever before. So get out there and do it brilliantly.“ Einen Satz wie diesen mit Kolleginnen und Kollegen aus ganz Europa diskutieren zu können, das ist Teil des ganz besonderen Reizes, der die Euroclio-Jahrestagungen ausmacht.

Die nächste Tagung findet vom 31. März bis 4. April 2020 in Belgrad statt. Anmelden kann man sich schon jetzt unter www.euroclio.eu.

Valentin Schönherr



Noch sind Archäologen am Werk, bald erstehen die alten Gebäude neu: Westerplatte im April 2019.

**Generalversammlung des Vereins Schweizerischer Geschichtslehrerinnen und -lehrer
Jüdisches Museum Hohenems, Hohenems (A), 23. November 2018, 18.00–20.00 Uhr**

Anwesend:

Markus Holenstein, Sebastian Lamm, Valentin Schönherr, Daniela Zunzer (Vorstand des VSGS)
sowie Sebastian Bott, Christiane Derrer, Andina Egli, Barbara Heuberger, Antonia Schmidlin,
Xaver Schneggenburger, Barbara Sulser

Entschuldigt:

Martin Pryde (Präsident des VSGS)

Statt des abwesenden Vereinspräsidenten Martin Pryde leitet die frühere Präsidentin Daniela Zunzer die Generalversammlung.

1. Genehmigung der Traktandenliste

einstimmig

2. Protokoll der GV vom 22. September 2017 in Poschiavo

einstimmig genehmigt.

3. Jahresbericht des Vorstands 2017/18

Es wird um genauere Informationen über die Euroclio-Jahrestagung vom April 2018 in Marseille gebeten. Daniela Zunzer erwähnt den Abschied des bisherigen Direktors der Euroclio-Geschäftsstelle in Den Haag, Jonathan Even Zohar, und die kommissarische Amtsübernahme durch Steven Stegers. Valentin Schönherr berichtet von einem derzeit laufenden Euroclio-Projekt, das Quellen aus europäischen Ländern über die Russische Revolution zusammenträgt und bei dem Steven Stegers bereits die organisatorische Leitung übernommen hat.

Daniela Zunzer weist in diesem Zusammenhang auf eine Keynote Speech von Jonathan Even Zohar am 19. Januar 2019 im Zentrum für Demokratie der FHNW in Aarau hin, deren Besuch sich sicherlich lohnt.

Der Jahresbericht wird einstimmig genehmigt.

4. Rechnung 2017/18 und Budget 2018/19

Die Finanzen des VSGS sind solid. Die Ausgaben überstiegen die Einnahmen. Der Saldo betrug am 16.9.2018 42'191.51 Fr.

Vereinskassier Sebastian Lamm erwähnt, dass der bereits in den vergangenen beiden Jahren budgetierte, aber nicht abgeholte Betrag von 5'000.00 Fr. für die Quellensammlung Notz nun ausbezahlt werden konnte.

Der Beitrag für Euroclio fällt wegen des Wechselkurses um einige Franken günstiger aus als budgetiert. Das Bulletin ist 2018 mit 3'100.00 etwas teurer als budgetiert (2'500.00), da es neu vierfarbig gedruckt wurde.

Die Ausgaben für das Jahr 2018/19 bewegen sich in derselben Grössenordnung wie für das Jahr 2017/18.

Da 2017 und 2018 die GV mit einer Vereinsexkursion kombiniert wurde, wodurch für den Verein Kosten entstehen, kommt die Frage auf, ob dies auch in künftigen Jahren so gehandhabt werden soll. Es wird darauf hingewiesen, dass im Vergleich zu früheren Generalversammlungen, bei denen der Vorstand mehr oder weniger unter sich war, in Poschiavo 2017 vier Nicht-Vorstands-Mitglieder dabei waren, 2018 sind es bereits sieben. Dies wird als positiver Effekt gewertet. Auch auf inhaltlicher Ebene wird diese Variante sehr begrüsst und soll fortgesetzt werden. Vorschläge für künftige GV-Exkursionen sind La Chaux-de-Fonds, Walsertal, Rathausen (LU), Genf, Reichenau (D) sowie das Dreiländereck bei Basel.

Die Jahresrechnung wird auf Antrag des Revisors Tomás Martín vom 19. November 2018 einstimmig genehmigt, Kassier Sebastian Lamm wird verdankt.

5. Bulletin

Die Arbeit am Bulletin 2018 wird verdankt. Die Anwesenden beurteilen die Qualität als hoch. Die neu eingeführten Rubriken „Standpunkte“ und „Rezensionen“ finden Zustimmung und sollen weitergeführt werden.

Es wird angeregt, das Bulletin stärker mit dem Newsletter zu verknüpfen, z. B. indem dort auf die Bulletin-Unterrichtsideen hingewiesen und mit diesen verlinkt wird.

Das Bulletin wurde in diesem Jahr erstmals auf den Innenseiten vierfarbig gedruckt. Obwohl dies deutlich teurer ist, ist der Qualitätszuwachs so erheblich, dass dies beibehalten werden soll.

2018 wurden ca. 30 Exemplare mehr gedruckt als bisher, um sie zur Werbung neuer Mitglieder einzusetzen. Valentin Schönherr wird beauftragt, Fachdidaktik-Dozierende anzuschreiben und sie darum zu bitten, die Bulletins gezielt an Studierende zu verteilen. Dazu soll noch ein motivierendes Anschreiben des Vereinspräsidenten verfasst und mitverteilt werden.

Thomas Notz, Fachdidaktiker an der Universität Bern, hat mitgeteilt, er würde gern eine Replik auf Peter Gautschis „Standpunkt“ zur Frage „Was ist guter Geschichtsunterricht?“ schreiben. Eine Veröffentlichung dieser Replik erst im Bulletin 2019 wird verworfen. Statt dessen soll die Replik auf der Homepage veröffentlicht werden und der nächste Newsletter auf diesen Text verlinken.

6. Mitteilungen aus der Präsidentenkonferenz

Der VSG wird Ende November an der Delegiertenversammlung einen neuen Präsidenten wählen (wahrscheinlich Lucius Hartmann). Leider kann aus terminlichen Gründen niemand von uns teilnehmen.

Der VSG treibt die Revision des Rahmenlehrplans (RLP) voran und hat ein entsprechendes Positionspapier ausgearbeitet. (Diese Revision ist erwünscht, insbesondere zur Verhinderung einer allfälligen MAR-Revision.) Der VSG soll von Beginn an mit dabei sein und sich einbringen können. Wie genau sich der VSG den zukünftigen RLP vorstellt (Form und Inhalt), soll an der DV in Neuchâtel kommende Woche besprochen werden. Für uns wird dies im kommenden Jahr sicher heissen, dass wir uns zum Fach Geschichte äussern und eine entsprechende Rückmeldung schreiben können.

Der VSG sieht Probleme mit den Mitgliedern. In der Regel sind es eher ältere Mitglieder, jüngere Lehrpersonen treten nur selten bei. Der VSG erarbeitet eine Strategie, wie dies verhindert werden kann, und versucht nun teilweise in Zürich, mit verschiedenen Fachdidaktiker/innen zusammenzuarbeiten und ein Werbekampagne für den Verein sowie für die Fachverbände aufzugleisen.

7. Weiterbildungen 2019

Daniela Zunzer beurteilt die Organisation von und Werbung für Weiterbildungen als schwierig, seit die WBZ (jetzt ZEM CES) dies nicht mehr leistet.

Markus Holenstein plant eine Reihe von Weiterbildungen:

- Brasilien (Ende März 2019, mit Prof. W. Bernecker, Uni Erlangen/Nürnberg)
- Geschichte des Mittelmeerraums seit dem 19. Jahrhundert (Herbst 2019, mit Prof. M. Borutta, Uni Konstanz)
- Moderne Demokratieprobleme (Herbst 2019, angefragt wird das Politologische Institut der Universität Zürich)

8. Mitgliederwerbung VSGS

Es wurde alles Wesentliche bereits in Zusammenhang mit den Traktanden 5 und 6 besprochen.

9. Varia

- Antrag Christiane Derrer (Historia)

Von Christiane Derrer, Präsidentin von HISTORIA, liegt der Antrag vor, dass der VSGS für die Preisverleihung 2019 1'000.00 Fr. beisteuert. (Die gesamte Preissumme wird 3'000.00 Fr. betragen.) Beispielsweise könnten davon je 500.00 Fr. für zwei erste Preise in verschiedenen Kategorien übernommen werden.

Kassier Sebastian Lamm gibt zu bedenken, dass laut Satzung die Unterstützung von Mitgliedern des VSGS – also Lehrpersonen – vorgesehen ist, das Preisgeld aber an Schüler/innen geht. Dem wird entgegengehalten, dass dieser Bestimmung zwar nicht direkt, aber auf jeden Fall indirekt Rechnung getragen wird.

Daniela Zunzer äussert den Wunsch, dass bei einer Zustimmung zum Antrag bei der Preisverleihung erwähnt werden müsse, dass der Preis vom VSGS gestiftet wurde. Falls organisatorisch möglich, solle der VSGS-Präsident selbst den Preis überreichen. Christiane Derrer akzeptiert dies bereitwillig.

In der Abstimmung wird der Antrag mit 10 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme bei 1 Enthaltung gutgeheissen.

25. November 2018

Valentin Schönherr, Protokoll

Erfolgsrechnung 2019

(per 21.09.2019)

	Ausgaben	Einnahmen
Saldovortrag 2018		42'191.51
Bulletin 2018	3'148.80	
Euroclio	553.00	
Histomat	155.00	
Beitrag Historia/ Zuschüsse	1490.39	
VSGs-Mitgliederbeiträge /SGG		6'505.00
HV 2018	1'399.64	
Vorstand (Sitzungen, Spesen)	913.10	
Kontoführung	39.00	0.00
	<hr/>	<hr/>
	7'698.93	48'696.51
Saldovortrag 19		40'997.58
Ertragsminus 2019		-1'193.93

Voraussichtliche Kosten bis Ende Dez. 2019

Bulletin 2019		3'000.00
GV 2019 Raummiete, Spesen		1'500.00
Euroclio		280.00
		<hr/>
voraussichtl. Ertragsminus 2019		-5'973.93

St. Gallen, 21. September 2019

Kassier VSGS (Sebastian Lamm)

Zürich, 2019

Jahresbericht des Vorstandes 2018/19

1. Mitglieder

Der Mitgliederbestand des VSGS ist mit 262 Mitgliedern (Stand September 2019) im Vergleich zu den Vorjahren zwar leicht zurückgegangen, bleibt aber insgesamt relativ stabil.

2. Vorstand

Der Vorstand des VSGS setzte sich im Vereinsjahr 2018/19 aus Sebastian Lamm, Daniela Zunzer, Markus Holenstein, Valentin Schönherr und Martin Pryde zusammen. Der Vorstand hat sich im Jahr 2018/19 am 23.11.18 (GV), am 8.3.19, am 13.5.19 sowie ein letztes Mal am 9.9.19 getroffen. Da Martin Pryde in diesem Jahr verletzungsbedingt einen langen Ausfall hatte, schlägt der Vorstand vor, einen Vizepräsidenten durch die GV bestimmen zu lassen. Valentin Schönherr stellt sich dankenswerterweise zur Verfügung. Aufgrund der starken Auslastung ist der Vorstand ständig auf der Suche nach neuen Mitgliedern, doch gestaltet sich diese Suche schwierig.

3. Aktivitäten und Ausblick

Newsletter

Im Vereinsjahr 2018/19 verschickte der Vorstand vier Newsletter in elektronischer Form an alle Mitglieder mit Informationen zu aktuellen Weiterbildungen, Veranstaltungen sowie Hinweisen zu verschiedenen Materialien.

Bulletin

Im Oktober 2019 verschickten wir das jährlich erscheinende Bulletin – wie schon im letzten Jahr – in Papierform. Das letztjährige Bulletin stiess auf sehr gute Rückmeldungen, weshalb die Struktur im Wesentlichen beibehalten wurde. Valentin Schönherr konnte dabei viele Autor*innen für die Beiträge gewinnen, so dass sich ein sehr interessantes Bulletin ergab. Das Bulletin fokussierte dabei auf das Thema Rechtsextremismus/Rechtspopulismus und beleuchtete die Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven.

Euroclio

An der Euroclio-Jahrestagung vom 4.-7. April 2019 in Gdansk war der Vorstand des VSGS durch Valentin Schönherr vertreten.

Weiterbildungen

Die Ausschreibungen funktionieren soweit gut. Daniela Zunzer und Markus Holenstein betreuen die Ausschreibungen für unseren Verein vorbildlich und schreiben selbst auch aktiv sehr interessante Kurse aus. Auf die Weiterbildungen wird jeweils im Newsletter hingewiesen.

VSG

Der Vorstand nimmt jeweils an den Sitzungen des Präsidententreffens des Dachverbandes VSG teil. In diesem Jahr konnte sich der VSG (und über diesen der VSGS) zum Bericht der EDK/WBF zur Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität äussern. Der darin aufgegleiste Prozess wird in den kommenden Jahren für die Gymnasien prägend werden.

Expertenkommission 'Politische Bildung'

Die EDK und das SBFI haben aufgrund einer Motion des Ständerates Caroni eine Expertenkommission zum Thema PB ins Leben gerufen. Im Hinblick auf die Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität wurden dabei exemplarisch 5 Thesen inkl. Erläuterungen erarbeitet, welche für eine zukünftige RLP-Revision massgebend sein sollen. Martin Pryde und als Vertretung Valentin Schönherr nahmen an den insgesamt 4 Sitzungen teil und konnten sich gut einbringen. Da die Thesen durch die EDK noch nicht veröffentlicht worden sind, werden sie den Mitgliedern zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gemacht.

Situation RLP FMS

Der neue RLP auf der Stufe FMS ist seit 1. 8. 2019 in Kraft. Der Umgang mit dem neuen RLP ist dabei in den unterschiedlichen Kantonen und an den einzelnen Schulen sehr unterschiedlich. Da sich mittelfristig aber abzeichnet, dass von vielen Schulen der Stoffplan entsprechend überarbeitet und angepasst werden muss, versucht der VSGS, zusammen mit Fachdidaktikern ein Dokument zu erstellen, welches bei der Überarbeitung helfen soll. Im Hinblick auf die Überarbeitung des gymnasialen RLPs soll dadurch auch eine längerfristige Diskussion angestrebt werden, was das Fach Geschichte leistet und wie es sich im Fächerkanon positionieren soll.

Anfragen

Verschiedene Personen und Institutionen haben sich mit der Bitte an uns gewandt, auf neues Material aufmerksam zu machen. Wo immer das mit unserem Vereinszweck kompatibel war, sind wir dieser Bitte nachgekommen.

Vereinsexkursion

Da die letztjährige Exkursion inkl. GV in Hohenems bei den anwesenden Mitgliedern auf sehr positives Echo stiess, schreibt der Vorstand auch in diesem Jahr eine kleine Exkursion aus. Die zweitägige Exkursion am 15.-16. November 2019 nach La Chaux-de-Fonds soll es ermöglichen, die oben geschilderte Situation des Faches Geschichte in verschiedenen Gesprächen zu vertiefen. Der VSGS unterstützt dabei die Teilnahme seiner Mitglieder an dieser Exkursion durch die Übernahme der Kosten des kulturellen Programmes. Alle Mitglieder werden per Mail auf dieses Angebot hingewiesen. Als Werbung für den Verein wird die Ausschreibung zusätzlich an weitere GeschichtslehrerInnen versandt, die nicht im Verein sind.

Gez. Martin Pryde
Präsident VSGS

Zürich, September 2019

Generalversammlung vom 15. November 2019

Ort: Maison Blanche, La Chaux-de-Fonds
Zeit: 18:00 Uhr bis ca. 20.15 Uhr

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Protokoll der GV vom 23. 11. 2018 in Hohenems (liegt bei)
3. Rechnung 2018/19 und Budget 2019/20 (liegt bei)
4. Jahresbericht des Vorstands 2018/19 (liegt bei)
5. Wahl Vize-Präsident/in
6. Bulletin
7. Bedeutung der MAR/RLP-(Teil-)Revision für das Fach Geschichte
8. Weiterbildungen/Exkursionen
9. Mitgliederwerbung VSGS
10. Varia

gez. Martin Pryde
Präsident VSGS